

# Resümee

## A. Institutionsgeschichtlicher Abriss

### I. Weichenstellungen 1945–1949

II. Die Praxis der Kohabitation zwischen den *bürgerlichen Gelehrten* und der *neuen Intelligenz* in den 1950er und 1960er Jahren

III. Umstrukturierung nach 1961 und Ausblick bis 1989

## B. Zentrale Problemfelder der Geschichte der DAW/AdW

### I. Von der Gelehrtenegesellschaft zum Forschungskombinat

1. Der Wandel der Gelehrtenegesellschaft
2. Die Forschungseinrichtungen der Akademie
3. Das Zusammenwirken von Gelehrtenegesellschaft und Forschungseinrichtungen

### II. Politik und Wissenschaft in der Akademie

1. Die SED an der Akademie
2. Zur Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit an der Akademie
3. Das Leitungssystem der Akademie und die Einflußmöglichkeiten von Partei und Staat

### III. Die Stellung der Akademie im Wissenschaftsgefüge der DDR

1. Die Akademie als *höchste wissenschaftliche Institution* und ihre Konkurrenten
2. Das Verhältnis zwischen der Akademie und den Universitäten und Hochschulen
3. Die Beziehungen zu anderen Akademien

### IV. Die Akademie im System der deutsch-deutschen Spannungen und Kooperation

1. Die gesamtdeutsche Akademie
2. Die Beziehungen zum Kartell der deutschsprachigen Akademien der Wissenschaften
3. Die Kontakte zur Max-Planck-Gesellschaft und zur Deutschen Forschungsgemeinschaft

### V. Die internationalen Beziehungen der Akademie

1. Die ausländischen Mitglieder
2. Verbindungen zu ausländischen Akademien und weiteren Forschungseinrichtungen
3. Mitgliedschaft in internationalen wissenschaftlichen Organisationen

## C. Die West-Berliner Akademie der 1980er Jahre: Neuansatz und Alternative

## D. Quintessenz

Jürgen Kocka / Peter Nötzoldt / Peter Th. Walther

## Die Berliner Akademien 1945–1990

Von 1945 bis 1987 existierte nur eine Akademie der Wissenschaften in der Stadt: die im Ostteil Berlins gelegene *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin* (DAW), die 1972 in *Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik* (AdW) umbenannt wurde. Sie setzte die *Preussische Akademie der Wissenschaften* (PAW) fort und überführte sie allmählich in eine Organisation neuer Art, einen umfassenden Forschungskonzern mit zahlreichen Instituten und vielen Funktionen, wie es für die ost- und ostmitteleuropäischen Länder des sowjetischen Machtbereichs typisch war.

1987 entstand im Westteil der Stadt die *Akademie der Wissenschaften zu Berlin* (AWB). Sie stellte einen originellen Neuansatz dar, der sich sowohl von der langen Tradition deutscher Akademien wie vom Ost-Berliner Akademiemodell grundlegend unterschied.

Beide überlebten die Wiedervereinigung nicht. Während die kurze Existenz der AWB durch Beschluß des Berliner Abgeordnetenhauses mit dem Jahr 1990 zu Ende ging, zog sich der Auflösungsprozeß der AdW von 1989 bis 1992 hin. Die ihr angehörenden ca. 50 Forschungsinstitute wurden nach Evaluation durch den Wissenschaftsrat zum größten Teil aufgelöst und das in ihnen beschäftigte Personal partiell in andere, zum Teil neu geschaffene Institutionen überführt.

Den Mitgliedern der Gelehrtensozietät der AdW wurde 1992 vom Berliner Senator für Wissenschaft mitgeteilt, daß mit der Neukonstituierung der *Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften* (vormals *Preussische Akademie der Wissenschaften*) (BBAW) die Gelehrtenengesellschaft der AdW zu existieren aufgehört habe. Die 1993 ins Leben tretende BBAW stellt eine Akademie neuer Art dar. Sie nahm jedoch Forschungslinien, Bestände und Strukturmerkmale der alten Preussischen Akademie, der Ost-Berliner AdW und der West-Berliner AWB in sich auf.

Das folgende Schlußkapitel faßt wichtige Ergebnisse der voranstehenden Beiträge zusammen und ergänzt sie auf der Grundlage zusätzlicher Forschung. Das Ziel ist nicht, eine umfassende Akademieggeschichte des Zeitraums vorzulegen, aber doch, ihr den Boden zu bereiten und ihre Grundlinien deutlich zu machen. Durchweg geht es um Akademieggeschichte im Rahmen der allgemeinen Geschichte. Für die leitenden Fragestellungen sei, wie in den Resümees der beiden vorangehenden Bände, auf die Einleitung zum ersten Band hingewie-

sen, der unter dem Titel „Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich“ 1999 erschien.<sup>1</sup>

Teil A des folgenden Schlußkapitels gibt einen knappen chronologischen Überblick über die Geschichte der Ost-Berliner Akademie. Teil B behandelt ausgewählte Fragen aus ihrer Geschichte systematisch: den Wandel von der Gelehrtenengesellschaft zum Forschungskombinat, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik sowie die Stellung der Akademie im Wissenschaftsgefüge der DDR, im System der deutsch-deutschen Beziehungen und im Feld der internationalen Wissenschaftsorganisation. Teil C behandelt die Vorgeschichte, Gründung und Eigenart der kurzlebigen West-Berliner Akademie. Teil D zieht ein Fazit, das die Existenz und das Scheitern beider Akademien in größere Zusammenhänge einordnet.<sup>2</sup>

## A. Institutionsgeschichtlicher Abriss

### I. Weichenstellungen 1945–1949

Nach den Vereinbarungen der Alliierten war Berlin 1945 in vier Sektoren eingeteilt, wurde aber zugleich von einem deutschen Magistrat verwaltet, der direkt der Alliierten Kommandantur unterstand. Die noch bestehenden Einrichtungen des Reichs sollten von den Ländern bzw. Provinzen ihres jeweiligen Standortes übernommen, verwaltet und finanziert werden. Das betraf in Berlin die Universität und die Technische Hochschule ebenso wie die Preußische Akademie der Wissenschaften.

Das durch Bombenangriffe und Straßenkämpfe weitgehend zerstörte und durch sowjetische Demontagepolitik zusätzlich gebeutelte Berlin war mit dieser Aufgabe allerdings überfordert. Dazu kamen Bestrebungen seitens der sowjetischen Besatzungsmacht und ihrer deutschen Verbündeten – im ersten, 1945 ernannten Magistrat dominierte die KPD die Kernbereiche Inneres und Volksbildung – in Richtung einer grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Umgestaltung, die eine bloße Rückkehr zur Zeit vor 1933 ausschließen sollte. Der Umstand, daß sich sowohl die Universität als auch die Akademie im sowjetischen, die Technische Hochschule im britischen und die – allerdings bis auf das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische und Elektrochemie ausgelagerten – Kaiser-Wilhelm-Institute überwiegend im amerikanischen Sektor befanden, sollte sich für die weitere Entwicklung als entscheidend erweisen. Am 12. September 1945 unterstellte die *Sowjetische Militäradministration in Deutschland* (SMAD) die Universität<sup>3</sup> der *Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung* (DZVV), deren Zuständigkeit sich eigentlich nur auf die fünf Länder bzw. Provinzen der sowjetischen Zone, jedoch nicht auf Berlin erstrecken sollte. Die

<sup>1</sup> Vgl. Kocka, „Einleitung“, S. X–XIII.

<sup>2</sup> Die Autoren danken Hubert Laitko und Martin Sabrow für Kritik und weiterführende Vorschläge.

<sup>3</sup> Die Universität trug damals ihren alten Namen – Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin – nicht mehr, benutzte aber noch die alten Briefköpfe; *Universität Berlin* war die neue Bezeichnung, die allerdings bereits in den Vorlesungsverzeichnissen seit den 1920er Jahren üblich wurde.

westlichen Alliierten – insbesondere die Amerikaner – protestierten, mußten die Unterstellung unter die Zonenverwaltung aber hinnehmen, da sie im sowjetischen Sektor nicht eingreifen konnten.<sup>4</sup> Damit hatte die sowjetische Besatzungsmacht einen Präzedenzfall geschaffen. Im Mai 1946 beschloß die Alliierte Kommandantur, die Technische Universität Berlin aus dem Haushalt der Stadt Berlin herauszunehmen und künftig durch den britischen Zonenhaushalt finanzieren zu lassen.<sup>5</sup> Die SMAD billigte im Juli 1946 die Wiedereröffnung der Ost-Berliner Akademie als *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis auf ihre Verankerung in der vormaligen Preussischen Akademie der Wissenschaften.<sup>6</sup> Die Akademie wurde der *Zentralverwaltung für Volksbildung für die Sowjetisch Besetzte Zone Deutschlands* unterstellt. Die amerikanische Militärverwaltung faßte im Winter 1946/47 die Reste der Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Institute zu einer zonenfinanzierten Forschungshochschule für Graduierte zusammen.<sup>7</sup>

Die Akademie war also wieder und weiterhin eine quasi-staatliche Institution. Der kommunalen Oberhoheit der Stadt Berlin entkommen, unterstand sie bis 1949 der Ost-Berliner Zentralverwaltung für Volksbildung, dann für kurze Zeit dem Ministerium für Volksbildung und danach dem Ministerrat der DDR. Das letzte Wort behielt sich die SMAD bzw. deren Nachfolgeorganisation, die *Sowjetische Kontrollkommission* (SKK) vor, die sich allerdings 1950 von ihrer Aufsicht über die Akademie zurückzog. Damit konnte ab 1952 die *Abteilung Wissenschaften* des ZK der SED (zunächst *Abteilung Wissenschaft und Hochschulen*, dann *Abteilung Wissenschaft und Propaganda*) allmählich die Federführung übernehmen. Die Akademie erfreute sich in ihren ersten Jahren der besonderen Förderung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, auch wenn es mit deren Präsidenten Paul Wandel immer wieder zu atmosphärischen Irritationen kam.

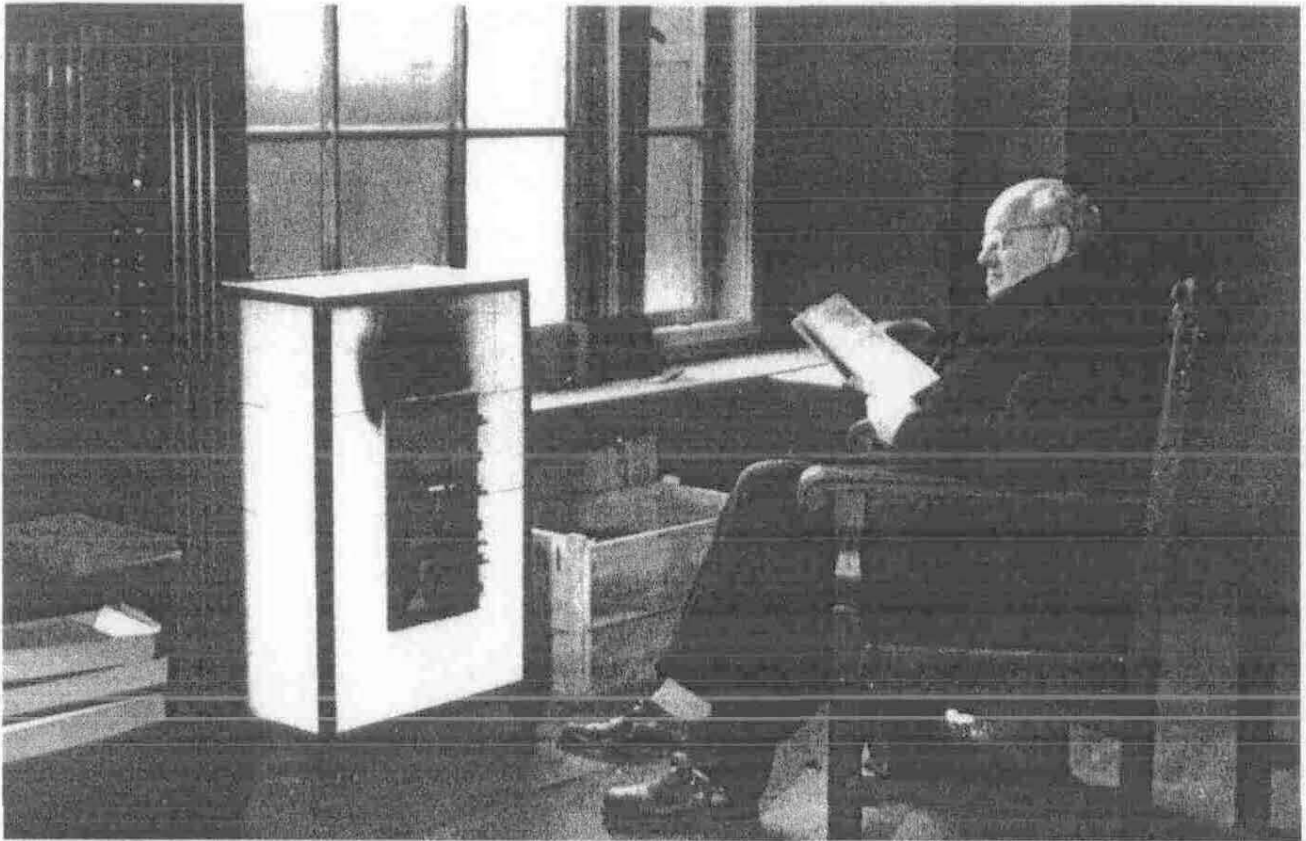
Zwei wesentliche strukturelle Veränderungen bestimmten das neue Selbstverständnis der Akademie. Die Satzung von 1946 konzipierte sie *erstens* als nationale Akademie mit gesamtdeutschem Anspruch und sprach ihr *zweitens* das Recht zu, eigene Forschungsinstitute zu unterhalten. Der gesamtdeutsche Anspruch hatte zur Folge, daß Ordentliche Mitglieder nicht mehr in Berlin und Umgebung wohnen mußten. Das stellte ein Novum dar. Bis 1935 hatte sich die Akademie mit der Kategorie *Auswärtiger Mitglieder* beholfen: diese konnten sich, sofern sie sich in Berlin aufhielten, an der Arbeit der Akademie mit allen Rechten eines Ordentlichen Mitglieds beteiligen.

<sup>4</sup> Als Gegenmaßnahme unterstellte die amerikanische Militärverwaltung den Botanischen Garten, der seit 1810 zur Universität gehörte, aber im Westteil der Stadt lag, der allgemeinen städtischen Verwaltung.

<sup>5</sup> Die TU Berlin war juristisch eine Neugründung aus dem Fundus der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg.

<sup>6</sup> Vgl. Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 467–472: Befehl Nr. 187 vom 1. Juli 1946 (mit Faksimiles des russischen Originals und der deutschen Übersetzung). Die deutsche Übersetzung des sowjetischen Befehls in dieser Ausgabe war gründlich mißglückt, aber als SMAD-Text in der DDR offenbar derart sakrosankt, daß er öffentlich nicht korrigiert wurde; erst 1990 hat Conrad Grau eine der deutschen Syntax folgende Übersetzung veröffentlicht. Vgl. Grau, „Akademiegedanke“. Archivbenutzer konnten allerdings jederzeit das russische Original einsehen.

<sup>7</sup> Vgl. Tent, *Freie Universität*, S. 83–86.



*Akademienmitglied am Rande einer Sitzung im Dezember 1946*

1935 war es der Akademie nach langem Drängen gelungen, sechs neue Stellen für *auswärtige Ordentliche Mitglieder* zu schaffen, um so „auch auswärtige Gelehrte zur Betätigung innerhalb des engeren Arbeitskreises heranzuziehen“.<sup>8</sup>

Durch den kriegsbedingten Umzug vieler Ordentlicher Mitglieder in andere Teile Deutschlands war die Akademie faktisch schon seit 1943 zu einer gesamtdeutschen Akademie geworden. Doch diese Entwicklung spiegelte sich lediglich in ihren Mitgliederlisten wider, aber nicht in ihrer praktischen Arbeit. Denn angesichts der herrschenden Verkehrsbedingungen und Reisebestimmungen konnte sich in der Regel nur ein relativ kleiner *Berliner Kern* der wenigen zurückgebliebenen oder in die Hauptstadt zurückgekehrten Mitglieder zu Sitzungen treffen.<sup>9</sup> Der gesamtdeutsche Anspruch der Akademie stieß allerdings nach 1945/46 bald an seine Grenzen. Zum einen beharrten die anderen Akademien in Göttin-

<sup>8</sup> Max Planck, „Ansprache auf der Öffentlichen Sitzung zur Feier des Jahrestages König Friedrichs II, 28. Januar 1937“, in: *Sb. der PAW 1937*, S. XXV. Diese auswärtigen Ordentlichen Mitglieder waren lediglich zu einem Vortrag pro Jahr verpflichtet und konnten für bis zu vier weiteren Sitzungen der Klasse, des Plenums oder einer Kommission Reisegeld und Diäten erhalten. Nach der neuen Satzung von 1939 waren pro Klasse zwölf auswärtige Ordentliche Mitglieder vorgesehen, eine Option, von der die Akademie bis 1945 jedoch nur sehr sparsamen Gebrauch machte.

<sup>9</sup> Entgegen den Satzungen von 1881 und 1939 sind die Ordentlichen Mitglieder, die ihren Wohnsitz 1944 bis 1946 aus Berlin und Umgebung verlegt hatte, weiterhin als Ordentliche Mitglieder und nicht als auswärtige Ordentliche Mitglieder geführt worden.

gen, München und Heidelberg auf dem Prinzip, daß für eine Ordentliche Mitgliedschaft in ihren Gelehrtenesellschaften nach wie vor das Ausschließlichkeitsprinzip galt und damit eine gleichzeitige Ordentliche Mitgliedschaft in Berlin und andernorts nicht statthaft sei. Zum anderen entstand 1949 mit der Gründung der Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz eine Institution, die das Regionalprinzip verwarf, sich als gesamtdeutsche Akademie verstand und zudem Funktion und Tradition der PAW für sich beanspruchte – ein Anspruch, den die Bundesregierung in Bonn zeitweilig akzeptierte.<sup>10</sup> Und zum dritten reduzierte sich das Einzugsgebiet der Ost-Berliner Akademie im Verlauf der Teilung Deutschlands, der Verfestigung der staatlichen Strukturen und den Abgrenzungen der beiden deutschen Staaten zunehmend auf die DDR und auf Ost-Berlin.

Die zweite und folgenreichere Veränderung in den Akademiestrukturen betraf den Aufbau akademieeigener Forschungsinstitute. Ähnliche Vorstellungen und Konzeptionen waren seit der Jahrhundertwende um 1900 mehrfach diskutiert, aber nie durchgesetzt worden. Die Alliierten hatten die bisherigen außeruniversitären Forschungsinstitute der *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* (KWG), deren Generalverwaltung nach Göttingen ausgewichen war, wegen ihrer maßgeblichen Beteiligung an kriegsrelevanten Forschungen unter Kuratel gestellt. Damit war das Überleben der KWG grundsätzlich gefährdet. In der SBZ und in Ost-Berlin nutzte die Akademie die Chance, die durch die faktische Handlungsunfähigkeit der KWG entstanden war. Aus der bisherigen Gelehrtenesellschaft entstand damit eine neue Organisationsform der Akademie, in der Gelehrtensozietät und Forschungsinstitute neben- oder miteinander existierten. Ein vergleichbares Modell bestand bereits in Stockholm, wo die neu gegründeten *Nobel-Institute* nach 1900 der Schwedischen Akademie der Wissenschaften zugeordnet worden waren.<sup>11</sup> Eine ähnliche Entwicklung hatte sich Mitte der 1920er Jahre auch in der Sowjetunion vollzogen. Für die aus dem sowjetischen Exil zurückkehrenden Politiker der KPD/SED, wie Paul Wandel, war das Moskauer Akademiemodell maßstabsetzend. Ebenso wichtig war jedoch, daß sich dieses Modell im Kern mit den Vorstellungen der meisten in Berlin anwesenden Akademiemitglieder deckte.<sup>12</sup> Schon im Herbst 1945 hatte sich die Akademie vom Magistrat damit beauftragen lassen, sämtliche *herrenlosen* historischen Institute in der Stadt unter ihre Kontrolle zu nehmen. Ähnliche Aufträge ergaben sich in den folgenden Monaten, beispielsweise die Übernahme des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches. Es ist nicht zu übersehen: einige Akademiemitglieder nutzten die Gunst der Stunde, um wissenschaftliche Ressourcen dauerhaft an

<sup>10</sup> Vgl. dazu auch unten, S. 440–447.

<sup>11</sup> Die Übertragung des Stockholmer Modells nach Berlin scheiterte damals am Widerspruch der Akademie, siehe dazu vom Brocke, „Verschenkte Optionen“, S. 139.

<sup>12</sup> An dieser Stelle sei daran erinnert, daß die russische Akademie der Wissenschaften stets über Institute, Laboratorien und Museen verfügte und immer eine forschende Akademie blieb. Sie entsprach in diesem Sinn konsequenter dem Konzept von Leibniz, das in Berlin mit der Gründung der Humboldtschen Forschungsuniversität modifiziert worden war. Der Ausbau der sowjetischen Akademie nach 1925/34 fand auf dieser Grundlage statt und erweiterte die Akademie um Institute, die die Strukturen der Kaiser-Wilhelm-Institute, wenn auch modifiziert, sowie der Notgemeinschaft, der späteren DFG, zum Vorbild hatten.

die Akademie zu binden. Mit diesem Forschungspotential im Hintergrund stärkten sie ihren wissenschaftlich-organisatorischen Einfluß gegenüber den Kollegen an den Universitäten und Hochschulen, die zudem unter strengerer alliierter Aufsicht standen und deren Forschung stärker reglementiert wurde.<sup>13</sup>

Die Kombination von Gelehrtenengesellschaft und Forschungsinstituten ähnelte zumindest äußerlich stark der Moskauer Akademiestruktur.<sup>14</sup> Sie stellte eine institutionelle Lösung dar, die den prestigeträchtigen und privilegierten Status des Akademiemitglieds in vielen Fällen mit der zum Teil sehr einflußreichen Hausmacht eines Institutsleiters verband. Die flexible Effizienz der KWG und – unausgesprochen – ihrer Nachfolgerin, der *Max-Planck-Gesellschaft* (MPG), blieb in der Folgezeit die Richtschnur für die Institute und Arbeitsstellen der Akademie. So hieß es Ende der 1950er Jahre auf einer internen Besprechung führender Naturwissenschaftler der DAW – in Anspielung auf die international maßstabsetzende wissenschaftliche Infrastruktur der Kaiser-Wilhelm-Institute –, daß der zur Akademie gehörende neue Wissenschaftsstandort Berlin-Adlershof das Vorbild Dahlem „in den Schatten stellen“ werde.<sup>15</sup>

Angesichts der nahezu vollständigen finanziellen Abhängigkeit der Akademie vom Staat war ihr Spielraum jedoch sehr begrenzt. Im entstehenden ostdeutschen Staat mit seiner ausgeprägten Abneigung gegen autonome Körperschaften büßte sie ihre relative Eigenständigkeit in der Folgezeit weiter ein. Schrittweise vollzog sich ihre Einbindung in die politischen Zielsetzungen der SED.

Nach einer Anfangsphase in der SBZ, in der Privilegierung und Diskriminierung der *bürgerlichen Intelligenz* durch Partei und Behörden unvorhersehbar und unberechenbar blieben, konsolidierte sich die Wissenschaftspolitik der SBZ/DDR Ende der 1940er Jahre. Die Politik der DDR war offiziell eine öffentliche Verbeugung vor dem sowjetischen Organisationsmodell in den Wissenschaften, praktisch jedoch häufig auch ein Reflex auf die Entwicklung im Westen, auf die Konsolidierung, die Flexibilität und die Attraktivität des dortigen Wissenschaftssystems. 1948/49 kam es angesichts der stetigen Abwanderung von Wissenschaftlern – auch angesichts eines erwarteten Mißerfolgs der neu gegründeten Freien Universität Berlin und angesichts der Polarisierung zwischen den beiden sich in

<sup>13</sup> Vgl. z. B. das Wirken des Dekans der Philosophischen Fakultät an der Berliner Universität und Sekretars der philosophisch-historischen Klasse der Akademie: Walther, „Fritz Hartung“. Vgl. zu dieser Problematik ausführlich weiter unten, S. 383–400.

<sup>14</sup> Daß die Nachahmung der sowjetischen Akademiestrukturen selbst seitens der Partei- und Staatsführung zumindest hinterfragt wurde, zeigt eine Aktennotiz Walter Ulbrichts an Kurt Hager aus dem Jahre 1954. Dort heißt es: „Wir können nicht die Struktur der Akademie aus der Sowjetunion [...] übernehmen, da wir einige Einrichtungen haben, und wir noch nicht die große Anzahl wissenschaftlicher Kräfte besitzen, um in mehreren Forschungsinstituten die gleichen Fragen zu bearbeiten.“ Vgl. SAPMO, ZPA, IV, 2/9.04, Bd. 375, Bl. 28: Walter Ulbricht an Kurt Hager vom 1. Juli 1954 (Hausmitteilung).

<sup>15</sup> SAPMO, ZPA, IV, 2/9.04, Bd. 374, Bl. 63–66, hier Bl. 63: „Perspektive der DAdW Adlershof, Beratung bei Gen. Grosse am 8. 1. 1959“, Protokoll vom 10. Januar 1959 (in Anwesenheit u. a. von Peter Adolf Thiessen).



Deutschland bildenden halbsouveränen Staaten – zu einem deutlichen Schwenk in der Kultur- und Wissenschaftspolitik der SBZ/DDR. Das schlug sich in der *Kulturverordnung* vom 31. März 1949 und in den Planungen der SMAD zur Reorganisation der Akademie nieder, die der Akademieleitung am 23. März 1949 in Berlin-Karlshorst unterbreitet wurden. Zwar glich die Karlshorster Zusammenkunft nach den Worten des Historikers Fritz Hartung, einem der Sekretäre der Akademie, eher einem „Befehlsempfang“, doch für andere, wie den Astrophysiker Hans Kienle, erfüllten sich nun die seit 1945/46 gehegten Erwartungen in bezug auf eine Neuorganisation der Akademie.<sup>16</sup>

An Stelle des seit 1835 eingeübten Zwei-Klassen-Modells wurde die Akademie nunmehr in sechs Klassen eingeteilt:

Klasse für Mathematik und allgemeine Naturwissenschaften

Klasse für medizinische Wissenschaften

Klasse für landwirtschaftliche Wissenschaften

Klasse für technische Wissenschaften

Klasse für Sprachen Literatur und Kunst

Klasse für Gesellschaftswissenschaften.

Damit wurde die Parität zwischen den Geistes- und Naturwissenschaften aufgegeben, was einerseits eine Anpassung an die allgemeine wissenschaftliche Entwicklung darstellte; andererseits aber als Beginn der Marginalisierung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klassen interpretiert werden kann. Vorerst wichtiger war jedoch die Verdoppelung der Stellenzahl der Ordentlichen Mitglieder auf 120. Im Unterschied zu der geringen Zahl nomineller und der noch geringeren Zahl aktiver Mitglieder ergab sich nun die Möglichkeit, durch zahlreiche Zuwahlen das Profil der Akademie weiter und neu zu entwickeln.

Die *Kulturverordnung* von 1949 verschaffte der Akademie, ihren Mitgliedern und Mitarbeitern erhebliche Vergünstigungen. Die Akademie erhielt den Gebäudekomplex in der Jägerstraße am Gendarmenmarkt, die vormalige Preußische Staatsbank (Seehandlung), daneben das Gelände der ehemaligen Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershof und die beiden Güter Paulinenaue bei Nauen im Lande Brandenburg und Gatersleben bei Halle/Saale, das vormalige Kaiser-Wilhelm-Institut für Kulturpflanzenforschung; dazu beträchtliche Geldmittel für Bauvorhaben und Anschaffungen, insgesamt 3.000.000 DM (Ost) aus dem Staatshaushalt. Die steuerfreie Zuwendung für Ordentliche Mitglieder wurde von 6.000 auf 12.000 DM (Ost) jährlich verdoppelt; führende Mitarbeiter der Akademie, wie die Institutsdirektoren, bekamen, falls sie Inhaber einer zweiten Plan-

<sup>16</sup> SBB, NL Fr. Hartung, 36, 1: Tagebuchähnliche Notizen vom 24. März 1949 sowie AAW Berlin, AKL, Akademie (allg.), Grundsätzliches, 662: Josef Naas, Aktenvermerk über Besprechung bei Botschafter Semjonow am 23. März 1949 sowie Besprechung bei Herrn Botschafter Semjonow, Aufzeichnung vom 24. März 1949, und ebd.: Bemerkung von Johannes Kienle im Bericht von Josef Naas über die außerordentliche Plenumsitzung am 26. März 1948. Hartung und Kienle sind als *bürgerliche Wissenschaftler* insofern repräsentative Zeugen, als sie im Westteil der Stadt wohnen blieben und die unterschiedlichen Kompromisse zwischen den Beteiligten beobachteten und nutzten, aber letztendlich nicht von diesen Arrangements an der Akademie abhängig waren.

stelle waren, noch einmal bis zu 50 Prozent dieses Betrages ausgezahlt. Darüber hinaus standen den Akademiemitgliedern fortan günstige Kredite und Bauzuschüsse zur Verfügung. Ziel der Verordnung war es, Wissenschaftler und Künstler stärker an die DDR zu binden.<sup>17</sup> Mit Akademiemitgliedern – in und bisweilen auch außerhalb der DDR – abgeschlossene Einzelverträge, die den Betroffenen nach Meinung Fritz Hartungs insgesamt oft „ein unsinnig hohes Gehalt“ sicherten, dienten dem gleichen Zweck. Bei einem Vizepräsidenten konnten das Anfang der 1960er Jahre monatlich bis zu 10.000 DM (Ost) sein.

Eine neue Stufe der Kompromißpraxis wurde mit den Zuwahlen vom Sommer 1949 erreicht, bei denen sich die Akademieleitung und Paul Wandel direkt absprachen. Wandel zeigte sich bei der Beratung der Vorschläge der Klassen erstaunlich konzilient. Nur in einigen Fällen bat er – die Begründungen dafür waren verschiedener Art (Gefahr der Überalterung, zu starke Vertretung einer Disziplin, Abwarten bis zur Besetzung eines Berliner Lehrstuhls, gesamtdeutsche Bedenken, fehlende Unterlagen über einen Kandidaten) – um eine Verschiebung der Wahl. Doch er setzte auch politische Maßgaben durch. So sollte die Akademie ihre Beziehungen zu solchen Ordentlichen Mitgliedern abbrechen, die „bei der Dahlemer Universitätsgründung“ mitgewirkt oder einen Ruf an die Freie Universität angenommen hatten. Lediglich ihre formale Mitgliedschaft in der Akademie blieb bestehen.<sup>18</sup> Aus Ost-Berlin an die Freie Universität Berlin berufene Wissenschaftler wie der Slawist Max Vasmer und der Romanist Fritz Neubert konnten zeitlebens Mitglieder der Akademie bleiben, ohne sich nach 1949/50 je an der Arbeit der Akademie oder ihren Sitzungen zu beteiligen.

Wahlen und Personalentscheidungen blieben sensible Punkte. Das zeigen zwei in sich widersprüchliche Entscheidungen der *Gesellschaftswissenschaftlichen Klasse* vom März und Mai 1950, in denen das nicht austarierte Kräfteverhältnis innerhalb der Akademie deutlich zu Tage trat. Einerseits wurde der Antrag des aus dem Schweizer Exil zurückgekehrten Juristen Arthur Baumgarten, Karl Polak, der seinerseits aus der sowjetischen Emigration kam und stalinistische Prinzipien in das Rechtssystem der DDR mit einführen wollte, als Abteilungsleiter beim Institut für Rechtsphilosophie einzustellen, angenommen. Andererseits beschloß die Klasse aber auch, nur solche Vorschläge für Zuwahlen vorzubringen, die „nicht von vornherein auf entschiedenen Widerstand stoßen“ würden.<sup>19</sup> Dazu schlossen die verschiedenen Parteiungen in der Gesellschaftswissenschaftlichen Klasse sogar ein förmliches Stillhalteabkommen: „Herr Rörig teilt mit, daß er mit den HH. Baumgarten und Hartung in eingehender Beratung zu der Überzeugung gelangt sei, es könnten unter

<sup>17</sup> Die „Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz in der Produktion und im öffentlichen Leben“ vom 31. März 1949 ist veröffentlicht in: *Zentralverordnungsblatt*, Teil I, Nr. 28, 21. April 1949, S. 227–232.

<sup>18</sup> AAW Berlin, AKL, Akad. (allg.): Grundsätzliches, 662: Aktenvermerk über die Besprechung zwischen dem Akademiepräsidium und Paul Wandel vom 15. Juni 1949. Vgl. dazu auch den Beitrag von Peter Th. Walther in diesem Band.

<sup>19</sup> AAW Berlin, P 1/3: Sitzungsprotokoll der Gesellschaftswissenschaftlichen Klasse vom 11. Mai 1950, S. 245–247.

den gegenwärtigen Umständen keine ausreichend begründeten Anträge für Zuwahlen auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften eingebracht werden.“<sup>20</sup>

## II. Die Praxis der Kohabitation zwischen den *bürgerlichen Gelehrten* und der *neuen Intelligenz* in den 1950er und 1960er Jahren

Nach dem Scheitern des Projektes *Nationalakademie* in den Frontstellungen des Kalten Krieges ging es nun darum, die wissenschaftliche Kompetenz und das wissenschaftsorganisatorische Potential der Akademie für die DDR in Anspruch zu nehmen. Konkret hieß das, die Einflußmöglichkeiten der SED bei der Lenkung der Akademie auszubauen und zu stabilisieren. Die Akademieleitung sollte mit Wissenschaftlern besetzt werden, die aus der Perspektive der Partei- und Staatsleitung nicht nur loyal, sondern auch vertrauenswürdig waren. Zudem galt es, Institutions- und Organisationsformen zu finden, die den Transfer wissenschaftlicher Leistungen ins Wirtschaftssystem ermöglichten. Diesem Ziel wurde die Personalpolitik der Akademie seit 1949/50 mehr und mehr untergeordnet.

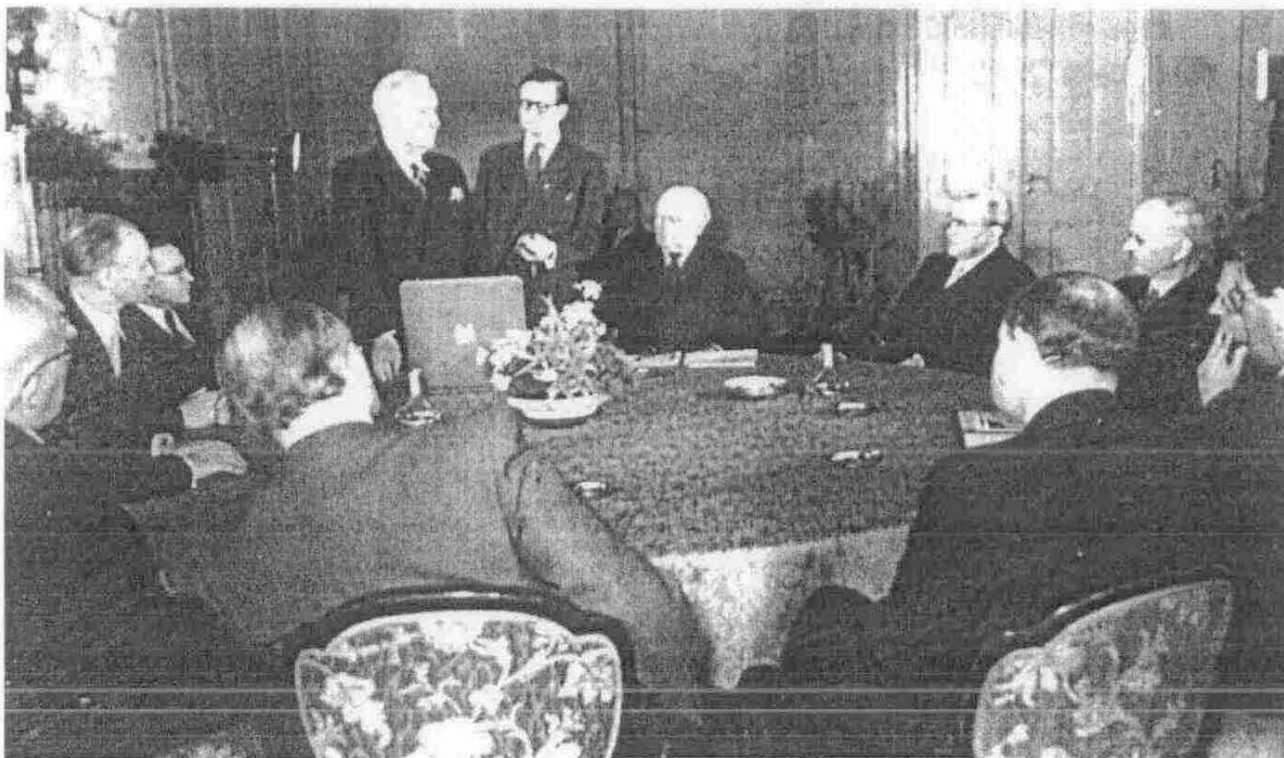
Die Amtszeiten von Präsident Johannes Stroux und Vizepräsident Hans Stille endeten am 1. August 1950. Stroux und Stille blieben jedoch auf Druck Paul Wandels, des nunmehrigen Volksbildungsministers, geschäftsführend im Amt.<sup>21</sup> Auf der Gesamtsitzung der Akademie am 27. Juli kündigte Stroux zudem die Einsetzung einer Statutenkommission an, deren Zusammensetzung eine außerordentliche Staats- und Parteinähe erkennen ließ. Insbesondere der Mathematiker Erhard Schmidt und der Historiker Fritz Hartung hatten gegen Stroux und für eine andere Zusammensetzung der Statutenkommission plädiert. Der Entwurf für ein neues Statut, der im Oktober vorgelegt wurde, war dennoch „ganz auf die Diktatur des Direktors zugeschnitten“, wie Hartung notierte.<sup>22</sup> Die im Entwurf vorgesehene Stärkung der Position des Direktors der Akademie<sup>23</sup> sollte den Einfluß der SED auf

<sup>20</sup> AAW Berlin, P 1/3: Sitzungsprotokoll der Phil.-hist. Klasse vom 2. Juni 1949, S. 163f. Am 2. Juli vereinbarten Baumgarten, Hartung, Rörig und Unverzagt in Rörigs Wohnung, keinen Antrag für Meusel zu stellen und erst später, nach besserer Vorbereitung, die Erweiterung der Klasse zu versuchen. Vgl. SBB, NL Hartung, 36, 1: Tagebuchähnliche Notizen vom 2. Juli 1949. Diese Hinhaltenaktik war jedoch nur kurzfristig erfolgreich, denn bereits im Herbst 1950 wurde Meusel, Direktor des Museums für Deutsche Geschichte im Berliner Zeughaus, Mitglied des ZK der SED und Koordinator des Aufbaus einer marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der DDR, zum Ordentlichen Mitglied gewählt. Bezeichnend für die ausgedünnte Personaldecke der Akademie ist der Umstand, daß das Dreiertreffen als Klassensitzung galt.

<sup>21</sup> AAW Berlin, P 1/2: Protokoll der Sitzung der Gesamt-Akademie, 27. Juli 1950.

<sup>22</sup> SBB, NL Hartung 36, 1: Notiz von Fritz Hartung, 19. Oktober 1950.

<sup>23</sup> Die Stelle des Direktors wurde bereits mit der Satzung von 1939 eingeführt und beibehalten. Das Aufgabenspektrum verdeutlicht seine Machtposition (Satzung vom 31. 10. 1946, § 13): Er bearbeitet die Geschäfte der Akademie und unterhält die für die Verwaltung erforderlichen Verbindungen mit den übrigen Akademien und sonstigen Stellen. Er bearbeitet die Vorlagen zur Beschlußfassung des Plenums und der Klassen sowie die Tagesordnung der Sitzungen des Plenums und der Klassen in Übereinstimmung mit dem Präsidium vor. Er führt die Beschlüsse des Plenums und der Klassen nach den Weisungen des Präsidenten



*Wissenschaftler beim Staatspräsidenten Wilhelm Pieck, 26. November 1952; stehend v. l. n. r.: Theodor Frings, Reporter Karl Eduard von Schnitzler; sitzend: Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Johannes Stroux*

die Akademie sicherstellen, da das Plenum voraussichtlich wieder einen *bürgerlichen* Wissenschaftler zu ihrem neuen Präsidenten wählen würde. Ob dieser ebenso eng mit den politischen Instanzen der DDR und SED kooperieren würde wie Stroux, blieb aus Sicht der SED ein Unsicherheitsfaktor. In der Person des damaligen Direktors, des Mathematikers Josef Naas, hatte die SED deshalb vorsorglich eine verlässliche Stütze ihrer Politik installiert.<sup>24</sup> Am 8. Januar 1951 einigten sich das Akademiepräsidium und Wandel darauf, daß Neuwahlen zum Präsidenten und Vizepräsidenten auch vor der Verabschiedung eines neuen Statuts stattfinden könnten und daß die Zuwahl neuer Ordentlicher Mitglieder bis dahin unterbleiben sollte.

In dieser Situation befaßte sich die Parteiführung ausführlich mit der Zukunft der Akademie. Am 22. Februar 1951 teilte Ulbricht den für Akademieangelegenheiten zuständigen SED-Funktionären Paul Wandel, Fred Oelßner und Kurt Hager mit, daß „die Akademie der Wissenschaften direkt der Regierung unterstellt wird, um sie in ihrer Bedeutung mehr hervorzuheben. Außerdem wird vorgeschlagen, daß besonders fortschrittliche Wissenschaftler zu Mitgliedern der Akademie ernannt [sic!] werden sollen. Unterbreitet bitte

durch. Er leitet die Vermögens- und Finanzverwaltung der Akademie. 1951 wurden dem Direktor dann auch noch die Institute der Akademie unterstellt. Vgl. zum letzteren: Josef Naas, „Bericht über die Arbeit der Akademie in den Jahren 1950–1951“, in: *Jb. der AdW 1950–1951*, S. 72.

<sup>24</sup> Josef Naas wurde allerdings 1952/53 nach einer persönlichen Konfrontation mit Walter Ulbricht abberufen.



*Leibniztag 1964: Hermann Grapow und Fred Oelßner*

dem Politbüro einen Entwurf für einen Regierungsbeschluß darüber, daß die Akademie der Wissenschaften direkt dem Ministerrat unterstellt wird“.<sup>25</sup>

Dieser Beschluß bedeutete nichts weniger, als daß künftig alle Zuwahlen, unabhängig von den Initiativen der Akademiemitglieder, durch Kurt Hager, sein Büro und später die Abteilung Wissenschaften des ZK – wenn auch in Abstimmung mit dem Akademiepräsidium und ab 1960/62 mit der Akademieparteileitung – vorbereitet, begleitet und gebilligt werden mußten. Die Zuwahlen im Januar 1953 waren die ersten, die diesem neuen Modell folgten. Damals kam es zu einem veritablen Pairsschub von 28 neuen Mitgliedern, der penibel vorbereitet war: Jeder Kandidat hatte die ausdrückliche Billigung der Akademieleitung und der zuständigen Parteiinstanzen gefunden. Es gab jedoch eine auf den ersten Blick unerwartete Wendung, als dennoch zwei eng der Partei verbundene Kandidaten durchfielen: Jürgen Kuczynski und Leo Stern. Eine Erklärung dafür wurde nie geliefert; die Akademie als Institution hüllte sich naturgemäß in Schweigen, aber auch alle Beteiligten mieden später das Thema weitgehend. Lediglich Kuczynski verwies in seinen Memoiren in diesem Zusammenhang auf nicht näher beschriebene politische Differenzen.<sup>26</sup> Wahrscheinlicher dürfte es allerdings sein, daß die Akademie angesichts der Vorbereitung des Moskauer Ärzteprozesses, die der Logik einer antisemitischen Verschwörungstheorie folg-

<sup>25</sup> SAPMO, ZPA, IV 2/9.04, Bd. 372. Der Parteiapparat lieferte also die Vorlage für den Regierungsbeschluß.

<sup>26</sup> Vgl. Kuczynski, *Linientreuer Dissident*, S. 164. Vgl. dazu auch den Beitrag von Peter Th. Walther in diesem Band.

te, keine neuen Mitglieder jüdischer Herkunft zu wählen wollte. Gewählt wurde dagegen Fred Oelßner, dessen politisches Gewicht als Chefideologe der SED eine größere Rolle spielte als seine nebenamtliche Lehrtätigkeit für Politische Ökonomie am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (1951) und eine von ihm verfaßte Biographie über Rosa Luxemburg (1952).

Da der Einfluß der Parteimitglieder auch im Plenum und in den Klassen zunahm, vereinfachte sich das Zuwahlprozedere im Laufe der Jahre weiter.<sup>27</sup> Das bis in die 1950er Jahre praktizierte Nebeneinander von relativ eigenständigen Vorstellungen der Akademiemitglieder, zu denen *bürgerliche* Wissenschaftler gehörten, und den von der Partei initiierten Vorschlägen wurde nach und nach zugunsten eines eher integrierten Verfahrens und einer stärkeren *Kooperation* zwischen der Akademieparteileitung und der zuständigen ZK-Abteilung aufgegeben. Aus dem komplizierten Kräftespiel zwischen der Abteilung Wissenschaft des Zentralkomitees, der Akademieverwaltung – die ja von Anfang an dank der Direktoren und später der Generalsekretäre sicher in den Händen der SED war – und der Akademieleitung – die erst im Verlauf der 1950er Jahre mit SED-Mitgliedern besetzt wurde – entwickelte sich schließlich eine geradezu symbiotische Zusammenarbeit zwischen politischer Leitung und Akademie. Differenzen wurden innerhalb der Parteigremien vorgetragen, diskutiert und in der Regel gelöst. Konfrontationen zwischen der Akademie und der Partei fanden bald nur noch in Ausnahmefällen statt; fortbestehende Widersprüche und Widerstände verlagerten sich in die Parteiorganisationen der Akademie. An dem Ritual eines Wahlverfahrens wurde allerdings weiter festgehalten.

Der 1951 gewählte neue Präsident der Akademie, Walter Friedrich, Ordinarius für medizinische Physik, Leiter der in Berlin-Buch gelegenen Akademieinstitute und von 1949 bis 1951 Rektor der Humboldt-Universität, war ein hochgeachteter Wissenschaftler und ein Gelehrter alten Stils, so wie auch die meisten Sekretare seiner Amtszeit. Friedrich saß wie sein Vorgänger Stroux in der Volkskammer und war zudem Präsident des *Deutschen Friedensrates*. Wie Stroux galt er als „loyal“, ja sogar als „fortschrittlich – sympathisierend“, ohne dadurch aber zum Sprachrohr der SED zu werden.<sup>28</sup> Überhaupt blieb die Loyalität der Akademie gegenüber der DDR Voraussetzung für ihre Existenz; und bei der Kandidatur für die Ordentliche Mitgliedschaft war die Erfüllung des Loyalitätskriteriums mitentscheidend.

Das Ende der Kohabitation in der Akademie wurde mit dem unerwarteten Beschluß der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 über den Aufbau des Sozialismus in der DDR eingeläutet. *Bürgerliche* Wissenschaftler wurden nun nur noch für eine Übergangsphase gebraucht. Ihre Ablösung durch eine neue Generation marxistisch-leninistisch geschulter Wissenschaftler war eine Frage der Zeit, wobei diese Entwicklung je nach politischem Bedarf forciert oder verlangsamt werden konnte. Die Akademie als *höchstes wissenschaftliches*

<sup>27</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Peter Th. Walther in diesem Band.

<sup>28</sup> SAPMO, ZPA, IV 2/9.04, 372, Bl. 49–54: [Großer] Bericht über die Tätigkeit der Akademie im letzten Jahr [1953/54], hier S. 3.



*Walter Friedrich, der Präsident der DAW, begrüßt Wilhelm Pieck, den SED-Vorsitzenden. Am 3. April 1954 überbrachte eine Wissenschaftler-Delegation dem IV. Parteitag der SED die Grüße der Wissenschaftler der DDR; links im Hintergrund: Johannes R. Becher, vorne v. l. n. r.: Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Paul Wandel, Hermann Matern, Friedrich Ebert und Paul Verner, vorne rechts: Walter Friedrich*

Organ der DDR stand weiterhin im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Im November 1952 beschloß die Gesamtakademie, daß „die Akademie die Beteiligung am Aufbau des Sozialismus fest in die eigenen Hände nehmen und die Aufgaben so wählen soll, daß einige der vor der DDR stehenden Hauptaufgaben durch die Wissenschaft und insbesondere durch die Akademie erledigt werden. [...] Das Plenum billigt den Weg des Präsidiums, die Fragen von den innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik gültigen gesellschaftswissenschaftlichen Gesichtspunkten aus zu sehen und betrachtet das Exposé als eine Grundlage, in dieser Richtung das Wichtigste zu umreißen. Es bestand bei den Mitgliedern Klarheit darüber, daß die in dieser Weise eingeleiteten Maßnahmen einen tiefen Wandel im Leben der Akademie bedeuten werden.“<sup>29</sup>

Nach dem 17. Juni 1953 nahmen Partei und Staat jedoch wieder Abstand von der forcierten Verdrängung der *bürgerlichen Intelligenz* in der DDR. Das Ende der Kohabitation wurde zu einem Prozeß, der eher einen biologisch bedingten Abschluß fand, als daß er politisch gelöst worden wäre; so zog er sich bis in die 1960er und sogar 1970er Jahre hin.

Immer wieder wurden in den 1950er Jahren Fragen der Effizienz und Anbindung naturwissenschaftlicher Akademieinstitute an die Industrieproduktion diskutiert. Während

<sup>29</sup> AAW Berlin, P 1/2: Sitzungsprotokoll der Gesamt-Akademie vom 13. November 1952, S. 78.

zunächst die zuständigen Klassen und ihre Mitglieder die Akademieinstitute steuerten, entzog der Zusammenschluß der naturwissenschaftlichen Einrichtungen in der 1957 gebildeten akademieinternen *Forschungsgemeinschaft* einen Teil dieser Institute der Aufsicht durch die Klassen.<sup>30</sup> Dies war Teil einer Reform, in deren Verlauf eine fachkompetente Verwaltungsstruktur aufgebaut wurde, was um so notwendiger geworden war, als sich die Lenkung der Forschung durch das Plenum und die Klassen als ineffizient erwiesen hatte. Mit dieser Umorganisation war die Errichtung des *Forschungsrates* der DDR verbunden, der die zentrale Steuerung und Koordination der naturwissenschaftlichen und technischen Fächer übernehmen sollte. Protagonisten dieser Institutionalisierung waren einige führende Naturwissenschaftler mit vorausgehenden Erfahrungen in den Forschungsinstituten der Industrie bzw. der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft; Unterstützung erhielten sie durch die letzten aus der Sowjetunion zurückkehrenden *Spezialisten*.<sup>31</sup> Im Kern sollte so ein professioneller und effizienter Entscheidungs- und Verwaltungsapparat aufgebaut werden, den – und dies konnte als versteckte Konfrontation zu den parallelen Parteistrukturen und den überkommenen Akademiestrukturen verstanden werden – die ausgewiesenen Naturwissenschaftler nach eigenem Ermessen personell gestalten konnten.<sup>32</sup>

Zwei wirtschafts- und wissenschaftspolitische Entscheidungen waren für die Akademie in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung. 1958 beschloß die Partei- und Staatsführung, daß mit der Realisierung von Schwerpunktprogrammen volkswirtschaftliche Erfolge zu erzielen seien. Der mit dem *Chemieprogramm* verbundene Ausbau der Chemieforschung in der DDR kam auch den entsprechenden Akademieinstituten zugute. Beinahe zum gleichen Zeitpunkt erreichte der erste Schub von Hochschulabsolventen die Betriebe und Institute, deren akademische Sozialisation durch Arbeiter- und Bauern-Fakultäten, FDJ und SED begleitet oder geprägt war, also Vertreter jener *neuen Intelligenz*, von denen sich die Partei eine höhere politische Zuverlässigkeit erhoffte. Und mit dem Latinisten Werner Hartke übernahm 1958 zum ersten Mal ein SED-Mitglied die Präsidentschaft der Akademie. Die Diskussion um die Unstimmigkeiten beim Wahlverfahren zeigte, daß die Mehrheit der anwesenden Akademiemitglieder eher an geregelten Beziehungen zu Partei und Staat interessiert war und die offensichtlichen Eingriffe in das Wahlverfahren akzeptierte.<sup>33</sup>

<sup>30</sup> Diese Organisationsform unterschied sich übrigens insofern vom sowjetischen Modell, als dort die Institute den Klassen zugeordnet blieben.

<sup>31</sup> Vgl. Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann, *Spezialisten*.

<sup>32</sup> Federführend war Peter Adolf Thiessen, der bereits 1935 und 1942 Spartenleiter im *Reichsforschungsrat* war und nach 1945 in der Sowjetunion die dortige Forschungspolitik und -verwaltung kennengelernt hatte. Es ist nicht auszuschließen, daß Thiessens organisatorisches Talent durch einen Aufenthalt in den USA angeregt worden war: 1935 hatte er das *Massachusetts Institute for Technology* (MIT) besucht. MIT-Professoren hatten als Mitglieder der National Academy of Sciences 1917/18 die militärrelevante Forschung der USA koordiniert. Vgl. dazu Eibl, *Thiessen*.

<sup>33</sup> Ministerpräsident Grotewohl hatte – nach zwei Präsidenten aus den Naturwissenschaften – einen in oder bei (Ost-)Berlin wohnenden Wissenschaftler aus einer der beiden gesellschaftswissenschaftlichen Klassen als neuen Präsidenten vorgeschrieben. Damit waren der Leipziger Altgermanist Theodor Frings ebenso *disqualifiziert* wie der Berliner Physiker und Akademievizepräsident Hans Ertel. Siehe Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 157–160.



Probleme gab es auch in den Beziehungen zwischen der Akademie und den Universitäten. Ende der 50er Jahre eskalierten diese Spannungen. Ein Grund dafür waren die Privilegien der Akademiemitarbeiter, die aus Sicht der Universitäten dafür gesorgt hatten, daß Wissenschaftler zunehmend aus den Universitäten an die Akademie wechselten. In der Tat waren die materielle Ausstattung der Akademieinstitute in der Regel besser und die Gehälter von Akademiemitarbeitern oft höher als an den Universitäten. Schließlich verschaffte die wissenschaftliche Tätigkeit ohne Lehrverpflichtungen den Akademiemitarbeitern oft einen Karrierevorsprung gegenüber ihren Kollegen an den Universitäten.

Trotz dieser Vorzüge sah sich auch die Akademie mit den Themen *Republikflucht* und *Grenzgängerei* konfrontiert. Die Abwanderung in den Westen wurde von der Akademieleitung, der Akademieparteileitung – die nach einer langen Vorbereitungsphase 1958/60 installiert worden war – und der Abteilung Wissenschaften des ZK penibel registriert und ausgewertet. Die Flucht einiger Ordentlicher Mitglieder, die SED-Mitglieder oder, wie der renommierte Mineraloge Friedrich Leutwein, sogar ZK-Mitglied gewesen waren, mag dabei besondere Enttäuschung hervorgerufen haben.<sup>34</sup> Es waren in der Regel politische oder karrierebehindernde, aber auch wirtschaftliche und familiäre Gründe, die zu einer Abwanderung in den Westen führten, während die direkte Abwerbung nur einen geringen Anteil ausmachte.<sup>35</sup> Daß die Zugeständnisse an die Akademie und die den Akademiemitarbeitern und Mitgliedern gewährten Vorteile diesen Entwicklungen Rechnung trugen, zeigte eine Diskussion, die Anfang August 1961 in der SED-Grundorganisation der Akademie zu dieser Thematik geführt wurde: „Die Intelligenzpolitik sei eine Summe von Konzessionen an die Intelligenz aus Furcht vor Republikflucht, die wegfallen könnte, wenn alle Grenzen nach dem Westen geschlossen sind.“<sup>36</sup> So äußerte sich dazu unmißverständlich ein Bericht der Akademieparteileitung.

Zehn Tage später wurden die Grenzen tatsächlich endgültig geschlossen. Damit war die für die Wissenschaftler gültige „Geschäftsordnung in der DDR“ hinfällig worden. Mit dem Hinweis auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzausstattungen im Westen ließen sich die wissenschaftlerfreundlichen Konzessionen in der DDR fortan nicht mehr begründen. Neue Formen des Arrangements zwischen Partei- und Staatsapparat einerseits und der Akademie, ihren Mitgliedern und Mitarbeitern andererseits mußten gefunden werden; Arrangements, die den neuen Machtverhältnissen Rechnung trugen.<sup>37</sup>

<sup>34</sup> Vgl. dazu Rösler, „Friedrich Leutwein“.

<sup>35</sup> SAPMO, ZPA IV, 2/9.04, Bd. 384, Bl. 155–161: Stichwortprotokoll der Diskussion der Kuratoriumssitzung der Forschungsgemeinschaft vom 18. Juni 1958, S. 1–7 (Tagesordnungspunkt „Zu Fragen der Republikflucht“), sowie BAB, DR 3, 6228 (Republikflucht): Leiterin der Abteilung Kader und Arbeit, Büttner, an die Kreisleitung Mitte der SED, Kreispartei-Kontrollkommission, z. Hd. Jäckel, vom 18. November 1960, betr. „Republikflucht im Jahre 1960 (mit einer groben Statistik über „R-Flucht-Fälle“ aus der Akademie seit 1955. Parallele Analysen zur Republikflucht aus dem Hochschulbereich finden sich in BAB, DR 3, 6228.

<sup>36</sup> SAPMO, ZPA, IV 2/9.04, Bd. 380, Bl. 282: DAW, Akademieparteileitung (Bembenek) an ZK der SED, Abt. Wissenschaften (Schubert) vom 4. August 1961.

<sup>37</sup> Vgl. zu den unterschiedlichen Entwicklungen in den Disziplinen und institutionellen Schwerpunkten in der Philosophie: Herzberg, *Abhängigkeit und Verstrickung* und ders., *Aufbruch und Abwicklung*; in der

### III. Umstrukturierung nach 1961 und Ausblick bis 1989

Die Auswirkungen des Mauerbaus bekam die Akademie unmittelbar zu spüren. Der Philosoph Ernst Bloch, der an der Leipziger Karl-Marx-Universität zunehmend isoliert worden war, hatte sich nach dem 13. August 1961 entschlossen, von seinem Sommerurlaub im Westen Deutschlands nicht mehr in die DDR zurückzukehren. In Rundfunkinterviews äußerte er seine ablehnende Haltung gegenüber der Politik der SED. Die Akademieleitung manipulierte die Blochschen Stellungnahmen so, daß der Eindruck entstehen konnte, Bloch distanzieren sich auch von der Akademie. Das wiederum rief unter den meisten Akademiemitgliedern heftige Empörung hervor. So stieß die Absicht der Abteilung Wissenschaften des ZK, Bloch aus der Akademie auszuschließen, bei vielen Mitgliedern auf Zustimmung.<sup>38</sup>

Fünf Jahre später wurde der Photochemiker Robert Havemann aus der Mitgliederliste der Akademie gestrichen. Havemann, der 1943 als Mitglied einer Widerstandsgruppe zum Tode verurteilt und nur dank der Intervention seines Lehrers Wolfgang Heubner und unter Verweis auf seine dringend benötigte Mitarbeit an kriegswichtigen Arbeiten von der Hinrichtung verschont geblieben war, hatte sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU von einem rabiaten Stalinisten zu einem reformorientierten Sozialisten gewandelt. Deshalb wurde er zur Zielscheibe des Parteiapparats: 1963 verlor er sein Volkskammermandat, 1964 wurde er aus der SED ausgeschlossen und von der Humboldt-Universität entlassen, 1965 schließlich seines Amtes als Leiter der Arbeitsstelle für Photochemie der Akademie entoben. Akademiepräsidium und Akademieparteileitung betrieben nun auch den Ausschluß Havemanns aus der Akademie. Als die statutengemäße Abstimmung jedoch nicht die erforderliche Stimmenmehrheit ergab – eine Stimme fehlte für einen gültigen Ausschluß –, beschloß das Präsidium nach einem Tag allgemeiner Sprachlosigkeit, Havemann satzungswidrig aus der Mitgliederliste zu streichen.<sup>39</sup> Nach dem Ausschluß Blochs hatte es diesmal keinen Geisteswissenschaftler, sondern einen prominenten Repräsentanten der naturwissenschaftlichen Disziplinen getroffen. Die politische Führung hatte ihre Machtmittel nicht nur gezeigt, sondern auch eingesetzt. Beide Male hatte sich die Akademie gefügt.

Die Konsolidierung der DDR auf der Grundlage der Abschottung vom Westen, die mühsame Einbindung in die Raster und Regularien des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und die allgemeine Ressourcenknappheit erzwangen auch in der Akademie die Setzung neuer Prioritäten. War die Akademie bislang Repräsentantin einer ehrwürdigen Tradition und ein üppig ausgestattetes wissenschaftliches *Schaufenster des Ostens*, so wurden die

Hochschullehrerschaft: Jessen, *Akademische Elite* und ders. „Professoren im Sozialismus“; bei den Medizinern: Ernst, *Prophylaxe* sowie bei die Historikern: Sabrow, *Diktatur des Konsenses* und ders./Walther, *Historische Forschung*.

<sup>38</sup> Vgl. Ernst/Klinger, „Wille zum Skandal“.

<sup>39</sup> Vgl. dazu ausführlich Müller/Florath, *Entlassung* sowie Hoffmann, „Havemann“. Den deutlichsten Protest gegen die Behandlung Havemanns formulierte der römische Archäologe Ranuccio Bianchi Bandinelli, führendes Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens.

Tätigkeiten der Akademie nun zunehmend nach Kriterien volkswirtschaftlicher Verwertbarkeit geplant. Nach einer reformorientierten kurzen Periode der *Neuen Ökonomischen Politik*, die politisch nicht mehr kalkulierbar schien und vor allem deshalb abgewürgt wurde,<sup>40</sup> dominierten ab Ende der 1960er Jahre wieder starrere Mechanismen der Planung und Kontrolle. Damit verband sich das Schicksal der Akademie *à la longue* mit dem Wirtschaftspotential der DDR.<sup>41</sup>

Analog zu der 1957 gebildeten *Forschungsgemeinschaft* für die naturwissenschaftlichen Institute der Akademie wurde 1964 die *Arbeitsgemeinschaft* für die geistes- und sozialwissenschaftlichen Institute und Arbeitsstellen der Akademie gegründet. Damit sollten, wo immer es möglich und opportun erschien, die Sozial- und Geisteswissenschaften enger an das politische System und dessen Deutungshoheit herangeführt werden. Die Akademieparteileitung übernahm allmählich die Aufgaben des Präsidiums, und mit der *Forschungsgemeinschaft* und der *Arbeitsgemeinschaft* waren effektive Verwaltungen für die weitere Arbeit geschaffen worden. Gleichzeitig blieben die Institute weiterhin auf ihre Direktoren zugeschnitten und in die diversen Planungsabsprachen für Volkswirtschaft und Wissenschaft einbezogen.

Kaum waren die Neuregelungen von 1964 verwaltungstechnisch durchgesetzt und praktisch umgesetzt, kündigten sich neue tiefgreifende strukturelle Änderungen an. Im Kontext der Schulreform Anfang der 1960er Jahre und der Dritten Hochschulreform 1967 sollte auch die Akademie umstrukturiert werden. Die Akademiereform führte zur Errichtung neuer Institute und Zentralinstitute, die Monopolfunktionen für die gesamte DDR besaßen. Dabei wurden kleinere Einheiten aufgelöst und zu größeren Institutionen – insgesamt etwa 50 – zusammengefaßt. Durch die Bildung der disziplinbezogenen Institute wurde zum ersten Mal in der jüngeren Akademiegeschichte eine neue Übersichtlichkeit hergestellt, die die gewachsene Vielfalt ablöste, die teils auch aus persönlichen Rücksichten auf einzelne Institutsdirektoren in den letzten 25 Jahren entstanden war. Die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung mußten die Leiter der Forschungsbereiche der Akademieinstitute fortan mit dem Ministerium für Wissenschaft und Technik abstimmen. In den Geistes- und Sozialwissenschaften wurden *Leitinstitute* mit nachgeordneten Instituten festgelegt, doch hatten sie ihre Machtstellung mit Parteiinstituten wie dem Institut für Marxismus-Leninismus zu teilen.

Hand in Hand mit der Neuprofilierung der Institute und der Einführung der neuen übersichtlichen Organisation, die bis 1989 nahezu unverändert blieb, kam es seit den 1970er Jahren zu einem weitreichenden Generationswechsel in den Führungsetagen der Akademie und ihrer Institute. Neben die Institutsdirektoren traten jetzt Institutssekretäre der SED, neben den Akademiepräsidenten die Kreisleitung der SED, woraus sich unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit entwickelten.

<sup>40</sup> Vgl. dazu Laitko, „Reformpaket“.

<sup>41</sup> Vgl. dazu unten, S. 411–423.

Die traditionellen, nach Disziplingruppen zusammengesetzten Klassen waren ab 1969 zugunsten *problemgebundener Klassen* umstrukturiert und als interdisziplinäre, wissenschaftliche Querschnittsprobleme behandelnde Gruppen konstituiert worden. Diese innovative Konstellation gab die Akademie schon 1973 wieder auf. Fortan blieben die Disziplinen, wie schon zuvor, die sicheren Orientierungspunkte. Ab 1973 bestand in der AdW folgende Klassenstruktur, die sich bis 1989 nur wenig veränderte:<sup>42</sup>

Klasse Mathematik

Klasse Physik

Klasse Chemie

Klasse Biowissenschaften

Klasse Medizin

Klasse Werkstoffforschung (seit 1981 Werkstoffwissenschaften)

Klasse Umweltschutz und Umweltgestaltung (1984 aufgelöst)

Klasse Philosophie, Ökonomie, Geschichte, Staats- und Rechtswissenschaften

Klasse Literatur, Sprach-, Geschichts- und Kunstwissenschaften

Klasse Geo- und Kosmoswissenschaften (seit 1981)

Klasse Informatik, Kybernetik und Automatisierung (seit 1984)

Klasse Technische Wissenschaften (seit 1989).

Der problemgebundene Ansatz hatte sich nicht so einfach auf die Arbeit der Institute übertragen lassen; vielleicht war den Beteiligten auch nur die alte Form der Kollegialität vertrauter als die neue Mischung der Disziplinen.<sup>43</sup>

Das neue Statut von 1984 brachte keine nennenswerten Änderungen. Erst 1988/89 setzte man zur Entmachtung der Leiter der sieben Forschungsbereiche an, die die Forschungsprogramme und Personalpolitik der disziplinär zusammenhängenden Institute koordinierten und kontrollierten. Damit hatten die Institutsdirektoren, die nur noch dem Akademiepräsidenten unterstellt waren, kurz vor dem Ende der DDR ein beträchtliches Maß an institutioneller Autonomie gewonnen.<sup>44</sup>

Selbst der Name der Akademie trug den inzwischen eingetretenen Veränderungen Rechnung. Angesichts der endgültigen Orientierung der DDR-Politik auf eine strikte Zweistaatlichkeit und dem damit verbundenen Verzicht auf die letzten symbolischen Zugeständnisse an eine gemeinsame *deutsche Nation* war die Umbenennung der *Deutschen Akademie der Wissenschaften* in *Akademie der Wissenschaften der DDR* im Jahre 1972 nur konsequent. Nach der internationalen Anerkennung der DDR durch das westliche Ausland und der Herstellung eines *modus vivendi* mit der Bundesrepublik unter Einbeziehung

<sup>42</sup> Zur Entwicklung der Klassenstrukturen vgl. Hartkopf, *Berliner Akademie*, S. 416–420, zur Institutslandschaft siehe die entsprechenden Angaben in: *Jb. der AdW/KAI-AdW 1990/91*, S. 123–151, sowie Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 391–456.

<sup>43</sup> Die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der *problemgebundenen Klassen* der DAW/AdW ähnelten den Strukturen der *Interdisziplinären Arbeitsgruppen* der späteren West-Berliner AWB.

<sup>44</sup> Vgl. dazu der Beitrag von Günter Pasternak in diesem Band. Angesichts der dramatischen politischen Entwicklung in der DDR läßt sich über die praktischen Auswirkungen dieser Neustrukturierung nichts aussagen.

West-Berlins war es nur eine Frage der Zeit, bis auch auf wissenschaftlicher Ebene Formen des Austausches und der Zusammenarbeit gefunden wurden. Es dauerte allerdings ein gutes Jahrzehnt, bis 1985 das *Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit* zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnet werden konnte. Über die beabsichtigte Gründung einer Akademie der Wissenschaften in West-Berlin wurde die Leitung der AdW seit 1984 unterrichtet.<sup>45</sup> Die AdW nahm das West-Berliner Gründungskonzept zum Anlaß, eigene Strukturdefizite zu thematisieren.<sup>46</sup> Daß die AdW zwischen 1986 und 1989 sechs Westdeutsche, darunter sogar einen West-Berliner, zu Auswärtigen Mitgliedern wählte, war ein Indiz für das zunehmend geregelte Nebeneinander. Die Beziehungen zwischen der AdW und den großen Wissenschaftsorganisationen der Bundesrepublik wurden schließlich durch Abkommen geregelt, so 1988 mit der DFG. Im Herbst 1989 lag schließlich ein Abkommen mit der Max-Planck-Gesellschaft unterschriftsreif vor.

## B. Zentrale Problemfelder der Geschichte der DAW/AdW

### I. Von der Gelehrtenegesellschaft zum Forschungskombinat

Renommee und Einfluß der Akademie waren seit Beginn des 20. Jahrhunderts gesunken. Die geringe Anzahl der auf Lebenszeit gewählten Ordentlichen Mitglieder (OM) und die Unterrepräsentanz der rasch an Bedeutung gewinnenden angewandten Wissenschaften (Technik, Medizin, Jura u. a.) in der Gelehrtenegesellschaft beschränkten ihr Wirkungsfeld immer empfindlicher. Die regionale Begrenzung der Ordentlichen Mitglieder auf den Berliner Raum stand immer häufiger gegen das Ziel, die besten Vertreter jeder Disziplin aufzunehmen, zumal Berlin spätestens nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr als eindeutig vorzuziehende *Endstation* einer geglückten wissenschaftlichen Karriere galt. Von nationalsozialistischer Einflußnahme war die Gelehrtenegesellschaft nicht verschont geblieben. Forschungsarbeiten in eigener Verantwortung hatte die Akademie zwar weitergeführt, insbesondere ihre traditionellen Langzeitvorhaben in den Geisteswissenschaften gepflegt, alle anderen Forschungsgebiete aber anderen Institutionen überlassen oder überlassen müssen. Diese Entwicklung wird in den Beiträgen der ersten beiden Bände zur Geschichte der Berliner Akademie ausführlich nachgezeichnet.<sup>47</sup> Im vorliegenden Band behandeln verschiedenen Autoren die drastischen Veränderungen in der Akademie nach 1945, die dazu führten, daß bereits 1967 ein künftiger Akademiepräsident in ihr ein *Forschungskombinat* der DDR sah.<sup>48</sup> Einige Ergebnisse der Beiträge dieses dritten Bandes werden hier unter folgen-

<sup>45</sup> Vgl. dazu unten, S. 440–447.

<sup>46</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Hubert Laitko in diesem Band.

<sup>47</sup> Vgl. Kocka, *Königlich Preussische Akademie* und Fischer, *Preussische Akademie*.

<sup>48</sup> AAW Berlin, FG, A 3922: Hermann Klare, Entwurf eines Schreibens an den Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph, vom November 1967. Zit. nach Stange, *Genese*, S. 190.

den Fragestellungen zusammengefaßt und ergänzt: Wie veränderte sich das Forschungspotential der Akademie? Welche Rolle spielte die Gelehrten-gesellschaft bei dieser Entwicklung, und welche Funktion blieb ihr?

### 1. Der Wandel der Gelehrten-gesellschaft

Der Gelehrten-gesellschaft gehörten zum Ende des Zweiten Weltkrieges noch 69 Ordentliche Mitglieder, ca. 120 Korrespondierende Mitglieder und vier Ehrenmitglieder<sup>49</sup> an. Davon wurden 15 Ordentliche Mitglieder und ein Ehrenmitglied nach dem Kriegsende wegen ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit von der Mitgliederliste gestrichen.<sup>50</sup> Ab 1946 ergänzte die Akademie ihren Mitgliederbestand durch die Aufnahme einiger bereits gewählter, aber von der NS-Regierung nicht bestätigter Mitglieder und durch Neuwahlen:

Mitglieder der Akademie 1949–1989

	1949	1954	1968	1970	1989
Ordentliche Mitglieder	95	104	141	135	157
Korrespondierende Mitglieder	101	114	119	29	99
Ehrenmitglieder	2	4	0	–	–
Auswärtige Mitglieder	–	–	–	125	146
Gesamt	198	222	260	289	402

Die quantitativen Veränderungen erscheinen angesichts des allgemeinen Bedeutungszuwachses der Wissenschaft in dieser Zeit und der Vielfalt von zusätzlichen Aufgaben, die die Akademie übernahm oder übertragen bekam, eher gering. Einige Veränderungen in der

<sup>49</sup> Ehrenmitglieder (EM): Friedrich Schmidt-Ott (1914), Albert Schweitzer (1929), Valentin von Höman (1939) und Philipp Lenard (1942). In der Folgezeit wurden nur noch zwei EM zugewählt: Cécilie und Oskar Voigt 1950.

<sup>50</sup> Ausgeschlossen durch Beschluß der Akademie im Juli 1945 wurden zunächst Theodor Vahlen und Friedrich Stieve, die man – im Falle Vahlens allerdings fälschlich – für verstorben hielt, sowie Ludwig Bieberbach, Konrad Meyer, Peter Adolf Thiessen (1956 wieder aufgenommen), Carl August Emge, Franz Koch und Theodor Mayer. Vgl. dazu BAB, R-2 1388. Weitere sieben Mitglieder sind in der Folgezeit nach einem bisher nicht eindeutig rekonstruierbaren Verfahren von der Mitgliederliste gestrichen worden: Eugen Fischer, Ernest Anton Kraft, Friedrich Seewald, Abraham Esau, Otmar Frhr. von Verschuer, Wilhelm Eitel und Ernst Gamillscheg. Vgl. dazu AAW Berlin, Akademieleitung, Nr. 669 und 671. Von den Ehrenmitgliedern wurde Valentin von Höman, Historiker und zeitweilig Kultusminister Ungarns, gestrichen. Der ehemalige bulgarische Ministerpräsident und Präsident der dortigen Akademie der Wissenschaften Bogdan Filow (EM 1943) war schon im Februar 1945 wegen Kollaboration mit Deutschland hingerichtet worden. Bei Philipp Lenard, der im Mai 1947 starb, sind die Angaben unterschiedlich: Während er im Mitgliederverzeichnis der DDR-Akademie als aus der Mitgliederliste seit dem 8. Mai 1945 gestrichen geführt wurde, ist er im *Jahrbuch der DAW* von 1949 unter den zu beklagenden Todesfällen bei den Mitgliedern aufgeführt.

Zusammensetzung der Gelehrten-gesellschaft, teils durch wissenschaftsorganisatorische und teils durch politische Entwicklungen bedingt, waren hingegen gravierend. Das betraf das geographische und das politische Spektrum der Mitgliedschaft ebenso wie deren disziplinäre Zusammensetzung und institutionelle Herkunft.

1945 war aus der preußischen, auf Berlin und Umgebung festgelegten Regionalakademie durch den Wegzug ihrer Mitglieder aus Berlin – etwa Dreiviertel aller Ordentlichen Mitglieder – eine Institution geworden, deren Mitglieder in ganz Deutschland wohnten. Damit schien der bereits früher von der PAW gehegte Wunsch nach einer *deutschen Nationalakademie*, einer gesamtstaatlichen Vertretung der Wissenschaft mit ihr als Mittelpunkt, für kurze Zeit realisierbar.

Allerdings fand sich in der deutschen Wissenschaft keine breite Unterstützung für eine solche Nationalakademie. Führende Gelehrte, darunter auch bedeutende Mitglieder der Akademie wie Max Planck, Otto Hahn und Werner Heisenberg, favorisierten die Beibehaltung des erfolgreichen und ausdifferenzierten außeruniversitären deutschen Wissenschaftssystems mit der KWG, der DFG und den deutschen Regionalakademien an der Spitze; Besitzstandswahrung war ein wichtiges Ziel. Insbesondere die anderen Akademien fürchteten eine Nationalakademie und beargwöhnten die Berliner Aktivitäten; Anfang der 1940er Jahre hatten sie eine *Reichsakademie* ja gerade erst verhindert. Hinzu kam die politische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland, die sehr schnell dazu führte, daß eine Nationalakademie mit Sitz in Berlin zum Politikum wurde und von Politikern in Ost und West für ihre jeweiligen Ziele erhalten sollte.

Auch wenn das Vorhaben einer *Nationalakademie* schon Ende der 1940er Jahre gescheitert war, hielt sich zumindest das Modell einer *gesamtdeutschen Institution* bis in die 1960er Jahre und wurde von einer Mehrheit der Berliner Gelehrten zäh verteidigt. Wie wenig praktikabel die Berliner Einrichtung als Nationalakademie war, verdeutlicht die geringe Zahl erfolgreicher Zuwahlen aus den Westzonen bzw. der Bundesrepublik. Lediglich fünf *West-Wissenschaftler* wurden in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten als Ordentliche Mitglieder gewählt.<sup>51</sup> Obwohl, neben dem immer vorhandenen Recht der Ordentlichen Mitglieder, Kandidaten zur Zuwahl zu benennen, bis 1963 die Satzungen ausdrücklich allen wissenschaftlichen Institutionen Gesamtdeutschlands ein Vorschlagsrecht einräumten, wurde davon kaum Gebrauch gemacht.<sup>52</sup>

Der deutliche Bruch mit der nationalen Aufgabenstellung und der Verzicht auf die gesamtdeutsche Zusammensetzung der Gelehrten-gesellschaft deuteten sich mit der neuen Satzung von 1963 an. Jetzt konnten „Wissenschaftler, die nach Persönlichkeit und wissen-

<sup>51</sup> 1949: Karl Vossler (Romanist, München), Hermann Rein (Physiologe, Göttingen), Eilhard Wiedemann (Leiter der Forstwissenschaftlichen Versuchsanstalt Niedersachsen) und Albert Rehm (Philologe, München); 1955: Erwin Gorbandt (Chirurg, West-Berlin). Vossler und Rehm verstarben noch im Jahr der Zuwahl; Gorbandt blieb nur einen Monat Mitglied, da der West-Berliner Senat Einwände gegen die Mitgliedschaft erhob. Vgl. dazu auch weiter oben, S. 366–383, und unten, S. 424f.

<sup>52</sup> Vgl. BA/K, NL Spranger, 186: Fritz Hartung an Eduard Spranger vom 18. Januar 1949.

schaftlicher Leistung die Wissenschaft und die Gesellschaft maßgeblich bereichern“ – gemeint war die ostdeutsche Gesellschaft –, Ordentliche Mitglieder werden. Der unübersehbare Wandel zur Gelehrten-gesellschaft einer DDR-Staatsakademie wurde mit der Satzung von 1969 vollzogen. Ordentliche und auch Korrespondierende Mitglieder konnten nur noch „Persönlichkeiten der DDR mit hervorragenden Ergebnissen in Forschung, Technik und Produktion oder außergewöhnlichen Verdiensten um die Förderung der Wissenschaft oder ihrer Anwendung“ werden. Die korrespondierende Mitgliedschaft wandelte sich von diesem Zeitpunkt an immer stärker zu einer Kandidatenzeit für die ordentliche Mitgliedschaft.<sup>53</sup> Für „hervorragende Wissenschaftler, die nicht Staatsbürger der DDR“ waren, wurde der Status *Auswärtiges Mitglied* (AM) eingeführt. Das betraf auch die immerhin noch dreißig Westdeutschen und West-Berliner, die allesamt die damit verbundene Reduzierung ihrer Rechte akzeptierten. Freilich wäre die Alternative auch nur der Austritt gewesen, eine Konsequenz die zwischen 1949 und 1981 insgesamt mindestens zwanzig Mitglieder zogen. Der Status *Ehrenmitglied* wurde abgeschafft.

Damit war Anfang der 1970er Jahre der Weg zu einem neuen Typus von Gelehrten-gesellschaft endgültig frei, dies um so mehr, als auch das Vorschlagsrecht für die Zuwahlen verändert wurde. Neben den Ordentlichen Mitgliedern waren nun auch die Mitglieder des Ministerrates der DDR und das Präsidium des Forschungsrates der DDR berechtigt, Vorschläge einzubringen. Wie sehr sich die Gelehrten-gesellschaft in der Folgezeit mit dem DDR-Staat und der Staatspartei SED verbunden fühlte, verdeutlicht der überaus hohe Anteil der SED-Mitglieder unter den Ordentlichen Mitgliedern. Hatte er 1951 bei allen ostdeutschen Ordentlichen Mitgliedern zehn Prozent betragen, so lag er 1984 schon bei 67 Prozent.<sup>54</sup> Wie das ohnehin sensible Problem akademischer Wahlen unter den Bedingungen politisierter Wissenschaft in der DDR *in praxi* gehandhabt wurde, behandeln mehrere Beiträge dieses Bandes.<sup>55</sup>

Neben der territorialen und der politischen Zusammensetzung der Gelehrten-gesellschaft veränderte sich auch die disziplinäre Zugehörigkeit der Mitglieder ganz signifikant. 1949 wurde das seit der Gründung der Akademie stets mehr oder weniger eingehaltene Prinzip strenger Parität von Mitgliedern aus den Geistes- und den Naturwissenschaften in der Gelehrten-gesellschaft endgültig aufgegeben. Es war schon seit Anfang des Jahrhunderts mehrfach von einigen Mitgliedern und führenden preußischen Wissenschaftsorganisatoren in Zweifel gezogen worden. Das Festhalten daran hatte unter anderem mit bewirkt,

<sup>53</sup> 1984 wurden die KM auch durch eine weitere Satzungsänderung zur Mitarbeit in der Gelehrten-gesellschaft verpflichtet: Sie erhielten das Stimmrecht, aber kein Wahlrecht; ihre Zahl unterhalb des Emeritierungsalters (Frauen mit 60, Männer mit 65 Jahren) wurde zunächst auf 100 und ab 1987 auf 120 begrenzt.

<sup>54</sup> Zahlenangabe für 1951 nach Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 87, und für 1984 nach Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 151. Das 2000 erschienene Buch Werner Schelers, des langjährigen Präsidenten der AdW, enthält viele Informationen, auf die im folgenden zurückgegriffen wird; es interessiert zugleich als Zeugnis eines wichtigen Akteurs im Überschneidungsfeld von Wissenschaft und Politik in der DDR. Schelers Schlußfolgerungen sind jedoch oft einseitig, seine Wertungen können nur z. T. überzeugen.

<sup>55</sup> Vgl. die Beiträge von Peter Th. Walther, Manfred Naumann, Manfred Bierwisch, Günter Pasternak und Joachim Sauer (im Podiumsgespräch) in diesen Band.



daß 1911 die Kaiser-Wilhelm-Institute neben und nicht an der Akademie entstanden und 1920 die Akademien nicht die Aufgaben der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft übernehmen wollten. Dieses Prinzip schien in der unmittelbaren Nachkriegszeit für eine Institution, die sich selbst als höchste Instanz im deutschen Wissenschaftsgefüge sah, nicht mehr vertretbar. Als schließlich die Akademie für Ostdeutschland in der Tat die Aufgaben der KWG und der Notgemeinschaft übernahm, blieben Veränderungen unausweichlich. Die Folge war, daß die Zahl der Ordentlichen Mitglieder geisteswissenschaftlicher Disziplinen nur bescheiden anstieg: von 27 (1948) auf 44 (1989). Die naturwissenschaftlichen und die seit den 1950er Jahren nun auch *akademiewürdigen* technischen und medizinischen Disziplinen verzeichneten hingegen einen beträchtlichen Zugewinn: von 30 (1948) auf 111 (1989). Diese Entwicklung vollzog sich allerdings nicht reibungslos, und es bedurfte schon gelegentlich der Drohung, eine eigene Fachakademie der Montan- oder der Medizinwissenschaften zu gründen, damit die Vertreter der *exakten* Naturwissenschaften und der Geisteswissenschaften ihre Zurückhaltung aufgaben. Andererseits wurden auch bereits vollzogene Erweiterungen aus wissenschaftsorganisatorischen und politischen Gründen wieder rückgängig gemacht, so bei der Gründung der Fachakademien für Landwirtschaftswissenschaften und für Bauwesen 1950/51. Nach vier Jahrzehnten repräsentierte die Gelehrten-gesellschaft 1989 in den elf Klassen Fachvertreter folgender Disziplinen:

- 9 Mathematik, 15 Physik, 18 Chemie, 18 Biowissenschaften, 10 Geo- und Kosmoswissenschaften, 6 Werkstoffwissenschaften, 10 Technikwissenschaften, 5 Informatik/Kybernetik/Automatisierung und 20 Medizin;
- 25 Literatur-, Sprach-, Geschichts- und Kunstwissenschaften und 19 Philosophie, Ökonomie, Geschichte, Staats- und Rechtswissenschaften.<sup>56</sup>

Bedeutend ist schließlich ein dritter Wandel in der Zusammensetzung der Gelehrten-gesellschaft, in bezug auf die institutionelle Herkunft ihrer Mitglieder. Bis 1945 hatte der überwiegende Teil der Ordentlichen Mitglieder seine institutionelle Heimat in der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität. Akademie und Universität waren dadurch aufs engste miteinander verbunden. Unter den Naturwissenschaftlern gab es nach der Gründung der KWG zunehmend Mitglieder, die in den Berliner *Kaiser-Wilhelm-Instituten* (KWI) tätig waren: 1945 immerhin ein Drittel der Ordentlichen Mitglieder. Hinzu kamen Wissenschaftler aus der Technischen Hochschule, den Berliner Museen und wissenschaftlichen Sammlungen etc. Die Akademie war somit zu einem Ort exklusiver wissenschaftlicher Kommunikation im Berliner Raum geworden; jedenfalls für jene Disziplinen, die sie für akademiewürdig hielt. Das blieb sie auch in den ersten Nachkriegsjahren, wenngleich in der ausgedünnten Berliner Wissenschaftslandschaft – vor allem die Verlagerung fast aller KWI in den Westen – eine deutliche Lücke hinterlassen hatte. Allerdings setzte mit der Gründung einer Vielzahl von Forschungsinstituten an der Akademie (dazu später ausführlicher) sehr bald ein deutlicher Trend zur Selbstrekrutierung der Ordentlichen Mitglieder aus den Instituten der Akademie ein. Die Berufung in Führungspositionen der Institute

<sup>56</sup> Zahlenangaben nach den jeweiligen *Jahrbüchern* der Akademie.

der Akademie ging insbesondere seit den 1960er Jahren in den meisten Fällen mit der Wahl zum Akademiemitglied einher. Waren 1953 lediglich neun Prozent der nicht emeritierten Ordentlichen Mitglieder in Forschungseinrichtungen der Akademie hauptberuflich tätig, so waren es 1972 bereits 42 Prozent und 1989 schließlich 64 Prozent.<sup>57</sup> Obwohl bis in die 1960er Jahre nicht wenige Direktoren von Akademieinstituten aus den Universitäten und Hochschulen kamen und dort zugleich Ordinarien blieben und auch später Institutsdirektoren dort nebenamtlich lehrten, entfremdeten sich die Einrichtungen voneinander.

## 2. Die Forschungseinrichtungen der Akademie

Es konnte weder das Ziel des Kolloquiums noch des vorliegenden, daraus entstandenen Bandes zur Berliner Akademiegeschichte von 1945 bis 1990 sein, Institutsgeschichten im einzelnen vorzustellen. Exemplarisch wurden jedoch Beiträge zur biomedizinischen Forschung bzw. zu den Literatur- und Sprachwissenschaften einbezogen.<sup>58</sup> Sie stoßen auch in das Beziehungsdreieck Gelehrten-gesellschaft – Forschungseinrichtungen – Staat (bzw. Staatspartei) vor, das weitere Beiträge sehr ausführlich untersuchen, und zwar in nationaler wie internationaler Perspektive.<sup>59</sup> Dieses Abschlußkapitel will die Bedeutung der Forschungsinstitute als eine Säule der Akademie nachzeichnen und auf die markanten Veränderungen hinweisen, die ihre Struktur im Laufe der Jahrzehnte erfuhr.

Die Frage, ob und in welchem Umfange die Akademie Forschung selbst betreiben sollte, war in der Geschichte der Akademie immer zentral und stark an die Entwicklung des wissenschaftlichen Umfeldes gekoppelt. Bis zur Gründung der Berliner Universität 1810 bildete die Akademie, wenn auch mit wechselnder Ausstrahlung, den Mittelpunkt wissenschaftlichen Lebens in der Stadt. Sie war eine privilegierte Korporation, der Krone unterstellt und hatte ein regionales Monopol als Ort wissenschaftlicher Akkreditierung, als Schnittstelle wissenschaftlicher Kommunikation und als Regulator wissenschaftlicher Streitfälle und Publikationen. Ihre Mitglieder konnten Forschung in einigen akademieeigenen Einrichtungen betreiben. Das änderte sich durch staatliches Eingreifen 1810 drastisch. Humboldts Denkschrift über die Neuordnung wissenschaftlicher Institutionen brach bekanntlich nach der Überschrift „Über die Akademie“ ab – vielleicht war Humboldt tatsächlich nicht klar, was der Akademie denn eigentlich nach Errichtung der Universität noch als Aufgabe bleiben sollte. Als die Karten schließlich neu verteilt waren, fand sich die Akademie auf der Verliererseite: die Universität erhielt 1810 alle Forschungseinrichtungen.

Die Akademie blieb lediglich als Gelehrten-gesellschaft bestehen, die als Ersatz für die verlorenen Institute Kommissionen zur Bearbeitung thematisch begrenzter, in der Regel

<sup>57</sup> Vgl. den Beitrag von Conrad Grau in diesem Band. Für 1953 wurden nur OM mit einer Anstellung in der DDR und Ost-Berlin berücksichtigt.

<sup>58</sup> Vgl. die Beiträge von Günter Pasternak, Rainer Hohlfeld, Manfred Bierwisch und Eberhard Lämmert in diesem Band.

<sup>59</sup> Vgl. dazu die Beiträge von Wolfgang Frühwald, Conrad Grau, Peter Nötzoldt, Eckart Förtsch, Ferenc Glatz, Guy Ourisson und Karel Müller/Jan Janko in diesem Band.

geisteswissenschaftlicher Unternehmungen gründete. Daraus entstanden die als *Langzeitvorhaben* bekannten Aufgaben, die heute als klassische Akademievorhaben gelten (Editionen, Wörterbücher etc.). Sie trugen erst allmählich, kulminierend zum Ende des Jahrhunderts, zum wissenschaftlichen Ruhm der Institution bei.

Die Akademie empfand jedoch ihren Zustand, nämlich den eines gelehrten Diskussionsklubs, spätestens in den 1850er Jahren als derart unbefriedigend, daß sie beim Kultusminister Denkschriften einreichte, die die Bedrohung des Wissenschaftsstandortes Berlin vor allem durch die Attraktivität Leipzigs konstatierten und eine Aufbesserung der Berliner akademischen Bedingungen erbat. Nach jahrelangen Bemühungen erhielt sie tatsächlich eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung, was unter anderem zu einer Ausdehnung ihrer wissenschaftlichen Unternehmungen führte. Eine Passage in der neuen Satzung von 1881 läßt sich als Option auf die Möglichkeit interpretieren, mittels des Einwerbens von Stiftungen eigene Forschungsinstitute zu gründen. Aber gerade dazu kam es nicht. Vielmehr verstand sich die Akademie am Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend als theorie-orientierter, relativ abgeschlossener Ort der Diskussion in bewußter Abgrenzung und Ausgrenzung der Techniker, Mediziner, Juristen und vor allem der anwendungsorientierten Naturwissenschaftler. Man distanzierte sich also deutlich vom Leibnizschen Akademie-Leitspruch *theoria cum praxi*, indem man den Akzent auf Theoretisches legte und sich möglichen Anwendungsverknüpfungen verstellte. Das schien der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die beiden einander argwöhnisch beobachtenden Klassen der Akademie, die Physikalisch-mathematische und die Philosophisch-historische, einigen konnten.

Weil sich auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts keine Mehrheit in der Akademie fand, das wissenschaftliche Selbstverständnis der Institution zu *modernisieren*, d. h. eine Beteiligung und einen Einfluß der Privatwirtschaft auf die Orientierung und Prioritätensetzung in der experimentellen Forschung als zeitgemäß und unausweichlich zu akzeptieren, entstand 1911 die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft neben und nicht an der Akademie.<sup>60</sup> Sie avancierte nach ihrer Gründung ohne Zweifel in kurzer Zeit zum unumstrittenen Leistungsträger naturwissenschaftlicher Forschung in Deutschland und im internationalen Vergleich und lief der Forschung an Universitäten und Akademien allmählich den Rang ab.

Erst Ende der 1920er Jahre wurde einer Mehrheit in der Akademie offenbar bewußt, wie sehr sich die Institution an den Rand der Wissenschaftslandschaft manövriert hatte. Nun zeigte sie sich, allerdings nicht ohne Druck des Preußischen Kultusministeriums, bereit, auch neue Aufgaben zu übernehmen. So wünschte sie sich beispielsweise die Gründung eigener Forschungsinstitute, und zwar vorwiegend „auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften“. Bei den Naturwissenschaften hatte sie offensichtlich schon resigniert: Es sei „nicht als glücklich“ zu bezeichnen, daß der „Akademie keine naturwissenschaftlichen Forschungs-

<sup>60</sup> Diese Option hatten die führenden Wissenschaftspolitiker dieser Zeit in Preußen, insbesondere Adolf von Harnack, durchaus erwogen. Zumindest sollte die Spaltung jedoch nicht von ewiger Dauer sein, so versprach es jedenfalls Harnack 1912 in einem „vertraulichen“ und „sekreten“ Beschwichtigungsbrief an den damaligen Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse, Hermann Diels. Abgedruckt in: Kocka, *Königlich Preussische Akademie*, S. 460–463.

einrichtungen zur Verfügung stehen“, monierte 1930 der Akademiesekretar Heinrich Lüders, zumal sie es durch „eigene Schuld versäumt“ habe, mit den Instituten der KWG in „stärkere Verbindung“ zu treten.<sup>61</sup> Allerdings konnte die Akademie keinerlei verlorenes Terrain zurückgewinnen.

Erst nach Kriegsende 1945 stellte sich die Frage nach Forschungsinstituten an der Akademie überraschend erneut und nun sehr konkret. Dafür gab es zwei Hauptgründe. Zum einen war die Berliner Forschungslandschaft weitgehend zerstört. Durch Aus- und Verlagerungen hatte sich nahezu das gesamte außeruniversitäre Forschungspotential in den drei Westzonen versammelt und dort neu begonnen. Lediglich die Berliner Akademie war, wie die Universität, als regionale Institution faktisch immobil. Sie wurde damit zum ganz natürlichen und auch einzigen Kristallisationspunkt für den Neuanfang. Zum anderen war die bisher zuständige deutsche staatliche Wissenschaftsbehörde – konkret das Reichserziehungsministerium und seine Reste – nicht mehr handlungsfähig. Neue politische Instanzen übernahmen das Ruder, und eine Akademie mit Forschungsinstituten entsprach genau dem Modell außeruniversitärer Forschungsorganisation, das der sowjetischen Besatzungsmacht vertraut war. Als im Sommer 1946 die Akademie offiziell wiedereröffnet wurde, erhielt sie deshalb von der sowjetischen Besatzungsmacht nicht nur die Genehmigung, ihre bisherigen Unternehmungen weiterzuführen, sondern zugleich die Möglichkeit, neue Institute zu gründen oder bestehende zu übernehmen, was den Vorstellungen der in Berlin anwesenden Ordentlichen Mitglieder sehr entgegenkam.<sup>62</sup>

Von den 38 im Jahrbuch von 1942 aufgeführten wissenschaftlichen Kommissionen, löste die Akademie fünf im Herbst 1945 auf, darunter jene für die *Geschichte des Deutschums im Ostraum* und für die *Erforschung Weißafrikas*. Fünf weitere konnten zunächst nicht weitergeführt werden, weil die zuständigen Mitarbeiter nicht erreichbar waren.<sup>63</sup> Die Kommissionen wurden in der Folgezeit neu geordnet und teilweise neu zusammengefaßt. Die meisten führte die Akademie selbst weiter, u. a. die *Deutsche Kommission*, die *Kommission für griechisch-römische Altertumskunde*, die *Leibniz-Kommission*, die *Kommission für spätantike Religionsgeschichte*, die *Historische Kommission*, die *Ausgabe der Werke Kants* und die *Deutsche Literaturzeitung*. Einige wurden gemeinsam mit den Wissenschaftsakademien im Westen weitergeführt, die z. T. die Federführung übernahmen, da sich die entsprechenden Mitarbeiter dort niedergelassen hatten, das betraf z. B. die *Monumenta Germaniae Histo-*

<sup>61</sup> Heinrich Lüders, Friedrichsrede am 23. Januar 1930, in: *Sb. der PAW 1930*, S. XXV.

<sup>62</sup> Vgl. Satzung von 31. Oktober 1946, § 1 und oben, S. 366–383.

<sup>63</sup> Aufgelöst wurden weiterhin die *Schleiermacher-Kommission* und die *Kommission für die Herausgabe der Werke Wilhelm von Humboldts*, deren Tätigkeit als beendet galt, sowie die *Kommission für die Sammlung von Lichtbildern mittelalterlicher orientalischer Handschriften mathematischen und naturwissenschaftlichen Inhalts*, die die Berliner Staatsbibliothek weiterführen sollte. Nicht erreichbar waren die Mitarbeiter folgender Kommissionen: *Sammlung der deutschen Inschriften des Mittelalters und der Neuzeit*, *Wörterbuch der deutschen Rechtssprache*, *Savigny-Kommission*, *Ozeanographische Forschungen* und *Ernst Solway-Forschungsstelle*. Vgl. Johannes Stroux, Schreiben des Präsidenten an den Magistrat der Stadt Berlin, Abteilung Volksbildung, 15. Oktober 1945, abgedruckt in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 459f.

rica (Bayerische Akademie München) und das *Wörterbuch der deutschen Rechtssprache* (Heidelberger Akademie). An der Berliner Akademie entstanden aus einigen Kommissionen Forschungsinstitute; so aus der *Deutschen Kommission* 1952 das *Institut für deutsche Sprache und Literatur* und aus der *Kommission für griechisch-römische Altertumskunde* 1955 das gleichnamige Institut. Die anderen Kommissionen wurden nach und nach in neue Akademieinstitute eingegliedert; ein Prozeß der bis Ende der 1960er Jahre andauerte.

Resümierend läßt sich feststellen, daß die von den Kommissionen betreuten Editionen, Wörterbücher und anderen Vorhaben aus dem Erbe der PAW nahezu komplett weitergeführt wurden. Hier blieben auch die Zusammenarbeit mit anderen deutschen Akademien und der Kontakt zu den internationalen, also auch westlichen, *scientific communities* am ehesten erhalten. Ihre Arbeit hat ganz wesentlich zum Ansehen der Akademie beigetragen, zumal sie auch in der Regel vom allgemeinen Wachstum des Forschungspotentials an der Akademie profitierten, also breiter forschen konnten. Wenn diese ehemaligen Kommissionen ihre Aufgabenstellung nicht bis 1990 bereits abgeschlossen hatten, wurden sie überwiegend in der seit 1993 bestehenden *Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften* fortgeführt.<sup>64</sup>

Neben dem eigenen Erbe trat die Akademie auch das Erbe anderer ehemals in Berlin bzw. in der nunmehrigen Sowjetischen Besatzungszone beheimateter außeruniversitärer wissenschaftlichen Institutionen an. Einige Leiter von Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Staatsinstitute Preußens bzw. des Deutschen Reiches drängten teilweise selber unter das Dach der Akademie, teils wurden sie der Akademie von der sowjetischen Besatzungsmacht zugeordnet. Bereits im Herbst 1946 kamen so fünf astrophysikalische und geowissenschaftliche Einrichtungen zur Akademie, die z. T. auch schon 1930 auf der Wunschliste der Akademie gestanden hatten.<sup>65</sup> Fast zeitgleich wurde der Bitte des *Heinrich-Hertz-Instituts für Schwingungsforschung Berlin* auf Angliederung entsprochen.<sup>66</sup> 1947 wurden der Akademie u. a. das *Institut für Festkörperforschung* in Berlin-Buch und das ebenfalls dort ansässige *Institut für Medizin und Biologie* angeschlossen. Beide waren aus dem ehemaligen Bucher KWI für Hirnforschung hervorgegangen und hatten nach Kriegsende direkt der Besatzungsmacht unterstanden. 1948 folgten schließlich zwei landwirtschaftliche Institute, das ehemalige KWI für Kulturpflanzenforschung, das von Wien nach Gatersleben verlagert worden war, und das für den emeritierten Königsberger Ordinarius Eilhard Mitscherlich gegründete *Institut zur Steigerung der Pflanzenerträge*, das aus dem zur Versorgung der Besatzungsmacht herangezogenen Gut Paulinenaue hervorgegangenen war. Ähnliche An-

<sup>64</sup> Vgl. *Jb. der BBAW* 1992/93.

<sup>65</sup> Sternwarte Babelsberg, Astronomisches Observatorium Potsdam, Astronomisches Recheninstitut Babelsberg, Geodätisches Institut Potsdam, Institut für Erdbebenforschung Jena, Astronomisches Observatorium Sonneberg (Thüringen). Vgl. Befehl Nr. 309 des Chefs der SMA und Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, betreffend den Übertritt von Instituten allgemeinwissenschaftlichen Charakters in die Verwaltung der Deutschen Akademie der Wissenschaften vom 18. Oktober 1946, abgedruckt in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 477.

<sup>66</sup> Vgl. WITEGA, *Heinrich-Hertz-Institut*.

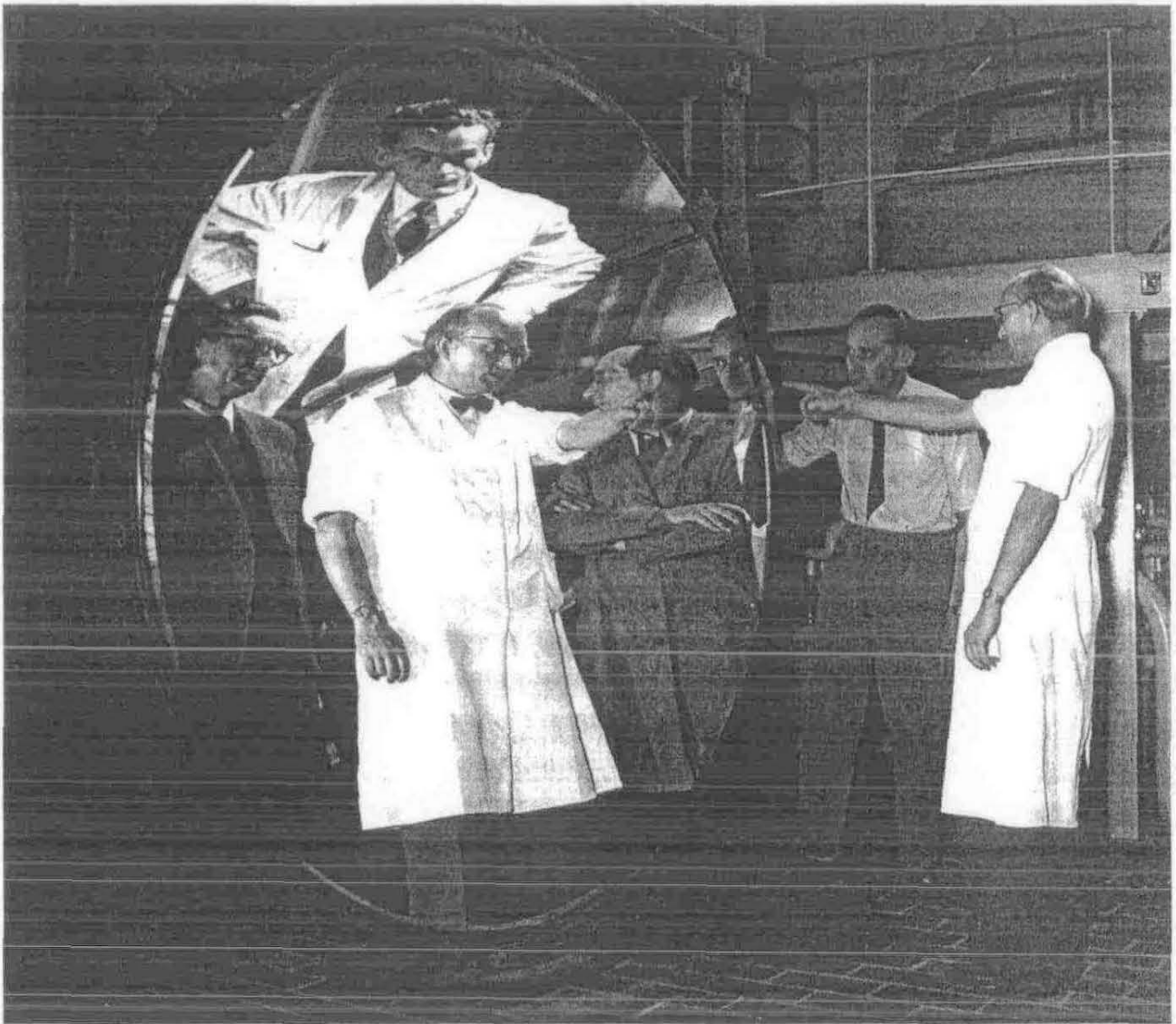
gliederungswellen gab es auch in späteren Jahren, so wurden 1958 sechs Forschungsinstitute der Akademie angegliedert, die bis dahin Industrieministerien unterstanden hatten.<sup>67</sup>

Neben der Fortführung traditioneller Forschungsvorhaben und der eher zufälligen Zuordnung von Forschungseinrichtungen prägten aber in der Folgezeit vor allem neu gegründete Institute das Forschungsprofil der Akademie ganz entscheidend. Sie entstanden in Einzelfällen nach dem in der KWG gepflegten sogenannten *Harnack-Prinzip*, also der personenzentrierten Institutsbildung für bedeutende Gelehrte, was gelegentlich auch diente, den Weggang nach dem Westen zu verhindern. Solche Institute entstanden z. B. um den Altphilologen und ersten Nachkriegspräsidenten der Akademie Johannes Stroux (*Institut für Hellenistisch-Römische Philosophie* 1947), den Geologen, Vizepräsidenten der Akademie und Senator der KWG Hans Stille (*Geotektonisches Institut* 1946), den Mathematiker Erhard Schmidt (*Institut für Mathematik* 1946), den Meteorologen und Geophysiker, Vizepräsidenten der Akademie Hans Ertel (*Institut für physikalische Hydrographie* 1948) und den Germanisten, Präsidenten der Sächsischen Akademie und Klassensekretar der Berliner Akademie Theodor Frings (*Institut für deutsche Sprache und Literatur* 1952). Dieses Verfahren gab es auch noch in späteren Jahren, z. B. bei der Rückkehr von *Spezialisten* aus der Sowjetunion Mitte der 1950er Jahre für den Physikochemiker Peter Adolf Thiessen und den Physiker Max Steenbeck.

Bedeutsamer und investitionsintensiver wurden aber immer mehr jene Neugründungen von Instituten, die die Akademie aus wirklichen, vermeintlichen und gelegentlich auch aus vom Staat aufoktroierten Bedürfnissen der ostdeutschen Gesellschaft verwirklichte. Bereits 1949 unterbreiteten Akademiemitglieder einen „Vorschlag zur Neugestaltung und Entwicklung der chemischen Forschung in der Ostzone“, der in den Folgejahren zur Gründung mehrerer chemischer und physikochemischer Institute am Akademiestandort Berlin-Adlershof führte. Anfang der 1950er Jahre bezeichneten die Physiker in einem Memorandum an den Akademiepräsidenten die Aufwendungen der Akademie für die Physik „als zu bescheiden und nicht der Wichtigkeit des Gebiets entsprechend“. Sie forderten, „die bis jetzt vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen und der Physik den ihr gebührenden Platz zu sichern“.<sup>68</sup> Es folgte ein solcher Aufschwung dieses Gebietes, der freilich auch mit der internationalen Entwicklung übereinstimmte, daß bereits wenige Jahre später andere Akademiemitglieder klagten, es werde „hauptsächliches Augenmerk auf die Ent-

<sup>67</sup> Aus der Zuständigkeit des Ministeriums für chemische Industrie die Institute für organische Grundstoffchemie, für Chemie und Technologie der Plaste, für angewandte Radioaktivität, für physikalische Stofftrennung und vom Ministerium für Berg- und Hüttenwesen die Forschungsinstitute für metallische Spezialwerkstoffe und für Aufbereitung. Vgl. *Gesetzblatt der DDR*, Teil I, Nr. 13 vom 1. März 1958, S. 155f.

<sup>68</sup> Das genaue Datum der Denkschrift der Physiker Rudolf Seeliger, Otto Hachenberg, Friedrich Möglich und Robert Rompe ist nicht bekannt. Sehr wahrscheinlich wurde sie zwischen Frühjahr und Herbst 1952 beim Präsidenten der Akademie eingereicht und gleichzeitig an Staats- und Parteistellen weitergereicht. Sie ist in verschiedenen Aktenbeständen zu finden und als Abschrift von 1964 abgedruckt in: WITEGA, *Geschichte der Forschungsgemeinschaft*, S. 12–21.



*Erste Begutachtung des damals weltweit einzigartigen 2-m-Spiegels am 4. September 1959  
im Karl-Schwarzschild-Observatorium, Tautenburg bei Jena*

wicklung der Physik gelegt, was eine Vernachlässigung der anderen Gebiete der Wissenschaft zur Folge hat“.<sup>69</sup>

Auch andere Fächer setzten ihre Interessen durch und erhielten eine institutionelle Basis an der Akademie, wenn ihre gesellschaftliche Notwendigkeit anerkannt war, d. h., sie vor allem für den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft bedeutsam schienen. Das betraf neben den erwähnten Fächern vor allem die metallurgischen Prozesse, die Verbesserung der Energie- und der Rohstoffbasis, die Entwicklung und die Verbesserung von Verfahren der Verarbeitungsindustrie, später dann die Felder Kommunikationstechniken und Mikroelektronik. Sehr beachtliche Kapazitäten wurden auch auf die für das Gesundheitswesen wichtigen Gebiete medizinisch-biowissenschaftlicher und ernährungswissenschaftlicher Forschung geschaffen.

<sup>69</sup> SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/380, Bl. 34–35: Niederschrift der Diskussion aus dem Seminar der leitenden Genossen der Akademie der Wissenschaften zu Berlin am 13. Januar 1956.

So entstanden an der Akademie Forschungs- und Arbeitsstellen, Institute und Zentralinstitute für ein breites Disziplinen- und Aufgabenspektrum. Die von ihr herausgegebenen Jahrbücher und Tätigkeitsberichte dokumentieren diese Entwicklung und geben, zumindest für die ersten beiden Jahrzehnte, auch einen Überblick über die Aufgabenprofile und Forschungsergebnisse.<sup>70</sup> Der Personalbestand stieg kontinuierlich, besonders hohe Zuwachsraten gab es in den Jahren bis 1960:<sup>71</sup>

#### Personal der Akademie 1946–1989

	1946	1949	1952	1960	1970	1980	1989
Wissenschaftler	91	311	499	2.063	3.484	6.350	8.371
wiss.-techn. Personal	41	621	1.259	5.135	6.140	9.495	11.073
sonstiges Personal*			352	2.547	3.504	3.768	4.231
gesamt	131	932	2.110	9.745	13.128	19.613	23.675

\* Verwaltung, Wissenschaftsverwaltung, Betriebspersonal, Sozialeinrichtungen

Die disziplinäre Entwicklung des Forschungspotentials läßt sich nicht mit wenigen Sätzen darstellen. Hier müßten mehrfache Veränderungen bei der Zuordnung und bei der Umbildung von Forschungseinrichtungen berücksichtigt werden.<sup>72</sup> Einen Eindruck vom inneren Wandel der Akademie ergibt der Blick auf das Zahlenverhältnis zwischen den geisteswissenschaftlichen Disziplinen einerseits, den naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Disziplinen andererseits. Zwischen beiden Kategorien herrschte 1949 noch nahezu Parität bei der Zahl der Wissenschaftler, 1968 ein Verhältnis von 22 Prozent zu 78 Prozent und 1989 schließlich von 16 Prozent zu 84 Prozent. Ohne den Vergleich mit der internationalen Entwicklung und ohne Berücksichtigung des geisteswissenschaftlichen Forschungspotentials in Parteiinstituten der SED sagen diese Zahlen jedoch wenig

<sup>70</sup> Eine Vielzahl von detaillierten Übersichten findet sich auch in: Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 183ff.

<sup>71</sup> Angaben aus *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, Berlin 1956, S. 58; *Jb. der DAW 1960*, S. 199; *Jahresbericht 1989 der AdW der DDR*, Teil II, Statistischer Jahresbericht mit Angaben ab 1970, S. 4 (Angaben in Vollbeschäftigten-Einheiten [VBE] im Jahresdurchschnitt). Diese Angaben sind *ca.-Werte*, da verschiedene Quellen durchaus unterschiedliche Angaben machen. Der direkt für die Forschung tätige Anteil der Mitarbeiter dürfte eher geringer gewesen sein, wie folgende Auflistung aus der ersten Jahreshälfte 1990 verdeutlicht: Von allen Mitarbeitern waren danach 4.400 in Dienstleistungen und zentralen Gerätebau, 1.000 in den zwei Verlagen und den fünf Druckereien, 2.400 in der Verwaltung und 250 in der Isotopenproduktion tätig; das sind immerhin bereits 8.050 Personen. Vgl. AdW, *Kurzcharakteristik*, S. 11.

<sup>72</sup> So wurden z. B. die Technikwissenschaften teils eigenständig zusammengefaßt und teils bei den Naturwissenschaften angegliedert. Diese Institute wechselten dann auch noch gelegentlich zwischen den Disziplinen, firmierten also mal unter Physik, mal unter Chemie oder anderen Kombinationen. Häufig gab es Umbildungen von Instituten, wobei Konzentration oder Aufteilung wiederum zu unterschiedlicher Zuordnung führte. Und das gilt nicht nur für die Technik. Eine *bereinigte* Übersicht für die Zeit von 1945 bis 1968 gibt Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 262f.



## Disziplinäre Aufteilung des Forschungspotential der Akademie 1989

	Wissenschaftler		Kostenanteil
Mathematik/Informatik/Automatisierung/Mechanik	957	12,2 %	10,2 %
Physik/physikalische Technologien/Materialforschung	2.034	26,0 %	36,2 %
Chemie	1.275	16,3 %	13,9 %
Biowissenschaften/Medizin	1.598	20,4 %	24,6 %
Geo-/Kosmoswissenschaften	723	9,2 %	10,5 %
Geistes-/Sozialwissenschaften	1.246	15,9 %	4,6 %

aus. Wir beschränken uns auf die Wiedergabe der im Jahre 1989 festgestellten Verteilung:<sup>73</sup> In Berlin waren 1989 mehr als 51 Prozent des Forschungspotentials konzentriert, in den heutigen Bundesländern Sachsen (Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt/Chemnitz, Freiberg, Bautzen, Rossendorf) 23 Prozent, Brandenburg (Frankfurt/Oder, Potsdam, Teltow, Zeuthen) 13 Prozent, Thüringen (Jena) 7 Prozent, Sachsen-Anhalt (Magdeburg, Halle/Saale, Gatersleben) 5 Prozent und Mecklenburg/Vorpommern (Greifswald, Rostock-Warne-münde, Kühlungsborn) knapp 1 Prozent.<sup>74</sup>

Die Finanzierung der Forschungseinrichtungen der Akademie erfolgte aus dem Staatshaushalt der DDR. Zusätzliche Mittel konnten durch verschiedene Varianten von Vertragsforschung mit der Industrie, einzelnen Ministerien usw. eingeworben werden. Auf diesem Wege waren einzelne Institute z. B. auch in die Militärforschung der DDR eingebunden, über die wegen fehlender bzw. nicht zugänglicher Quellen gegenwärtig keine Aussagen möglich sind. Die zusätzlichen Mittel veränderten allerdings die Gesamtbilanz kaum, da die Einnahmen bis auf geringe Anteile ohnehin wieder an den Staatshaushalt abgeführt werden mußten. Die verfügbaren Zahlen belegen einerseits einen gewaltigen Zuwachs an Mitteln für die Forschung: 1946 standen knapp 2 Millionen zur Verfügung, 1960 etwa 128 Millionen und 1989 fast 1.380 Millionen Mark.<sup>75</sup> Andererseits sind sie problematisch, da Vergleichsangaben fehlen und es sich um *unbereinigte* Angaben handelt, die weder Lohnsteigerungen<sup>76</sup> noch Preiserhöhungen berücksichtigen. Wie problematisch die reinen Gesamtangaben sind, zeigt sich, wenn man zwischen Personal- und sonstigen Ausgaben differenziert. Dann deutet sich ein grundsätzliches Problem der Forschung inner-

<sup>73</sup> Angaben für 1949 und 1968 aus: Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 262f.; für 1989 aus: AdW, *Kurzcharakteristik*, S. 6.

<sup>74</sup> Angaben aus: AdW, *Kurzcharakteristik*, S. 44.

<sup>75</sup> Angaben hierzu enthalten bis 1966 die *Jahrbücher der DAW*, von 1973 bis 1989 die *Statistischen Jahresberichte der AdW*.

<sup>76</sup> Der Durchschnittsjahreslohn der Mitarbeiter lag 1972 bei etwa 11.000 Mark und 1989 bei etwa 17.000 Mark. Vgl. *Jahresbericht 1989 der AdW*, Teil 2: Statischer Jahresbericht, dort aufgeschlüsselt nach Instituten, S. 89ff.

halb der Akademie an. Offensichtlich sollte die Effizienz des Gesamtpotentials vorwiegend durch seine ständige personelle Vergrößerung gesteigert werden, denn die Sachausgaben pro Mitarbeiter für die Forschung stiegen, entgegen dem internationalen Trend, nur recht bescheiden an; temporär fielen sie sogar. In der ersten Hälfte der 1950er Jahre, die zugleich eine erste Hochphase des Ausbaus der Akademie war, ist ein Rückgang von ca. 7.000 Mark auf ca. 5.500 Mark zu verzeichnen. Danach scheint es – die Angaben sind lückenhaft – bis Anfang der 1970er Jahre einen kontinuierlichen Anstieg auf etwa 13.000 Mark gegeben zu haben. Die dann zweimal auftretenden sprunghaften Steigerungen auf jeweils für einige Jahre geltende neue Niveauebenen – ab 1974 auf durchschnittlich 23.000 Mark und ab 1986 auf durchschnittlich 40.000 Mark – sind zu einem ganz erheblichen Teil auf parallele Preissprünge zurückzuführen. Zwischen 1985 und 1987 stiegen die Gesamtausgaben der Akademie schließlich um ca. 45 Prozent, obwohl der Zuwachs an Mitarbeitern nur bei 3,4 Prozent lag.<sup>77</sup>

Trotz dieser relativierenden Fakten bleibt unbestritten, daß aus der Akademie innerhalb weniger Jahrzehnte eine Großorganisation der Forschung mit einer Vielzahl von wissenschaftlichen Einrichtungen, Akademiewerkstätten für den Forschungsbedarf, einem eigenen Akademie-Verlag etc. wurde. Die ständige Vergrößerung des Personals ging einher mit einer fortwährenden Verbreiterung des Forschungsprofils. Das blieb auch so, nachdem Ende der 1960er Jahre die bis dahin entstandenen ca. 120 wissenschaftlichen Einrichtungen – Institute, Forschungs- bzw. Arbeitsstellen, Laboratorien, wissenschaftliche Kommissionen mit den zugehörigen Unternehmungen, deren Genese und Wandel die Jahrbücher der Akademie gut dokumentieren – in nun 25 Zentralinstituten, 13 Instituten und drei Forschungs- bzw. Arbeitsstellen zusammengefaßt wurden.

Da kompatible Schnittstellen für eine Nutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Industrie der DDR selten waren und trotz gegenteiliger Beteuerungen sogar noch abgebaut wurden, übernahmen die Forschungseinrichtungen zunehmend Aufgaben in der Kette Grundlagenforschung – Angewandte Forschung – Entwicklung – Produktion, für die in einer wissenschaftlichen Institution eigentlich die Voraussetzungen fehlten. Das wiederum führte nicht nur zum weiteren Aufblähen der gesamten Akademie, sondern auch zu einer größeren Unschärfe des wissenschaftlichen Profils ihrer Forschungsinstitute.

Die Akademie geriet so in einen Teufelskreis. Zum einen war sie eine so gewaltige Wissenschaftsorganisation geworden, weil sie immer wieder damit geworben hatte, wie sehr ihre wissenschaftlichen Leistungen zum gesellschaftlichen Wohlstand beitragen – sie konnte sich also nicht nur auf Grundlagenforschung zurückziehen und anderen die Verwertung ihrer Ergebnisse überlassen, was ohnehin viel zu selten geschah. Zum anderen war damit das Einfallstor für immer weiterreichendere Forderungen und größeren Druck der

<sup>77</sup> Zum Beispiel stiegen bei nur geringen Zuwächsen von Mitarbeitern von 1983 auf 1984 die Kosten für Energie um ca. 55 Prozent, von 1983 bis 1987 für Material um ca. 115 Prozent, für Fremdleistungen zwischen 1983 und 1986 um ca. 140 Prozent. Bei Investitionen, den Erwerb von Ausrüstungen u. ä. waren die Steigerungen teils noch drastischer, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß es sich dabei weniger um kontinuierlich anfallende Kosten handelt. Ebd., S. 54f.

Politik geöffnet. Die naturwissenschaftlich-technischen Institute der *Forschungsakademie* – so der offizielle Name seit Ende der 1960er Jahr – wurden nun dem „Ministerium für Wissenschaft und Technik als zentrale[r] Planungsinstanz“ unterstellt.<sup>78</sup>

Diese Akademie hatte insgesamt eine Vielzahl von Funktionen wahrzunehmen, die in der Bundesrepublik auf unterschiedliche Wissenschaftsorganisationen verteilt waren. Aber zweifellos entstanden unter ihrem Dach zahlreiche Forschungen, die im Land wie international stark anerkannt wurden. An der Arbeit der einzelnen Akademieinstitute wäre dies, differenziert nach den Disziplinen, im einzelnen zu untersuchen.<sup>79</sup>

### 3. Das Zusammenwirken von Gelehrten-gesellschaft und Forschungseinrichtungen

Die Akademie war nach 1945 immer wieder mit dem Anspruch aufgetreten, daß durch die Verknüpfung von Gelehrten-gesellschaft und Forschungsinstituten ihre Effizienz ganz entscheidend verbessert würde. Sie könne nun endlich Leibniz' Forderung, „nicht nur Curiosa, sondern auch Utilia ins Werk zu richten“<sup>80</sup> und Harnacks Vorstellung, die Akademie doch noch eines Tages mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu „verschmelzen“, verwirklichen.<sup>81</sup> Das Zusammenwirken von Gelehrten-gesellschaft und Forschungseinrichtungen muß deshalb genauer betrachtet werden. In diesem Zusammenhang sind auch einige Bemerkungen über die Aufgaben und Arbeitsformen der Gelehrten-gesellschaft erforderlich.

Die Gelehrten-gesellschaft stellte sich in den Satzungen traditionelle Akademieaufgaben, die sie vermutlich ähnlich gut oder schlecht erfüllte, wie vorherige oder andere Gelehrten-gesellschaften, zumal politische Einschränkungen in der Geschichte der Akademie kein Novum darstellten. Es wurde fleißig vorgetragen und umfassend publiziert, Denkschriften wurden erstellt und wissenschaftliche Gutachten abgegeben, wissenschaftliche und andere Veranstaltungen abgehalten.<sup>82</sup> Neu hatte sich allerdings die Gelehrten-gesellschaft in ihre Satzung geschrieben, daß sie nun „als höchste wissenschaftliche Instanz“ für eigene Forschungsinstitute verantwortlich war.<sup>83</sup> Von 1946 bis 1951 wurde deshalb gene-

<sup>78</sup> AAW Berlin, FG, A 3922: Hermann Klare, Entwurf eines Schreibens an den Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph vom November 1967. Zit. nach Stange, *Genese*, S. 190. Vgl. hierzu ausführlich der Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band.

<sup>79</sup> Vgl. etwa Bielka, *Beiträge*; Kehl, „Etablierung der Volkskunde“; Stange, *Genese*; WITEGA, *Band 1–7*; Sabrow, *Diktat des Konsenses*; Brosin, *Meeresforschung*; Liewers, *Kernforschung*; Hein-Weingarten, *Kosmosforschung*; Ketz, *Institut für Ernährung*; Wolf, *Organisationsschicksale*; Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle, *Leipzig Permoserstraße* sowie die Beiträge in Kocka/Mayntz, *Wissenschaft und Wiedervereinigung*. Zu früheren Wertungen vgl. beispielsweise Landrock, *Deutsche Akademie der Wissenschaften*.

<sup>80</sup> Gottfried Wilhelm Leibniz, „Denkschrift in Bezug auf die Einrichtung einer Societas Scientiarum et Artium in Berlin vom 26. März 1700, bestimmt für den Kurfürsten“, in: Harnack, *Geschichte der Akademie*, Bd. II, S. 79.

<sup>81</sup> Vgl. Kocka, *Königlich Preussische Akademie*, S. 460–463.

<sup>82</sup> Diese Tätigkeit ist zum wesentlichen Teil in den Sitzungsberichten und den Abhandlungen der Akademie erfaßt, die vom Akademie-Verlag herausgegeben wurden. Eine umfangreiche Auflistung weiterer Aufgaben findet man in: Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 164ff. und 380ff.

<sup>83</sup> Vgl. Satzung vom 31. Oktober 1946, §§ 1, 6 und 22.

rell und dann bis 1953 teilweise in den Gesamtsitzungen der Akademie, also im Plenum, über Forschungsvorhaben und Institutionsgründungen entschieden.<sup>84</sup> Das geschah während der sogenannten *Geschäfte*, die auf den wissenschaftlichen Teil der Gesamtsitzungen folgten. Dort waren nur die Ordentlichen Mitglieder zugelassen, und dort wurden auch alle anderen grundsätzlichen Probleme entschieden, so die Mitgliederfragen (Wahlen und Ausschluß), die Wahl des Präsidiums mit dem Präsidenten an der Spitze und die Veränderungen der Satzung.<sup>85</sup> Dieses Verfahren ließ sich aber in der nur ehrenamtlich tätigen Gelehrten-gesellschaft nicht lange durchhalten. Zum einen ließ sich der Berg der anstehenden Entscheidungen schon bald kaum mehr abarbeiten. Zum anderen waren die Interessen und vor allem die Beteiligung zu heterogen. So konnte sich beispielsweise die Physik in den frühen Geschäftssitzungen kaum vertreten fühlen, weil sich fast alle Mitglieder in den Westzonen niedergelassen hatten. Bereits seit Beginn der 1950er Jahre beschränkte sich die Tätigkeit des Plenums in Hinsicht auf das Forschungspotential wieder auf die traditionelle Beratungsfunktion, wofür zeitweilige Kommissionen bzw. Räte gebildet wurden.<sup>86</sup> Die Verantwortung für die Forschungstätigkeit ging mit der neuen Satzung von 1954 auch offiziell auf die Klassen der Akademie über.<sup>87</sup>

In den Sitzungen der Klassen erledigten die Mitglieder prinzipiell die gleichen Aufgaben wie im Plenum. Auch die Möglichkeiten zur Mitarbeit waren analog geregelt, nur die Ordentlichen Mitglieder entschieden über die Geschäfte. Die Klassen wurden bis 1969 von Sekretaren und danach von Vorsitzenden geleitet, die bis 1969 und wieder ab 1984 *ex officio* dem Präsidium der Akademie angehörten. Sie unterbreiteten dem Plenum Vorschläge zur Wahl von Mitgliedern. Neu war eben, daß seit Beginn der 1950er Jahre die Klassen über die Forschungsvorhaben der Institute und weitere institutionelle Gründungen entschieden. Verändert hatte sich zu dieser Zeit aber auch bereits die Klassenstruktur der Akademie. Ab 1949 gliederte sich die Gelehrten-gesellschaft nicht mehr in zwei Klassen, sondern bis 1969 in sechs bzw. für einige Zeit in fünf, danach gar in elf bzw. zwölf Klassen.<sup>88</sup>

Jedoch erwies sich auch die 1949 eingeführte Gliederung der Klassen als noch zu grob. Von 1951 bis 1969 existierten an der Akademie zusätzlich *Sektionen*. Sie wurden schrittweise als Arbeitsgremien der Klassen gegründet und erlaubten deren weitere Feinstruktu-

<sup>84</sup> Zwischen 1963 und 1969 konnte die Gelehrten-gesellschaft nochmals eigenständig einige spezielle kleinere Forschungsvorhaben in eigene Regie nehmen, um in solchen eine theoretisch ja noch mögliche Mitarbeit der OM aus der Bundesrepublik bei Forschungsvorhaben zumindest prinzipiell zu gewährleisten. Vgl. Statut von 1963, § 11.

<sup>85</sup> Die aufgeführten grundsätzlichen Entscheidungen bedurften immer, also seit 1700, der Bestätigung durch eine vorgesetzte staatliche Instanz.

<sup>86</sup> Die Arbeitsform Kommission nutzte die Akademie seit Beginn des 19. Jahrhunderts auf zwei Ebenen: Kommissionen existierten für die wissenschaftlichen Unternehmungen in der Regel für sehr lange Zeiträume; sie wurden ebenso für kurzfristig zu lösende Aufgaben eingesetzt (Statuten-, Beratungskommissionen u. ä.). Hier sind z. B. gemeint: *Kommission zur Gestaltung des Schulunterrichts* (1945), *Kommission für kernphysikalische Forschung* (1955), *Rat für Grundlagen der Umweltgestaltung und des Umweltschutzes* (1986).

<sup>87</sup> Vgl. Satzung vom 17. Juni 1954, § 22.

<sup>88</sup> Eine genaue Übersicht über die jeweilige Klassenstruktur gibt: Hartkopf, *Berliner Akademie*, S. 417–420.

rierung nach Fachgebieten. Da sie entsprechend dem Anspruch der Gelehrtenengesellschaft, *höchste wissenschaftliche Instanz* zu sein, für das jeweilige Gebiet nicht nur die Forschung an der Akademie, sondern in der gesamten DDR koordinieren sollten, rekrutierten sie ihre Mitglieder nicht nur aus der Gelehrtenengesellschaft, sondern auch aus Universitäten, den Akademieinstituten, anderen Forschungseinrichtungen, der Industrie und den Ministerien. *De jure* besaßen die Sektionen immer nur Beratungsfunktion; *de facto* konnten sie durchaus die Forschung eines Fachgebiets über ihre Empfehlungen zur Ressourcenverteilung steuern. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die insgesamt 39 Sektionen sehr unterschiedliche Aktivitäten entfalteten.

Aber auch die Zuordnung des Forschungspotentials der Akademie zu den Klassen hatte nicht lange Bestand. Bereits in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eskalierten die Spannungen beim Streit um Ressourcen zwischen den Klassen so, daß zunächst die *Klasse für Mathematik, Physik und Technik* die Gründung einer neuen eigenständigen Forschungsorganisation ausdrücklich nach dem Vorbild der ehemaligen KWG vorschlug.<sup>89</sup> Eine solche wurde 1957 dann auch unter dem Namen *Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin* gegründet. Zwar suggerierte der Name nach wie vor eine enge Verbindung mit der Akademie, in Wirklichkeit bedeutete dies aber eine völlige Abspaltung von den ehemals zuständigen vier Klassen der Gelehrtenengesellschaft. Das Forschungspotential wurde schrittweise dem ebenfalls 1957 gegründeten *Beirat für naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung beim Ministerrat der DDR*, besser bekannt als *Forschungsrat der DDR*, unterstellt. Letztendlich wurde daraus ein Forschungsverbund, der durch ein Ministerium gesteuert werden sollte.

Ein ähnliches Schicksal hatten die Sektionen. Sie verblieben zwar noch einige Jahre bei den Klassen, ihre Zuständigkeit wurde aber auf die Koordinierung der Grundlagenforschung beschränkt. In den 1960er Jahren übernahm sie dann der Forschungsrat. Diese Entwicklung hatte, wie alle vorherigen, natürlich auch politische Gründe. Es ist aber erstaunlich, daß offensichtlich eine Mehrheit der Akademiemitglieder der betreffenden Fachgebiete diese Entwicklung weiteren Experimenten mit der Gelehrtenengesellschaft der Akademie vorzog. Die Initiative für diese Entwicklung ging nämlich von den Naturwissenschaftlern aus, und die Politik konnte nur noch auf den fahrenden Zug aufspringen, um dann freilich fleißig mitzusteuern.

Bei den geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der Akademie war die Situation eine andere. Hier war die Begehrlichkeit der Politik eher noch größer. Aber einerseits akzeptierte die Politik ohnehin hier die Akademie nie generell als *höchste*

<sup>89</sup> SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 118–120: Hans Wittbrodt, vertraulich, an die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED Anfang Dezember 1956: Gedanken zur weiteren Entwicklung der naturwissenschaftlich-technischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Beraten wurden die Vorschläge auf der Klassensitzung vom 15. November 1956. Zu den verschiedenen Varianten der Neustrukturierung der naturwissenschaftlichen Forschungen siehe auch die abgedruckten Dokumente in: WITEGA, *Geschichte der Forschungsgemeinschaft*, S. 10–39.

*wissenschaftliche Instanz* – das war man selbst und dazu hatte die SED eigene Partei-Institute geschaffen –, und andererseits hatte die Mehrheit der Gelehrten in den beiden geistes- und sozialwissenschaftlichen Klassen der Akademie keinerlei Interesse an einer Veränderung des Status quo. Sie verfügten auch nach internationalen Maßstäben über ein quantitativ beachtliches Forschungspotential und der Schutz der Gelehrtenegesellschaft bot die Möglichkeit zu nahezu ungestörter wissenschaftlicher Arbeit. Aber auch dies war nicht von Dauer. 1964 wurden die geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen von den Klassen getrennt und – analog zur *Forschungsgemeinschaft* von 1957 – in einer *Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin* zusammengefaßt. Auch sie war vollständig von der Gelehrtenegesellschaft getrennt. Die Zuständigkeiten für dieses Forschungspotential beanspruchten schließlich zunehmend die Gremien der SED direkt.

Die Gelehrtenegesellschaft der Akademie konnte also seit den 1960er Jahren über *ihre* Institute nur noch beraten, aber nicht mehr beschließen. In der *Forschungsakademie* wurde sie eigentlich kaum noch gebraucht. In ihr reduzierte sich die Funktion der Gelehrtenegesellschaft auf drei Punkte. *Erstens* garantierte sie für die Institution einen würdigen Namen, denn ohne eine Gelehrtenegesellschaft hätte kaum von einer Forschungsakademie gesprochen werden können. *Zweitens* ließen sich über die Gelehrtenegesellschaft über das Loyalitätsprinzip auch indirekt Ziele zum Nutzen der Forschungseinrichtungen durchsetzen, denn viele ihrer Mitglieder waren zugleich in den neuen Steuerungsgremien der Wissenschaft in führenden Positionen.<sup>90</sup> *Drittens* ermöglichte es die Gelehrtenegesellschaft, Formen wissenschaftlicher interdisziplinärer Zusammenarbeit zu erproben. Eine sehr interessante Neuerung war z. B. die Einführung von elf *problemgebundenen Klassen*, anstelle der disziplinierten, zwischen 1969 und 1972, z. B. die Klasse *Optimale Gestaltung der Umweltbedingungen* oder die Klasse *Kybernetische Aspekte des Arbeitsprozesses, biologischer und gesellschaftlicher Kommunikationsprozesse*. Diese Klassen sollten fortan nur für eine begrenzte Zeit bestehen und der Dynamik der Wissenschaftsentwicklung angepaßt werden. Sie sollten Akademiemitglieder verschiedener Disziplinen zusammenbringen und auch Nicht-Akademiemitglieder zur Mitarbeit heranziehen können. Dieser innovative Versuch wurde allerdings von den Mitgliedern nicht angenommen und bereits nach drei Jahren abgebrochen.<sup>91</sup> Ab 1973 wurden wieder ausschließlich Klassen aus benachbarten Disziplinen gebildet.

<sup>90</sup> Für das Jahr 1972 macht z. B. Werner Scheler folgende Angaben (in: Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 150): 60 Akademiemitglieder in wissenschaftlichen Institutionen (außer Akademie) als Präsidenten von Fachakademien, Rektoren, Institutsdirektoren; 44 im Forschungsrat der DDR (von 73 Mitgliedern), davon 14 im Vorstand (von 26 Mitgliedern), sieben als Leiter von Gruppen (von 13); 24 als Vorsitzende von wissenschaftlichen Gesellschaften, wissenschaftlichen Nationalkomitees und weiteren Gesellschaften.

<sup>91</sup> Das Organisationsprinzip *problemgebundener Klassen*, das in der DDR-Akademie nicht funktionierte, wurde als *Interdisziplinäre Arbeitsgruppe* eine wichtige Arbeitsform in der West-Berliner Akademie.

## II. Politik und Wissenschaft in der Akademie

### 1. Die SED an der Akademie

Zu den Spezifika der Akademie in der DDR gehörte, daß in ihr neben den beiden Säulen Gelehrtenengesellschaft und Forschungseinrichtungen mit den Parteigremien der SED noch eine dritte institutionalisierte Säule stand, die wegen ihres machtpolitischen Anspruchs und wegen der ihr zu attestierenden Wirkung berücksichtigt werden muß. Immerhin beschloß die Gelehrtenengesellschaft 1968, die Akademie „arbeitet auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“. Ab 1969 existierte eine eigenständige hauptamtliche SED-Kreisleitung an der Akademie, deren 1. Sekretär *ex officio* Mitglied des Akademiepräsidiums war. Bereits seit Gründung einer *Zentralen Akademieparteileitung* 1960 war es üblich gewesen, daß die wichtigsten Entscheidungsträger des Akademiepräsidiums gleichzeitig dem Sekretariat der SED-Kreisleitung angehörten. Zu den Auswirkungen dieser schrittweisen Fusion von Leitungsebenen sei mit Werner Scheler ein Mann zitiert, der ab 1971 als Direktor eines Zentralinstituts und dann von 1979 bis 1990 als Präsident der Akademie und gleichzeitiges Mitglied des Zentralkomitees der SED diesen Prozeß maßgeblich mitgestaltete: „Insgesamt entstand objektiv, wie im Staat so auch in der Akademie, eine *redundante Doppelleitung*, welche die Eigenständigkeit des Präsidiums in sachlichen, organisatorischen und personellen Fragen der Akademie und der Forschung einschränkte, wobei aber der Akademieleitung die juristische Zuständigkeit und rechtliche Verantwortung voll auferlegt war. Mit diesen parteipolitischen Regelungen sollten die Befugnisse der Akademieleitung im wesentlichen auf *exekutive* Funktionen gelenkt werden.“<sup>92</sup> Daß die SED-Gremien hierbei eine Mitbestimmung bis in den eigentlichen Forschungsprozeß hinein beanspruchten, verdeutlichen mehrere Beiträge dieses Bandes,<sup>93</sup> ebenso die Entscheidung, an der Akademie eine SED-Kreisleitung einzurichten, in der ein „Parteisekretär für Wissenschaft und Forschung“ tätig war. Diese Einflußnahme blieb nach Scheler nicht auf die zentrale Ebene beschränkt. Wie dort „entwickelten auch die Parteileitungen der SED in den Instituten und Einrichtungen *bestimmende* Aktivitäten gegenüber den Institutsdirektoren bzw. Leitern ihrer Einrichtungen“. Und er fügt hinzu: „Interessenkonflikte zwischen Partei- und staatlicher Leitung blieben indessen die Ausnahme, da die SED Wert darauf legte, möglichst hochqualifizierte Wissenschaftler, die auch mit den Gegebenheiten des Instituts vertraut waren, als Parteisekretäre zu gewinnen. Zudem waren in den letzten Jahrzehnten die Institutsdirektoren in ihrer überwiegenden Mehrzahl Mitglieder der SED.“<sup>94</sup> Auch wer der durchaus bezweifelbaren These folgt, daß die wissenschaftliche Qualifikation bei der Auswahl der Leitungskader mit SED-Parteibuch Priorität hatte, wird nicht übersehen können, daß auf diese Weise nicht der SED angehörende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen – darunter zweifellos viele sehr gut qualifizierte Personen – von den Leitungsfunktionen ausgeschlossen und von der vollen Teilnahme fern-

<sup>92</sup> Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 90.

<sup>93</sup> Vgl. die Beiträge von Peter Nötzoldt, Manfred Bierwisch und Günter Pasternak in diesem Band.

<sup>94</sup> Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 92.

gehalten wurden. Das mag mit erklären, warum mancher Konflikt in der Akademie gar nicht erst in Erscheinung trat. Die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Akademie hat darunter zweifellos gelitten.

Der Einfluß der SED nahm sukzessive zu.<sup>95</sup> Er war in den verschiedenen Akademieberreichen und -instituten unterschiedlich stark. Der zunehmende Anteil von SED-Mitgliedern in verschiedenen Personalkategorien und in den verschiedenen Instituten der Akademie bietet dafür einen Anhaltspunkt.<sup>96</sup>

	1951	1953	1960	1967/68	1970	1984
<i>Gelehrten-gesellschaft:</i>						
Ordentl. Mitglieder	10 %	23 %	25 %	32 %	48 %	67 %
<i>Forschungseinrichtungen:</i>						
Mitarbeiter gesamt	7 %	8 %	13 %	14 %	?	19 %
Wissenschaftler	?	12 %	21 %	25 %	?	34 %

Das Bild ist eindeutig, aber grob. Es bedarf der weiteren Differenzierung, wie z. B. der sehr unterschiedlich hohe SED-Anteil an den Mitgliedschaften der verschiedenen Klassen der Gelehrten-gesellschaft 1968 verdeutlicht:<sup>97</sup>

Klasse für Mathematik, Physik und Technik	24 %
Klasse für Chemie, Geologie und Biologie	16 %
Klasse für Bergbau, Hüttenwesen und Montangeologie	14 %
Klasse für Medizin	22 %
Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst	50 %
Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- u. Wirtschaftswissenschaften	78 %

Andererseits sind hohe Prozentzahlen von SED-Mitgliedschaften für sich allein nur begrenzt aussagekräftig, wie sich am Beispiel des *Instituts für Wirtschaftswissenschaften* zeigt. Trotz eines hohen SED-Anteils von etwa 70 Prozent bei den Wissenschaftlern, zählte das Institut in den 1960er Jahren zu den größten *Sorgenkindern* der SED-Führung. Es galt spätestens seit dem XX. Parteitag der KPdSU als ein *Hort der Aufsässigkeit*.<sup>98</sup> Insbesondere den in diesem Institut tätigen Akademiemitgliedern Fritz Behrens und Jürgen Kuczynski

<sup>95</sup> Zur SED an der Akademie bis 1968 ausführlich Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*.

<sup>96</sup> Bei den OM sind bis 1968 nur solche mit Wohnsitz oder Tätigkeit in der DDR berücksichtigt; danach konnten ohnehin nur Bürger der DDR Ordentliche Mitglieder sein. Angaben für 1951 bis 1968 aus Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*; für 1970 und 1984 aus Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 151.

<sup>97</sup> Auflistung der Ordentlichen Mitglieder in: *Jb. der DAW 1968*, S. 3–13; SED-Zugehörigkeit aus: Übersicht über Spenden von Akademiemitgliedern vom 10. Oktober 1968, AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 123.

<sup>98</sup> Vgl. SAPMO, ZPA, IV A2/9.04/297: Einschätzung der ZK-Abteilung Wissenschaft vom 8. Juni 1956.



wurde die Förderung „revisionistischer“ Meinungen vorgeworfen. Im übrigen gilt: Auch SED-Mitglieder an der Akademie waren – bis auf die wenigen hauptamtlichen Funktionäre – vom Grundsatz her Mitarbeiter wie andere auch. Arbeiteten sie als Wissenschaftler, verstanden sie sich in der Regel als solche und vertraten sie selbst auch Wissenschaftlerperspektiven. Von Fall zu Fall dürfte die Vermittlung zwischen den politischen Vorgaben der SED und den Wissenschaftlerinteressen und -pflichten unterschiedlich ausgefallen sein; allerdings bestand oft kein Gegensatz zwischen beiden. In den Leitungsgremien der Akademie und den Instituten – und hier fanden sich SED-Mitglieder besonders häufig – waren Politbezug und politische Abhängigkeit überdies ausgeprägter als bei den Wissenschaftlern auf den unteren Rängen der Hierarchie.

Sicher waren die Mitgliederanteile an den Beschäftigungszahlen aus diesen Gründen nicht so bedeutsam, wie im Parteiapparat geglaubt und zu Propagandazwecken betont wurde. Trotzdem läßt die folgende Übersicht, die zugleich einen Überblick über die Gliederung der Akademie nach Fachrichtungen vermitteln soll, zumindest den potentiellen Einfluß der SED an der Akademie erahnen.

Die Institute der Akademie, Mitarbeiterzahl und SED-Anteil im Jahre 1968<sup>99</sup>

Institute und Einrichtungen	sämtliche Mitarbeiter	SED-Anteil	davon Wissenschaftler	SED-Anteil
Akademiezentrale	485	35 %	45	78 %
Hauptbibliothek-Zentralarchiv	63	11 %	12	25 %
Akademieunternehmen	29	24 %	15	40 %
Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften				
Leitung des Forschungsbereichs	36	53 %	14	100 %
Inst. f. deutsche Sprache u. Literatur	200	23 %	146	30 %
Inst. f. Geschichte	155	62 %	105	80 %
Inst. f. Wirtschaftswissenschaften	118	58 %	86	71 %
Inst. f. griech.-römische. Alterskunde	70	4 %	57	5 %
Inst. f. Philosophie	58	59 %	43	77 %
Inst. f. Slawistik	55	35 %	42	41 %
Inst. f. Ur- u. Frühgeschichte	52	15 %	23	35 %
Inst. f. Wirtschaftsgeschichte	43	58 %	31	81 %
Inst. f. Orientforschung	51	33 %	44	39 %
Inst. f. sorbische Volksforschung	39	31 %	22	41 %
Inst. f. romanische Sprache u. Kultur	36	58 %	30	37 %
Inst. f. deutsche Volkskunde	41	15 %	23	26 %
Arbeitsstelle f. Kunstgeschichte	21	10 %	16	13 %
Arbeitsstelle f. angew. Linguistik	16	25 %	12	33 %

<sup>99</sup> Übersicht aus: Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 250–252.

Institute und Einrichtungen	sämtliche Mitarbeiter	SED-Anteil	davon Wissenschaftler	SED-Anteil
Arbeitsstelle f. strukturelle Grammatik	11	55 %	9	67 %
Arbeitsst. Erziehungs- u. Schulgeschichte	7	57 %	5	80 %
Arbeitsstelle für Literaturtheorie	6	67 %	3	100 %
Arbeitsstelle f. Rechtswissenschaften	4	75 %	3	100 %
Arbeitsstelle f. Heimatforschung	3	0 %	2	0 %
Sprachwissenschaftliche Dokumentation	3	0 %	3	0 %
Arbeitsstelle f. Völkerrecht	2	0 %	1	0 %
Arbeitsstelle f. Anglistik	3	0 %	3	0 %
Forschungsbereich Kosmische Physik				
Heinrich-Hertz-Institut	261	13 %	63	25 %
Arbeitsgruppe Geräte Potsdam	18	17 %	1	0 %
Karl-Schwarzschild-Observatorium	21	14 %	4	0 %
Sternwarte Babelsberg	58	14 %	19	32 %
Inst. f. Sternphysik	96	15 %	25	20 %
Geodätisches Institut	83	12 %	31	23 %
Geomagnetisches Institut	79	8 %	22	0 %
Inst. f. Geodynamik	68	15 %	17	18 %
Geotektonisches Institut	28	4 %	14	0 %
Inst. f. physikalische Hydrographie	18	0 %	7	0 %
Inst. f. Meereskunde	130	25 %	23	22 %
Forschungsbereich Mathematik und Physik				
Physikalisch-Technisches Institut	472	9 %	142	11 %
Inst. f. Gasentladungsphysik	33	15 %	10	40 %
Inst. f. Magnetohydrodynamik	24	0 %	12	0 %
II. Physikalisch-Technisches Institut	121	21 %	37	27 %
Inst. f. Optik und Spektroskopie	174	9 %	54	9 %
Inst. f. spez. Probleme der theor. Physik	10	20 %	8	25 %
Inst. f. Messtechnik u. Automatisierung	17	18 %	4	0 %
Inst. f. Regelungs- u. Steuerungstechnik	27	15 %	30	3 %
Inst. f. angew. Mathematik u. Mechanik	145	9 %	69	13 %
Inst. f. reine Mathematik	57	5 %	39	5 %
Arbeitsstelle. f. statistische Physik	12	17 %	11	18 %
Inst. f. Hochenergiephysik	184	10 %	36	33 %
Inst. f. Länderkunde	41	17 %	8	13 %
Akademie-Werkstätten	545	8 %	51	12 %

Institute und Einrichtungen	sämtliche Mitarbeiter	SED-Anteil	davon Wissenschaftler	SED-Anteil
Forschungsbereich Werkstoffwissenschaften				
Inst. f. Metallphysik u. Reinstmetalle	329	14 %	78	19 %
Inst. f. metallische Spezialwerkstoffe	279	12 %	59	17 %
Inst. f. Tieftemperaturphysik	37	5 %	12	17 %
Inst. f. Festkörperphysik u. Elektronenmikroskopie	39	0 %	10	0 %
Inst. f. magnetische Werkstoffe	63	3 %	34	6 %
Inst. f. Aufbereitung	264	11 %	30	27 %
III. Physikalisch-Technisches Institut	143	33 %	15	40 %
Forschungsbereich Kern- und Isotopentechnik				
Zentralinstitut f. Kernforschung	963	25 %	220	41 %
Inst. f. angew. Radioaktivität	102	23 %	44	34 %
Inst. f. stabile Isotope	142	14 %	50	16 %
Inst. f. angewandte Isotopenforschung	69	4 %	12	17 %
Forschungsbereich Chemie				
Zentralinstitut f. physikalische Chemie	425	13 %	151	22 %
Inst. f. organische Chemie	125	3 %	30	10 %
Inst. f. Fettchemie	100	7 %	25	16 %
Inst. f. organische Katalysforschung	51	14 %	17	18 %
Inst. f. organische Hochpolymere	278	9 %	91	15 %
Inst. f. Verfahrenstechnik d. org. Chemie	173	21 %	83	31 %
Inst. f. Faserstoff-Forschung	360	11 %	65	15 %
Inst. f. Technologie der Fasern	136	15 %	26	15 %
Inst. f. Silikatforschung	86	4 %	18	6 %
Inst. f. anorganische Chemie	82	2 %	23	0 %
Wiss. Redaktion der chem. Zentralblätter	319	8 %	116	12 %
Forschungsstelle f. Komplexchemie	9	11 %	3	33 %
Forschungsbereich Biologie und Medizin				
Experimenteller Bereich Krebsforschung	74	3 %	17	12 %
Klinischer Bereich Krebsforschung	412	5 %	65	17 %
Inst. f. Zellphysiologie	55	6 %	18	11 %
Inst. f. Biochemie	47	0 %	14	0 %
Inst. f. kortiko-viszerale Pathologie etc.	194	8 %	54	20 %
Inst. f. Pharmakologie	50	12 %	17	24 %
Inst. f. Kreislaufforschung	37	14 %	14	36 %
Arbeitsstelle. f. Infektionskrankheiten	35	6 %	8	13 %

Inst. f. Biophysik	142	18 %	46	35 %
Inst. f. Ernährung	443	8 %	88	11 %
Inst. f. vergleichende Pathologie	70	1 %	16	6 %
Zoologische FS im Berliner Tierpark	9	11 %	3	33 %
Inst. f. Biochemie der Pflanzen	120	5 %	28	7 %
Inst. f. Kulturpflanzenforschung	569	7 %	61	13 %
Inst. f. Mikrobiologie u. exp. Therapie	724	6 %	154	5 %
Forschungsstelle f. Limnologie	19	5 %	12	8 %
sonstige Einrichtungen				
Wiss. Gesellschaften etc. bei der DAW	58	22 %	12	75 %
AG Die Frau in der sozialist. Gesellschaft	20	65 %	14	79 %
Dienstleistungseinrichtungen	1224	14 %	4	25 %

Zu den weiteren Indikatoren für das Vordringen der SED an der Akademie zählt sicher ihre Repräsentanz in deren Entscheidungsgremien. In allen wichtigen läßt sich bereits ab 1957/58 eine SED-Dominanz feststellen: im Präsidium der Akademie, im Vorstand der *Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute*, an der Spitze der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klassen, die 1963 ihre Kompetenz über die Forschungseinrichtungen an den Vorstand der *Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen* abgeben mußten. Als 1968 wieder alle Kompetenzen auf ein neues Präsidium der nunmehrigen *Forschungsakademie* übergingen, betrug der SED-Anteil dort bereits 80 Prozent; 1989 waren schließlich 100 Prozent erreicht.<sup>100</sup>

Entscheidend sicherte die SED ihren wachsenden Einfluß in der Akademie, indem sie in ihr Parteistrukturen einbaute. Das gelang ihr zunächst in den 1950er Jahren nur sehr begrenzt.<sup>101</sup> Die im Dezember 1952 gegründete und für die Akademie zuständige Abteilung Wissenschaft und Hochschulen des ZK der SED unter Kurt Hager sprach sich zunächst gegen eine zentrale Parteiorganisation an der Akademie aus.<sup>102</sup> Die *führende Rolle der Partei* sollte vorrangig durch eine enge Zusammenarbeit auf höchster Ebene durchgesetzt werden – zwischen der *SED-Spitze* und *führenden Wissenschaftlern der Akademie*, was auch die *führenden Genossen Wissenschaftler* einschließen sollte. Dies funktionierte schlecht, weil die meisten *führenden Genossen Wissenschaftler*, wie auch ihre parteilosen Kollegen, selbst Anspruch auf eine führende Rolle in der Wissenschaftspolitik erhoben und dadurch mehr oder weniger in Konflikt mit den Parteiinstanzen gerieten.<sup>103</sup> Sie verwahrten sich ge-

<sup>100</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie* und den Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band sowie Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 92 und 83ff.

<sup>101</sup> Vgl. den Beitrag von Manfred Naumann in diesem Band.

<sup>102</sup> SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/377: Beratung am 6. November 1953, Protokoll.

<sup>103</sup> Das trifft besonders auf Wolfgang Steinitz, Jürgen Kuczynski, Friedrich Leutwein u. a. *abweichlerische Genossen* zu, wurde aber auch Robert Rompe und Hans Frühauf vorgehalten.

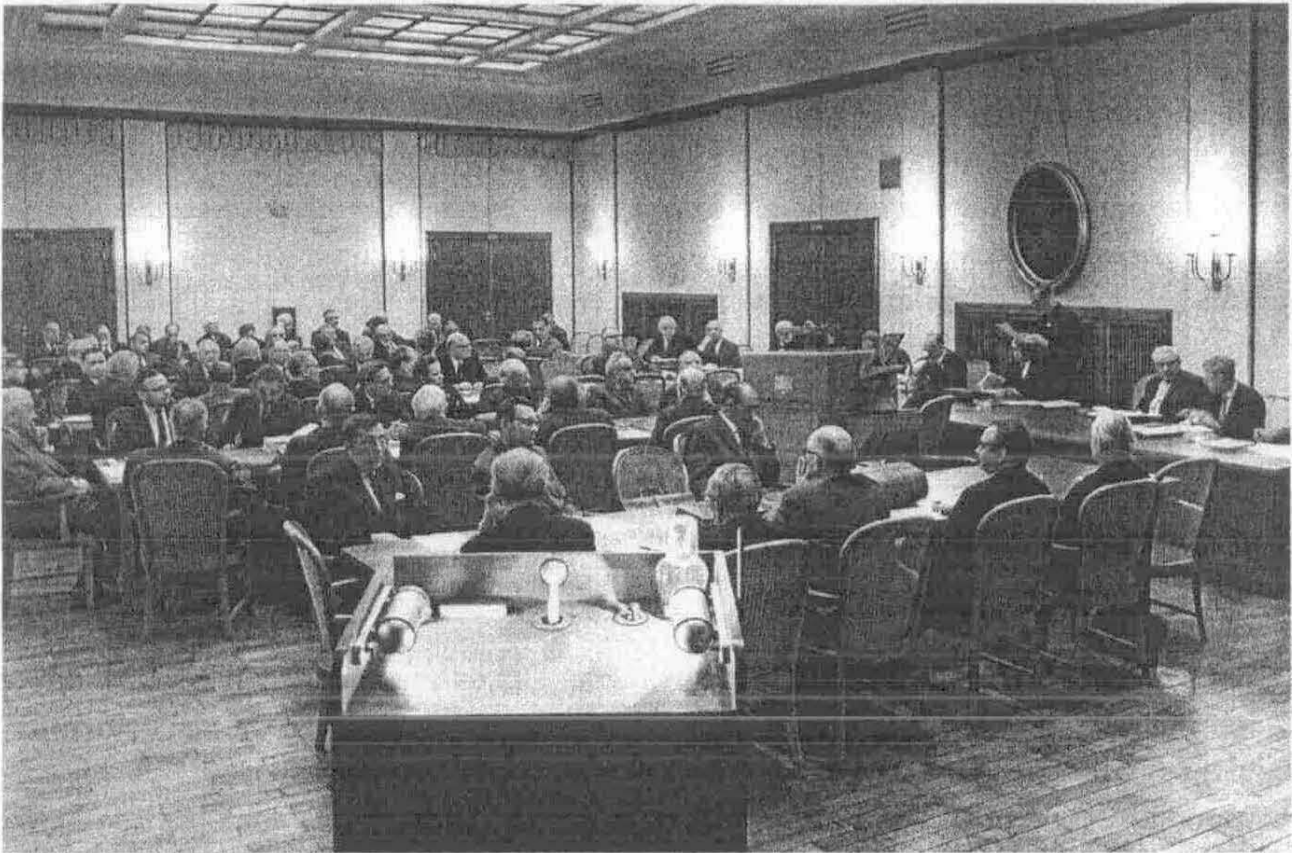
gen die „Vermischung von wissenschaftlicher Tätigkeit und parteipolitischer Einwirkung“, wie die Wissenschaftsabteilung des ZK beklagte, die sich ohnehin bei dieser Konstellation an den Rand gedrängt fühlte.<sup>104</sup> Nun favorisierte die ZK-Abteilung den Aufbau von *kompabilen* Strukturen an der Akademie. Zunächst wurden 1957 jeweils zentrale Parteiorganisationen für die abgespaltene *Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute* und für die bei den Klassen verbliebenen geisteswissenschaftlichen Institute mit entsprechenden Parteileitungen geschaffen. 1960 kam es dann zur Bildung einer *Zentralen Parteileitung* für die Gesamtakademie. Auch wenn ihr offizieller Status noch *ehrenamtlich* war, wurde sie bereits immer stärker zum eigentlichen zentralen Entscheidungsgremium der Akademie. Alle grundsätzlichen Fragen (Statut, Mitgliederwahlen, Konzeptionen) wurden hier vorentschieden und erst dann den offiziellen Akademiegremien vorgelegt. 1969 entstand daraus eine hauptamtlich geführte *SED-Kreisorganisation* an der Akademie, die ihren Machtanspruch nun auch ganz sichtbar demonstrierte. Damit wurde jener am Kapitelanfang beschriebene Zustand erreicht, der in den folgenden Jahren weiter perfektioniert wurde. Der entscheidende Unterschied dieser Konstellation gegenüber jener von Anfang der 1950er Jahre war, daß nun Apparate unter eindeutigen hierarchischen Bedingungen kooperierten und ihre Machtansprüche koordinierten. Damit wurden die Entscheidungsebenen nach unten verlagert. Die früheren Kompetenzstreitigkeiten mit den *führenden Genossen Wissenschaftlern*, die eben wegen ihrer wissenschaftlichen Kompetenz das letzte Wort bei Entscheidungen beanspruchten, entfielen. Eine solche Konstellation mußte zwar nicht prinzipiell, aber faktisch doch häufig, zu fachlich weniger qualifizierten Entscheidungen und auch zu wissenschaftspolitischen Willkürentscheidungen führen.

Da für die SED-Kreisleitung an der Akademie die territoriale Unterordnung unter die zuständige SED-Bezirksleitung von Berlin nur eingeschränkt galt, konnte sie in allen akademiespezifischen Belangen auch Einfluß auf jene knappe Hälfte der Institute nehmen, die über die gesamte DDR verstreut waren.

## 2. Zur Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit an der Akademie

Daß auch das *Schild und Schwert der SED*, das *Ministerium für Staatssicherheit* (MfS), an der Akademie tätig war und dort über eine Außenstelle verfügte, kann nach dem Gesagten kaum verwundern. Eine zusammenfassende Einschätzung der Wirksamkeit ist allerdings bei der gegenwärtigen Quellenlage nicht möglich. Keinesfalls beschränkten sich die Aktivitäten jedoch auf die von Scheler angedeutete Tätigkeit der in den 1960er Jahren etablierten *Hauptabteilung Auswertung und Kontrolle*, deren als Mitarbeiter der Akademie getarnte Angehörige in allen Leitungsgremien der Akademie vertreten und bei allen Verhandlungen mit Partnern im In- und Ausland zugegen waren. Scheler konstatiert, daß diese Abteilung schließlich über ein dichtes „Informationsnetz innerhalb der Akademie [verfügte], so daß

<sup>104</sup> SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/372: Rudi Model, Über die Lage und über offene Fragen im Bereich der DAW einschließlich der Forschungsgemeinschaft, 27. Dezember 1957.



*Plenarsitzung der DAW am 24. September 1964, im Präsidium v. l. n. r.: Heinrich Grell, Günther Rienäcker, Werner Hartke (stehend), Walter Friedrich, Gustav Hertz, Hans Gummel.*

*Robert Havemann ist auf allen veröffentlichten Reproduktionen dieser Aufnahme wegetuschiert worden.*

sie über die Lage in der Akademie, über Probleme, Vorkommnisse und weitere Aktivitäten permanent zu unterrichten vermochte“, daß sie ferner Einfluß auf die Auswahl der Reisekader an der Akademie nahm und „bei der Beschaffung von speziellen wissenschaftlichen Informationen oder von besonderen Geräten, Ausrüstungen und Forschungshilfsmitteln“ half.<sup>105</sup>

Es gab zahlreiche weitere direkte Einflußmöglichkeiten des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Akademie und ihre Institute. Wie Isolde Stark zeigt, befanden sich während der *Wendezeit* vom November 1989 bis zum Mai 1990 ironischerweise in den entscheidenden alten und neuen Führungspositionen nicht wenige Verbindungsleute des MfS. Offensichtlich war das Netz, welches das MfS über die Akademie geworfen hatte, ziemlich dicht.<sup>106</sup> Wie es sich im Detail entwickelt hatte, ist bisher nur an einigen Beispielen untersucht worden. Thomas Stange kommt bei seiner Untersuchung des *Instituts für Hochenergiephysik* der Akademie in Zeuthen zu dem Schluß, daß „die Aktivitäten in und um das Institut sehr intensiv waren“. Bereits die Durchsicht „von relativ wenigen Akten“ der ca. 180 Mitarbeiter des Instituts – allerdings wohl der Akten der Entscheidungsträger und zudem

<sup>105</sup> Vgl. Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 92ff.

<sup>106</sup> Vgl. Stark, „Runder Tisch der Akademie“.



*Plenarsaal der AdW am 16. November 1989. Das Plenum der Akademie der Wissenschaften der DDR beschließt, die Streichung der Mitgliedschaft des Philosophen Ernst Bloch (1885–1977) und des Physikochemikers Robert Havemann (1910–1982) aus der Mitgliederliste der Gelehrtenengesellschaft rückgängig zu machen; vorn rechts: Jürgen Kuczynski*

eines Instituts, das sich bis in die 1960er Jahre mit dem international hochsensiblen Gebiet der Kernphysik beschäftigte – erbrachte Hinweise „auf ca. 30 Mitarbeiter des Instituts, die zwischen 1955 und 1975 über geheimdienstliche Kontakte verfügten, was neben dem MfS das KGB sowie westliche Geheimdienste einschließt“. Nach der Aktenlage ist Stange überzeugt, das z. B. alle längerfristig in den Westen delegierten Wissenschaftler vom MfS zunächst abgeklärt und dann zur Mitarbeit aufgefordert wurden. Er fand aber keine Hinweise darauf, daß „die Delegierten durch oder mit Hilfe des MfS ausgesucht wurden, noch darauf, daß ihre Zusage zur Mitarbeit entscheidend für die Erlaubnis der Delegation war“. Unbeantwortet blieb auch für den konkreten Fall dieses Instituts die „entscheidende Frage [...], welchen Einfluß die Machenschaften des MfS auf die Entscheidungsprozesse der verschiedenen Ebenen in Partei und Staat hatten“. Wer wann welche Informationen erhielt und wie diese sich auswirkten, ließ sich nicht rekonstruieren.<sup>107</sup> Weder in dieser Studie über ein konkretes Institut noch bei den Recherchen für diesen Band ließ sich klären, wie sich die Tätigkeit des MfS auf den Forschungsbetrieb und seine Lenkung im einzelnen auswirkte; welchen Umfang von Repressionen sie auslöste, wie viele Karrieren sie zerstörte; und wie oft sie zu Verurteilungen und Haft führte. In einigen wenigen prominenten Fällen, z. B. für

<sup>107</sup> Vgl. Stange, *Genese*, S. 235–241, hier S. 241.

Robert Havemann, ist dies ausführlich untersucht und publiziert worden.<sup>108</sup> Klare Anzeichen für eine zunehmende Verselbständigung des MfS in diesem Bereich fehlen, insgesamt fungierte es als Ausführungsorgan der SED.<sup>109</sup>

### 3. Das Leitungssystem der Akademie und die Einflußmöglichkeiten von Partei und Staat

Das Zusammenspiel der drei die Akademie prägenden Bereiche Gelehrtenengesellschaft, Forschungseinrichtungen und SED-Parteigremien läßt sich an den Leitungsstrukturen der Akademie verdeutlichen. Dabei ist eine grobe Periodisierung mit teils fließenden Übergängen möglich:<sup>110</sup>

- Bis 1957 dominierte ein *Plenarsystem*. Die Leitung der Akademie lag in den Händen von Plenum und Klassen der Gelehrtenengesellschaft. Alle wichtigen Entscheidungen bedurften eines breiten Konsenses, der vom Präsidenten bzw. von den Klassensekretären hergestellt werden mußte. Der Einfluß der SED an der Akademie war gering; die Machtposition von angesehenen *bürgerlichen* Gelehrten hingegen noch beträchtlich. Übereinkünfte zwischen Akademie, Staat und Staatspartei SED mußten auf höchster Ebene – zwischen den *führenden Wissenschaftlern* und der SED-Spitze – ausgehandelt werden. Autonome Entscheidungen der Akademie blieben so möglich.
- Zwischen 1957 und 1968 setzte sich ein *Kollegialsystem* durch. Die Akademie wurde von *Vorständen* geleitet. In den neu gegründeten und von der Gelehrtenengesellschaft unabhängigen Institutsgemeinschaften, der *Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Akademie* (1957) und der *Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen der Akademie* (1964) hießen sie direkt so. In der Gelehrtenengesellschaft selbst übernahmen verschiedene Varianten von Präsidien (normale, geschäftsführende, erweiterte) diese Aufgabe. Der Einfluß der SED stieg durch sichere Mehrheiten in diesen Vorständen bzw. Präsidien beträchtlich; 1958 wurde erstmals mit Werner Hartke ein SED-Mitglied Präsident der Akademie. Absprachen zwischen diesen Gremien der Akademie, Staat und Partei wurden nun auf der Ebene *führender Genossen-Wissenschaftler* und einiger weniger zuverlässiger *Nicht-Genossen-Wissenschaftler* einerseits und den *Apparaten* für Wissenschaft und Wirtschaft des ZK der SED andererseits getroffen. Gleichzeitig erfolgte zur Unterstützung und Kontrolle der Prozesse eine deutliche Institutionalisierung der SED an der Akademie – bis hin zu einer eigenständigen SED-Kreisorganisation der Partei. Autonome Entscheidungen waren immer seltener möglich, da das Dialogprinzip mehr und mehr durch Anweisungen ersetzt wurde.

<sup>108</sup> Müller/Florath, *Entlassung*; Hoffmann, „Havemann“.

<sup>109</sup> So auch Stange, *Genese*, S. 237. Zuletzt zum Themenkomplex: Buthmann, *Hochtechnologien und Staatssicherheit*.

<sup>110</sup> Vgl. ausführlich zu den Leitungsstrukturen Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 134ff. Scheler stellt die Zustände allerdings lediglich so dar, wie sie nach der jeweils gültigen Satzung sein sollten. Die Praxis war jedoch eine andere, wenn man den tatsächlichen Einfluß der SED in der Akademie berücksichtigt.



- Von 1969 bis 1989 herrschte offiziell ein *Präsidialsystem* nach dem Prinzip der *Einzelleitung*. Alle Entscheidungsgewalt lag formal beim Akademiepräsidenten, der, wie in der Satzung ausdrücklich formuliert, die Akademie „auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei und der Rechtsvorschriften“ der DDR zu leiten hatte.<sup>111</sup> In praxi – und nach der Satzung von 1984 auch offiziell<sup>112</sup> – war dies allerdings eher ein *zentrales Kollegialsystem* für einen in verschiedene Forschungsbereiche gegliederten Forschungsverbund, der sich auch eine marginalisierte Gelehrten-gesellschaft leistete und sich deshalb *Forschungsakademie* nannte. Der SED gelang es, daß schließlich alle drei Säulen der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gelehrten-gesellschaft, Forschungseinrichtungen und SED-Parteiorganisation nur noch auf dem Papier getrennt existierten und gesteuert wurden. Im *Fusionsorgan* Präsidium waren 1989 alle 23 Mitglieder auch Mitglieder der SED; von Parteiinteressen unabhängige Entscheidungen gab es nicht mehr.

### III. Die Stellung der Akademie im Wissenschaftsgefüge der DDR

#### 1. Die Akademie als *höchste wissenschaftliche Institution* und ihre Konkurrenten

Die Satzung von 1946 bezeichnete die Akademie als „höchste wissenschaftliche Institution“. Vier Hauptaufgaben wurden in diesem Zusammenhang formuliert: Sie diene der Pflege der Wissenschaft und ihrer Mehrung auf dem Wege der freien Forschung, sie förderte die Verbreitung neuer Fragen und Ergebnisse der Forschung, sie pflegte den wissenschaftlichen Austausch zwischen den Nationen. „Zur Verwirklichung dieser Ziele plant, übernimmt und leitet die Akademie wissenschaftliche Arbeiten.“<sup>113</sup> Auch die Satzung von 1954 übernahm die Formulierung „höchste wissenschaftliche Institution“ und die daraus abgeleitete Aufgabenstellung. Hinzu kam die Forderung nach wissenschaftlicher Beratung durch Denkschriften und Gutachten.<sup>114</sup> In welchem Rahmen die Akademie die *höchste wissenschaftliche Institution* sein sollte, ließen beide Satzungen offen, was wohl auf die zunächst gesamtdeutschen Ambitionen zurückzuführen war. In der Satzung von 1963 war der Passus über die *höchste wissenschaftliche Institution* verschwunden. Die Akademie verpflichtete sich nun bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur engen Zusammenarbeit „mit Vertretern der Praxis und mit den zuständigen staatlichen Organen der Deutschen Demokratischen Republik“. Sie war für die „Planung vor allem grundlegender, in der Deutschen Demokratischen Republik zu fördernder Forschung“ zuständig. Hinzu kam die ausdrückliche Betonung einer Verantwortung für die Fortbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Sie erhielt abweichend von der deutschen Akademietradition das Recht zur Verleihung akademischer Grade. Sie verpflichtete sich zugleich zur deutsch-deutschen Zusammenarbeit,

<sup>111</sup> Satzung vom 20. Mai 1969, § 8.

<sup>112</sup> Die Satzung vom 4. Juli 1984, § 26, betonte die Einzelleitung bei kollektiver Beratung.

<sup>113</sup> Satzung vom 31. Oktober 1946, § 1.

<sup>114</sup> Satzung vom 17. Juni 1954, §§ 1–3.

um „damit die Lösung der nationalen Frage zu fördern“.<sup>115</sup> Die unter der Losung *Akademiereform* ab 1968 durchgesetzten Veränderungen sollten die Weichen endgültig stellen. Das Plenum beschloß am 25. Juli 1968 eine Grundkonzeption für die Akademie, in der es hieß: „Die DAW arbeitet auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der DDR. [...] Der Perspektivplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft bestimmt Ziel und Inhalt der Forschungstätigkeit in der DAW sowie die Profilierung und Konzentration ihres Forschungspotentials auf strukturbestimmende Aufgaben.“<sup>116</sup> Die neue Satzung von 1969 formulierte dann auch klar: Die Akademie ist „eine wissenschaftliche Institution der Deutschen Demokratischen Republik. [...] Als Forschungsakademie konzentriert sie ihr Forschungspotential auf prognostisch abgeleitete, strukturbestimmende Gebiete der Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Sie formt und fördert die Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik, das sie im Rahmen ihrer Aufgaben vertritt.“<sup>117</sup>

Nach dem deutschlandpolitischen Kurswechsel der Partei erfolgte die Umbenennung der Akademie in *Akademie der Wissenschaften der DDR* mit Wirkung vom 7. Oktober 1972.<sup>118</sup>

Wie vollzog sich die Umwandlung von der höchsten wissenschaftlichen Institution zum Ausführungsorgan einer Staatspartei? Was läßt sich auf den Machthunger und Kontrollanspruch der SED zurückführen, und welche Ursachen lagen in der überforderten Institution Akademie selbst begründet? Wie gestalteten sich dabei die Beziehungen der Akademie zu den anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und zur Wirtschaft?

Im Grunde genommen blieb der Anspruch, „höchste wissenschaftliche Institution“ zu sein, von Anfang an eine Fiktion. Zum einen stand die Akademie der universitären Ausbildung fern. Zum anderen konnte und wollte sie auch nach 1945 nicht das gesamte Forschungsspektrum abdecken. Neuen Disziplinen öffnete sie sich nur sehr zögerlich und oft erst nach Druck aus der Politik oder von den betroffenen Wissenschaftlern.<sup>119</sup> Alles andere als reine Grundlagenforschung lehnte sie jedenfalls anfangs ab. Für die „Verwertbarkeit und Anwendung der Ergebnisse der theoretischen Arbeit“ waren ihrer Auffassung nach allein staatliche Stellen zuständig.<sup>120</sup> Hinzu kam das prinzipielle Mißtrauen der neuen

<sup>115</sup> Satzung vom 2. Mai 1963, Präambel, §§ 2, 11, 22, 33. Das Promotionsrecht erhielt sie offiziell 1964, das Recht zur Habilitation 1969. Zur Ausführung *besonderer wissenschaftlicher Arbeiten* konnte das Plenum der Akademie seit 1946 *hervorragende Gelehrte zu Professoren bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin* wählen und von den zuständigen Behörden bestätigen lassen (§ 21 der Satzung von 1946).

<sup>116</sup> Vgl. Grundkonzeption und Struktur der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 544.

<sup>117</sup> Satzung vom 20. Mai 1969, § 1.

<sup>118</sup> Verordnung des Ministerrates der DDR über die Akademie der Wissenschaften der DDR vom 26. September 1972, abgedruckt in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 570f.

<sup>119</sup> So erhielten z. B. die Montanwissenschaften 1957 eine eigene Klasse für Bergbau, Hüttenwesen und Montanologie an der DAW, nachdem ihre Vertreter die Gründung einer eigenen Fachakademie betrieben hatten. Hierzu ausführlich: Walther, „Two to Tango“.

<sup>120</sup> Das sei Aufgabe der *Deutschen Wirtschaftskommission für die Sowjetische Besatzungszone*, betonte der Direktor der Akademie Josef Naas im Sommer 1948. Vgl. AAW Berlin, Akademieleitung, Nr. 606.

Machthaber gegenüber den *bürgerlichen* Gelehrten. Im Parteivorstand der SED hieß es unmißverständlich: „Wir müssen [...] dieses Problem der bürgerlichen Intelligenz so ansehen, daß wir die große Masse der bürgerlichen Intellektuellen neutralisieren sollen, daß wir uns auf einige wenige Gruppen konzentrieren müssen, die wir brauchen können, die wir verdauen können [...] und die zu gewinnen auch wirklich in unseren Kräften steht.“<sup>121</sup> Die überkommene Gelehrtengesellschaft war aus Sicht der politischen Machthaber alsbald ein Auslaufmodell. Doch in welchen Zeiträumen neue *Kader* Einfluß gewinnen würden, blieb für sie schwer einzuschätzen. Aus all diesen Gründen waren von Anfang an nicht nur Spannungen mit den Universitäten und den potentiellen Nutzern von Forschungsergebnissen vorprogrammiert, sondern es entstanden bereits seit Ende der 1940er Jahre eine Reihe anderer forschender Einrichtungen sowie forschungssteuernde Konkurrenzunternehmen.

Bei den Natur- und Technikwissenschaften hieß der Hauptkonkurrent der Akademie *Zentralamt für Forschung und Technik* (ZFT) bei der Staatlichen Plankommission der DDR. Gegründet worden war diese staatliche Einrichtung bereits 1949 als eine Abteilung der *Deutschen Wirtschaftskommission in der SBZ*. Aus letzterer ging nach der Gründung der DDR ein *Ministerium für Planung* hervor, daraus 1951 die Staatliche Plankommission mit dem ZFT. Das Amt und seine Vorgänger sollten eine zentrale Lenkung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung in der Industrie, der Akademie, den Universitäten und den Hochschulen ermöglichen. Seine personelle Besetzung garantierte den unmittelbaren Einfluß der SED. Als Beratungsorgan war ein *Zentralrat für Wissenschaft und Technik* vorgesehen. Schon 1949 sollten in ihn 120 Mitglieder berufen werden, die „besten Wissenschaftler, Ingenieure und Aktivisten der Werktätigen“.<sup>122</sup> Seine Gründung erfolgte schließlich 1951. Zwischen der Akademie und dem ZFT kam es sofort zu Kompetenzstreitigkeiten, die so stark eskalierten, daß die Akademieführung Ende 1951 den Ministerpräsidenten um Schlichtung bat.<sup>123</sup> Grund zur Besorgnis gab es genug, denn bereits Anfang des Jahres waren ohne Konsultation der Akademie zwei neue Fachakademien gegründet worden.<sup>124</sup> Den

<sup>121</sup> SAPMO, ZPA, IV 2/1/40, Bl. 215: Robert Rompe, Protokoll der 7. (21.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 11. und 12. Februar 1948, zit. in: Kowalczyk, „Volkserhebung“, S. 13.

<sup>122</sup> Folgende Ausschüsse beim Zentralrat waren vorgesehen: Bergbau und Metallurgie, Maschinenbau, Elektromaschinenbau und Energie, Chemie, Fernmeldetechnik, Feinwerktechnik und Optik, Leichtindustrie, Bauwesen, Land- und Forstwirtschaft, Nahrung und Genußmittel. Vgl. BA/B, DR 2, 1041.

<sup>123</sup> Vgl. Besprechung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl mit der Akademiespitze und Vertretern des ZFT am 28. November 1951, in: Manfred Heinemann, Quellenzusammenstellung für die Konferenz Hochschul- und Wissenschaftspolitik der SMAD in Gosen 1992, Bl. 201–210, und AAW Berlin, Akademieleitung, Nr. 665: Festlegungen von Grotewohl, abgedruckt in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 492f.

<sup>124</sup> *Deutsche Bauakademie* im Dezember 1950, *Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften* im Januar 1951. Zwar dürfte für die SED-Führung der Blick auf das sowjetische Modell ausschlaggebend gewesen sein, aber bei der Bauakademie folgte man auch preußischen Traditionen. Die 1799 gegründete Bauakademie existierte bis 1945 als Gutachtergremium. In der Sowjetunion gab es Fachakademien für Landwirtschaft, Medizin und Pädagogik.

damit gegebenen Abzug von Forschungspotential hatte sie nur zum Teil verhindern können. Die nun vom ZFT gewünschte Verlagerung von Kompetenzen und Forschungseinrichtungen des naturwissenschaftlich-technischen Bereichs weg von der Akademie mußte ernst genommen werden. Anfang der 1950er Jahre gelang es der Akademie noch, ihre führende Position zu behaupten, zumal sie nach dem Beschluß der II. Parteikonferenz der SED vom Sommer 1952 zum Aufbau des Sozialismus in der DDR auf einer Gesamtsitzung entschied, daß „die Akademie die Beteiligung am Aufbau des Sozialismus fest in die eigenen Hände nehmen und die Aufgaben so wählen soll, daß einige vor der DDR stehende Hauptaufgaben durch die Wissenschaft und insbesondere durch die Akademie erledigt werden“.<sup>125</sup> Obwohl es gerade in der Folgezeit ständig Kritik an der Tätigkeit der Akademie gab und der Ministerrat 1955 deutliche „Empfehlungen zur weiteren Entwicklung und Verbesserung“ ihrer Arbeit aussprach,<sup>126</sup> konnte das ZFT seine Position nicht stärken. Das ZFT war insbesondere wegen des Wirrwarrs und der Bürokratie bei der Wissenschaftsplanung – die die Wissenschaftler nicht liebten und deshalb nach Kräften sabotierten – leicht angreifbar. Dies nutzte die Akademie aus.

Erst als Wissenschaftler aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich der Akademie bessere Chancen für die Förderung ihrer Disziplinen außerhalb der Zuständigkeit der Gelehrtenengesellschaft sahen, veränderte sich die Situation. Wie bereits ausgeführt, entstanden 1957 die *Forschungsgemeinschaft* und der *Forschungsrat*. Letzterer übernahm nicht nur den Status der höchsten wissenschaftlichen Institution für diese Gebiete, sondern schrittweise auch die Zuständigkeit für die Forschungseinrichtungen.<sup>127</sup> Das ZFT wurde unter leicht verändertem Namen zunächst zum nachgeordneten Arbeitsorgan des Forschungsrates. In den ersten Jahren konnten die hochrangigen Wissenschaftler des Forschungsrates, darunter zahlreiche Akademiemitglieder,<sup>128</sup> weitgehend autonom die künftigen Entwicklungslinien der Forschung bestimmen. Das änderte sich aber in dem Maße sehr schnell, wie die Politik die Wissenschaft als Produktivkraft entdeckte und favorisierte. Nun kehrten sich die Verhältnisse endgültig um, es gab „zunehmend Tendenzen zu einer ‚Kommandierung‘ [...] der Forschung und der wissenschaftlich-technischen Arbeit“.<sup>129</sup> Das ehemalige

<sup>125</sup> AAW Berlin, P 1/2: Protokoll der Sitzung des Plenums vom 13. November 1952, S. 78.

<sup>126</sup> Die Empfehlungen vom 18. Mai 1955 sind abgedruckt in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 497–510.

<sup>127</sup> Die medizinische Forschung wurde gemeinsam mit dem 1959 beim Ministerium für Gesundheitswesen geschaffenen *Rat für Planung und Koordinierung der medizinischen Wissenschaft* betreut. Anfang der 1970er Jahre ging die Koordinierung der medizinischen Forschung endgültig an das Ministerium über. Vgl. den Beitrag von Günter Pasternak in diesem Band.

<sup>128</sup> 1957: 23 (von 44 Mitgliedern) laut Gründungsbeschluß des Ministerrates vom 6. Juni 1957 und Liste der Mitglieder des Forschungsrates veröffentlicht in: *Neue Wege*, S. 7 und 60f. und 1972: 44 Akademiemitglieder im Forschungsrat (von 73 Mitgliedern), davon 14 im Vorstand (von 26 Mitgliedern), sieben als Leiter von Gruppen (von 13). Zum Forschungsrat ausführlich auch: Tandler, *Geplante Zukunft* und Eibl, *Thiessen*.

<sup>129</sup> Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 49f.

ZFT wurde 1961 zu einem *Staatssekretariat für Forschung und Technik* aufgewertet, 1967 entstand daraus das *Ministerium für Wissenschaft und Technik* (MWT) der DDR. Die funktionellen Zuständigkeiten wandelten sich grundlegend. Das ursprüngliche Arbeitsorgan des Forschungsrates beanspruchte die Dominanz bei der Forschungssteuerung zunehmend selbst. Der Forschungsrat wurde zum Beratungsgremium des Ministers herabgestuft. 1982 übernahm schließlich der Minister auch den Vorsitz des Forschungsrates.

Diese Entwicklung resultierte aus der Wissenschaftspolitik der SED, die in den 1960er Jahren auf die Ökonomisierung der Wissenschaft zielte. Der Blick auf die Beziehungen zwischen der Akademie und der Wirtschaft der DDR ist damit unerlässlich. Das Ziel, das umfangreiche naturwissenschaftlich-technische Forschungspotential der Akademie mit der Wirtschaft zu verknüpfen, stand im Mittelpunkt der Reorganisationen im Inneren und im Umfeld der Akademie seit den 1950er Jahren. Dieses generell schwierige Problem wurde immer mehr zum neuralgischen Punkt jeder Bewertung der Tätigkeit der Akademie.<sup>130</sup> Es ließ sich nicht oder nur sehr unbefriedigend lösen, denn die „Innovationsprobleme der Industrie wurden in erster Linie durch das Wirtschaftssystem selbst verursacht, das den Betrieben zu wenig Entscheidungsspielraum beließ und zu wenig Kapazitäten für Investitionen bereitstellte“. Die Strategien, mit denen die Politik die Innovationsprobleme lösen wollte, setzten aber nie an diesem eigentlichen Schwachpunkt an, sondern beinhalteten Versuche einer besseren Anpassung der Forschung (als Innovationsquelle) an die Wirtschaft. Für die Akademie hatte dies fatale Folgen, denn „die Grundlage dieser Fehlleistungen des politischen Systems war die unvollständige Ausdifferenzierung von Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik, bei der letztere den politisch prioritären wirtschaftlichen Interessen nachgeordnet wurde“.<sup>131</sup> Das führte nicht nur zu den oben beschriebenen Veränderungen der Stellung der Akademie im Wissenschaftsgefüge der DDR, sondern auch zu einem beträchtlichen Strukturwandel in ihrem Innern. Da die Akademie immer wieder den Mangel an Kooperationspartnern beklagte, muß das beträchtliche Forschungs- und Entwicklungspotential der Wirtschaft, das bis Ende der 1980er Jahre auf fast 100.000 Personen angewachsen war und damit etwa 70 Prozent des gesamten Forschungspotentials auf den Gebieten Natur-, Ingenieur- und Agrarwissenschaften der DDR umfaßte,<sup>132</sup> wohl zu einem ganz erheblichen Teil mit Arbeiten minderer Qualifikationsanforderungen beschäftigt gewesen sein. Mangels entsprechender Partner übernahm die Akademie seit den 1960er Jahren zunehmend industriespezifische Forschung selbst – und zwar von der anwendungsorientierten Grundlagenforschung bis zur Entwicklung von Produkten und Technologien; in einigen Fällen auch bis hin zur Produktion in kleinen Stückzahlen. Das geschah entweder direkt in technologisch orientierten Arbeitsgruppen von Instituten und später in speziellen Technika; 1989 existierten immerhin 37 dieser Technika oder wurden noch aufgebaut.<sup>133</sup> Oder es erfolgte auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen mit der

<sup>130</sup> Vgl. hierzu die Beiträge von Renate Mayntz und Peter Nötzoldt in diesem Band.

<sup>131</sup> Gläser/Meske, *Anwendungsorientierung*, S. 135.

<sup>132</sup> Zu diesen Zahlen vgl. Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 255.

<sup>133</sup> Eine Übersicht der Technika gibt Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 229.

Industrie, die entweder selbst abgeschlossen wurden oder Bestandteil von Vorgaben des MWT sein konnten. Ende der 1980er Jahre waren über fünfzig Prozent des naturwissenschaftlich-technischen Forschungspotentials der Akademie durch Vereinbarungen mit der Wirtschaft gebunden; jedoch sehr unterschiedlich in den einzelnen Instituten, so zu 80 Prozent im Institut für chemische Technologie und nur zu 10 Prozent im Zentralinstitut für Genetik und Kulturpflanzenforschung.<sup>134</sup>

Diese Entwicklung hat ganz erheblich zu jenem nach 1989 immer wieder kritisch konstatierten Aufblähen der Akademie beigetragen. In welcher Größenordnung eher wissenschaftsferne Aufgaben das Forschungspotential der DDR belasteten, läßt der grobe Vergleich mit der Bundesrepublik erahnen. In den in staatlich finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Natur-, Technik-, Agrar- und Medizinwissenschaften der DDR waren 1989 insgesamt etwa 32.500 Personen beschäftigt (davon mehr als 18.000 in den entsprechenden Akademieinstituten), während es in vergleichbaren Institutionen der viermal bevölkerungsreicheren Bundesrepublik nur etwa 47.000 waren.<sup>135</sup> Der Vergleich hinkt allerdings, denn er bezieht das umfangreiche Forschungspotential der privaten Wirtschaft in der Bundesrepublik nicht mit ein, zu dem es in der DDR kein wirkliches Pendant gab. Doch es wird klar, daß der vom späteren Präsidenten Hermann Klare bereits 1967 geprägte Begriff vom *Forschungskombinat* Berechtigung hatte (obwohl ein solcher mehr innere Abstimmung zwischen den Teilen unterstellt, als in der AdW je stattfand).

Welche Aufgaben verblieben unter diesen Bedingungen für die Steuerung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung bei der ursprünglich *höchsten wissenschaftlichen Institution Akademie*? Die Gelehrtengesellschaft verlor, wie bereits erwähnt, jeden direkten Einfluß auf das bei der Akademie entstehende Forschungspotential. Allerdings sollten die neu errichteten Sektionen der Akademie im Auftrag des Forschungsrates weiterhin die gesamte Grundlagenforschung in der DDR koordinieren. Doch die Sektionen gerieten bald in ein Kompetenzgerangel mit dem Forschungsrat, zumal sich bereits die Abgrenzung von Grundlagenforschung als schwierig erwies. Schließlich ging 1967 auch diese Aufgabe an den Forschungsrat und damit das MWT über. Vier Jahre später wurde die Regelung aber wieder rückgängig gemacht – allerdings nur teilweise, weil nun die Akademie und das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen arbeitsteilig für die Grundlagenforschung der DDR verantwortlich waren.<sup>136</sup> Im Verwaltungsapparat der Akademie entstand eine von einem Vizepräsidenten geleitete große Abteilung für Forschungsplanung, doch muß man diese wohl eher als eine Außenstelle des MWT unter dem Dach einer renommierten Wissenschaftsinstitution sehen.

<sup>134</sup> Angaben aus: Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 307 und 319; dort auch die Tabelle zur Industriebindung der Institute.

<sup>135</sup> Nach Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 254. Er macht folgende Angaben: DDR: AdW = 18.285, Bauakademie = 3.334, Landwirtschaftsakademie = 8.782, andere = 2.085; BRD: Großforschungseinrichtungen = 20.461, MPG = 7.620, Fraunhofer-Gesellschaft = 3.192, Staatsinstitute = 11.606; andere = 3.388.

<sup>136</sup> Vgl. den Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band.

Auch im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften bekam die Akademie bereits seit Beginn der 1950er Jahre mächtige Konkurrenten, da die SED selbst ein quantitativ beachtliches Forschungspotential in einigen *Kernbereichen* der Gesellschaftswissenschaften aufgebaut hatte. Dieser *parteiinterne Wissenschaftsbereich* war weit größer, als es für den parteipolitischen Bedarf erforderlich gewesen wäre. Es war so dimensioniert, „daß es ausreichte, um die gesellschaftswissenschaftliche Forschung in der DDR in den politik- und ideologie-relevanten Bereichen thematisch zu steuern“.<sup>137</sup> Als die zentrale Forschungs- und Ausbildungsinstitution der Staatspartei fungierte die *Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED*. Im Dezember 1951 als *Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK* gegründet und als solches bereits 1953 mit dem Promotions- und Habilitationsrecht ausgestattet, 1976 in Akademie umbenannt, verfügte sie in den 1980er Jahre über acht Forschungsinstitute mit ca. 1.000 Mitarbeitern.<sup>138</sup> Daneben existierten, jeweils mit dem Zusatz *beim ZK der SED*, bereits seit 1949 das *Institut für Marxismus-Leninismus*<sup>139</sup>, seit 1965 das *Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung*<sup>140</sup> und von 1964 bis 1968 das *Institut für Meinungsforschung*<sup>141</sup>. Berücksichtigt man noch die stärker ausbildungsorientierten SED-Institute (z. B. die Parteihochschule „Karl Marx“), so umfaßten diese Einrichtungen Ende der 1980er Jahre zusammen etwa 40 Prozent des personellen Forschungspotentials auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften der DDR. Bei der Akademie hingegen waren nur 17 bis 18 Prozent angesiedelt; der Rest gehörte zum größten Teil zu den Universitäten und Hochschulen.<sup>142</sup> Die Akademie war also in den Geistes- und Sozialwissenschaften nur ein Akteur unter anderen, und dabei sicherlich nicht der mächtigste.

*Höchste wissenschaftliche Institution* konnte die Akademie also von vornherein bestenfalls für ihr eigenes Forschungspotential und für das an den Universitäten sein, letzteres auch nur über ihre Sektionen, z. B. für Gebiete wie die Völkerkunde, die deutsche Volkskunde oder die Altertumswissenschaften. Anders als im naturwissenschaftlich-technischen Bereich wurde diese Position von den Gelehrten der Akademie hier zäh verteidigt. Es gab keinerlei Bestrebungen, das Dach der Akademie zu verlassen. Im Gegenteil: Neugründungen wurden ausdrücklich an der Akademie plazierte, um von deren Renommee profitieren zu können: jedenfalls aus der Sicht der Wissenschaftler, teilweise auch der Politiker. So entstand z. B. 1956 das *Institut für Geschichte* an der Akademie. Dieses Institut ging aus den Forschungsstäben des Museums für Deutsche Geschichte, einem parteinahen Projekt, hervor.<sup>143</sup>

Allerdings verzichtete die SED-Führung und ihr Parteiapparat auch bei den Akademieinstituten nie auf den eigenen Führungsanspruch – Ausnahmen bildeten lediglich Gebiete

<sup>137</sup> Laitko, „Wissenschaftspolitik“, S. 419f.

<sup>138</sup> Vgl. *Akademie für Gesellschaftswissenschaften*.

<sup>139</sup> Vgl. *Vierzig Jahre Institut für Marxismus-Leninismus*.

<sup>140</sup> Vgl. Pirker, *Plan als Befehl und Fiktion*, S. 255ff., sowie Fischer/Zschaler, „Wirtschafts- und Sozialgeschichte“, S. 361ff.

<sup>141</sup> Vgl. Niemann, *Meinungsforschung*.

<sup>142</sup> Zahlenangaben aus: Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 253.

<sup>143</sup> Vgl. dazu Sabrow, *Diktat des Konsenses*.

wie die klassischen Altertumswissenschaften oder einige traditionelle Akademievorhaben. Selbst prominente SED-Genossen unter den Akademiemitgliedern, wie der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski oder der Linguist und Ethnograph Wolfgang Steinitz, die zunächst glaubten, daß sich die politischen Führer von ihnen wenigstens auf ihren Fachgebieten führen lassen würden, mußten früh erkennen, daß sie sich irrten. Anfang der 1960er Jahre machte die SED-Führung unmißverständlich klar, daß die „Hauptorientierung“ bei den Geistes- und Sozialwissenschaften künftig von der Partei kommen würde. Der Forschungsplanung der Institute mußten „die bestätigten Pläne der Parteiführung“ zugrunde gelegt werden.<sup>144</sup> Um dies durchsetzen zu können, wurden 1964 auch hier den Klassen die Zuständigkeit für die Forschungseinrichtungen entzogen und die bereits erwähnte *Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Einrichtungen der DAW* gegründet, die allerdings wenig Wirkung entfaltete. Ab Oktober 1968 wurden schließlich die vom Politbüro der SED beschlossenen *Zentralen Forschungspläne der Gesellschaftswissenschaften der DDR* zur verbindlichen Arbeitsgrundlage für die Forschung erklärt. Wie bei den Natur- und Technikwissenschaften mußte nun auch hier ein Auftraggeber für die einzelnen Forschungsvorhaben existieren. 1969 fungierten als solche zu 64 Prozent die Institute beim ZK der SED und zu 10 Prozent zentrale staatliche Organe.<sup>145</sup>

Die Akademie verlor also auf dem Gebiet der Forschungsförderung und -koordinierung zumindest teilweise bis zum Ende der 1960er Jahre die von ihr ursprünglich angestrebte Monopolstellung an mehrere Staats- und Parteiinstanzen.

## 2. Das Verhältnis zwischen der Akademie und den Universitäten und Hochschulen<sup>146</sup>

Verbindliche Beziehungen hatte es zwischen der Preußischen Akademie und den Berliner Hochschuleinrichtungen bis 1945 nur in einer Frage gegeben: Die Ordentlichen Mitglieder der Akademie besaßen das verbrieftete Recht, an der Friedrich-Wilhelms-Universität und an der Technischen Hochschule als *Lesende Akademiemitglieder* Vorlesungen zu halten, ein Recht, das die Akademiemitglieder, sofern sie nicht ohnehin Hochschulangehörige waren, auch sporadisch nutzten. Bereits die Satzung von 1946 enthielt diesen Passus jedoch nicht mehr.<sup>147</sup> Akademiemitglieder waren seit diesem Zeitpunkt nur noch dann mit den Hochschulen verbunden, wenn sie dort ohnehin eine Professur innehatten. Das war zunächst die Regel und galt noch 1953 für über 90 Prozent der Ordentlichen Mitglieder. Auch die neuen Forschungseinrichtungen der Akademie wurden zunächst überwiegend

<sup>144</sup> SAPMO ZPA, IV 2/9.04/372: Kurt Hager, Diskussion über den Entwurf des Beschlusses „Die Rolle, die Aufgaben und die weitere Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in der DDR“ am 22. Juni 1962, hier Bl. 395, 398 und 403–404.

<sup>145</sup> Eine Übersicht über die Schwerpunktthemen der Zentralen Forschungspläne bis 1990 gibt Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 193–203, Zahlenangaben S. 306.

<sup>146</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Ralph Jessen in diesem Band.

<sup>147</sup> Vgl. Satzung vom 8. Juni 1939, § 13, in: *Jb. der PAW 1939*, S. 12. Allerdings hielt man damit 1946 alliiertes Besatzungsrecht ein, das einen solchen Automatismus nicht gestattete.



von Universitätsprofessoren in Personalunion geleitet. Dies änderte sich in dem Maße, in dem die Akademieinstitute die einzige Arbeitsstätte ihrer Direktoren wurden. Das traf 1953 für neun Prozent, 1972 für 42 Prozent und 1989 für 64 Prozent der Ordentlichen Mitglieder zu.<sup>148</sup> Universität und Gelehrten-gesellschaft der Akademie entwickelten sich also immer weiter auseinander. Gleichwohl bestand zwischen den Forschungsinstituten der Akademie und den Hochschulen immer auch Kooperation in Lehre und Forschung. In der Regel übernahmen Wissenschaftler der Akademie Lehraufgaben an den Hochschulen und Universitäten, und Studenten konnten für ihre Graduierungsarbeiten in Akademieinstituten forschen. Wie weit diese Kooperation tatsächlich reichte, läßt sich gegenwärtig nicht ausreichend quantifizieren.<sup>149</sup>

Die Forschungseinrichtungen der Akademie boten vor allem den Absolventen der Hochschulen gute Arbeitsmöglichkeiten. Der meist große Andrang erlaubte es den Direktoren von Akademieinstituten, in der Regel unter den besten Kandidaten auswählen zu können. Die politischen Restriktionen für die Auswahl waren an der Akademie meist deutlich geringer als an den Hochschulen, wo neben der Ausbildung auch die *sozialistische Erziehung* der Studenten erfolgen sollte. Dies wiederum bewirkte, daß der SED-Anteil unter den Akademiemitarbeitern nur ungefähr halb so groß war wie an den Hochschulen.<sup>150</sup> Das ermöglichte die in mehreren Beiträgen dieses Bandes ausdrücklich hervorgehobene *Nischenfunktion* der Akademie. Kurzum, die Akademieinstitute boten für Hochschulabsolventen die besten Arbeitsbedingungen in der DDR und waren entsprechend beliebt.

Die besseren Forschungsmöglichkeiten, die reichere Ausstattung und der geringere politische Druck innerhalb der Akademie trübten jedoch das Verhältnis zwischen der Akademie und den Hochschulen zunehmend. Bereits Anfang der 1960er Jahre mußte Akademiepräsident Hartke von einer „erheblichen Eifersucht seitens der Universitätsangehörigen gegenüber den Wissenschaftlern der Akademie“ sprechen. Der „Neid auf die phantastische Ausstattung der DAW-Institute, auf die besseren Tarife, auf die Bevorzugung bei Auslandsreisen“ war in den Hochschulen weit verbreitet. Wer konnte, wechselte zur Akademie; wer

<sup>148</sup> Vgl. den Beitrag von Conrad Grau in diesem Band. Für 1953 wurden nur OM mit einer Anstellung in der DDR und Ost-Berlin berücksichtigt.

<sup>149</sup> Zahlen existieren für die Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Akademie im Jahr 1964: ca. 10 Prozent ihrer Wissenschaftler waren zusätzlich in der Lehre tätig, 178 Studenten forschten für ihre Diplomarbeit in den Instituten. Angaben aus: AAW Berlin, VA 13673: Die wichtigsten wissenschaftlichen Leistungen und die volkswirtschaftliche Wirksamkeit der Forschungsgemeinschaft 1957–1964, S. 3.

<sup>150</sup> Ein Vergleich mit Zahlenangaben von Ralph Jessen für das Hochschulwesen ist nur eingeschränkt möglich, da die Zuordnungsbasis zu unterschiedlich ist. Vergleicht man aber z. B. den gesamten geisteswissenschaftlichen Bereich der Akademie mit Jessens Angaben für „Philosophische Fakultät/WiWi/Jur./Gewi/ML“ und verzichtet auf die an der Akademie nicht existierende Pädagogik, so ergibt sich ein SED-Anteil von 62,5 % (1954 für die Hochschulen) – 30,5 % (1957 für die Akademie) – 38,5 % (1962 für die Akademie) – 76,1 % (1965 für die Hochschulen) – 45,2 % (1967 für die Akademie). Angaben zu den Hochschulen aus: Jessen, „Professoren im Sozialismus“, S. 225–228 und 241f. Angaben zur Akademie: SAPMO ZPA, IV 2/9.04/372, Bl. 159 und IV 2/9.04/380, Bl. 406.

genug Einfluß besaß, versuchte ein Akademieinstitut zu gründen. „Pfründe, die man sich bei der Akademie schaffen muß“, spornten zur Kreativität an und bewirkten Gegenmaßnahmen bei den Hochschulen, die nicht auf der „Lehre sitzen“ bleiben und „damit zur Klippeschule entarten“ wollten. In Leipzig beschloß die naturwissenschaftliche Fakultät, „daß die DAW-Institute keine Diplomanden [mehr] erhalten“ sollten. An der Berliner Charité stand die Drohung im Raum, keine Promotions- und Habilitationsgesuche aus Akademieinstituten mehr anzunehmen – das Promotionsrecht erhielt die Akademie erst später.<sup>151</sup> Die Eskalation dieser Spannungen führte schließlich zu einer vertraglichen Regelung der Beziehungen. Am 13. Juli 1962 kam es erstmals zum Abschluß einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Forschungsgemeinschaft der Akademie und dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen. Sie wurde in der Folgezeit mehrfach konkretisiert und durch Einzelabkommen mit Hochschulen ergänzt.<sup>152</sup> Daß die Spannungen jedoch nie behoben werden konnten, verdeutlicht ihr explosives Ausbrechen in den Wendejahren 1989/90. Sie scheinen aber in den letzten Jahrzehnten der DDR weniger thematisiert worden zu sein, wofür sich folgende Gründe anführen lassen: *Erstens* erzwangen die politisch forcierte Ökonomisierung der Forschung seit den 1960er Jahren und die damit verbundene Durchsetzung der zentralen staatlichen Planung und Leitung eine Kooperation zwischen der Akademie und den Hochschulen. *Zweitens* erledigte sich der Streit um die bessere apparative Ausstattung z. T. so, wie es Akademiepräsident Hartke bereits 1961 befürchtet hatte, nämlich, daß „mit dem rasanten technischen Fortschritt bei uns in beiden Bereichen nicht mehr mitgehalten“ werden konnte.<sup>153</sup> *Drittens* verloren die Hochschulen ihr wichtigstes Druckmittel gegenüber der Akademie, da diese 1964 das Promotionsrecht und 1969 eine Art Habilitationsrecht erhielt.<sup>154</sup> *Viertens* konnte sich seit den 1970er Jahren auch an den Hochschulen wieder verstärkt Forschung etablieren. Dies wurde zwar in den Wendejahren 1989/90 oft anders dargestellt, ist aber heute unumstritten.<sup>155</sup> Vergleichsangaben zu den Beschäftigten in beiden Bereichen sind zwar problematisch, da sie die enormen Unterschiede in der Lehrbelastung nicht berücksichtigen, doch nicht ohne Aussagekraft: 1989 waren im Bereich der Natur- und Technikwissenschaften etwa gleich viele

<sup>151</sup> AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 52: Alfred Büchner, Einige Bemerkungen zum Verhältnis zwischen Universitäts- und Akademieinstituten des naturwissenschaftlichen Bereichs, für den Klassenvorsitzenden am 19. Januar 1961 und AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 27: Werner Hartke, Das Verhältnis der Akademie zu den Hochschulen, streng vertraulich, vom 24. April 1961.

<sup>152</sup> Vertragspartner seitens der Akademie war allerdings nur die Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute. Vgl. Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 284f.

<sup>153</sup> AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 27: Werner Hartke, Das Verhältnis der Akademie zu den Hochschulen, streng vertraulich, vom 24. April 1961, S. 8.

<sup>154</sup> Vgl. Beschlüsse und Mitteilungen der DAW, Jg. 6 (1965), Heft 1, S. 1. Die „Promotion B“ in der DDR war allerdings nicht nur eine semantische Neubildung, sondern auch sachlich etwas anderes als die Habilitation, da sie nur die Forschungsleistung bescheinigte, nicht aber die Lehrbefähigung; die *venia legendi* mußte gesondert erworben werden.

<sup>155</sup> Vgl. ausführlich Kocka/Mayntz, *Wissenschaft und Wiedervereinigung*.

Wissenschaftler in den Instituten der Akademie wie in den Hoch- und Fachschulen tätig, jeweils ca. 7.800. Bei den Geistes- und Sozialwissenschaften verfügten die Hoch- und Fachschulen fast über die doppelte Zahl von Mitarbeitern, nämlich ca. 2.600, im Vergleich zu ca. 1.450 in den Akademieinstituten.<sup>156</sup>

### 3. Die Beziehungen zu anderen Akademien

In der DDR existierten neben der Berliner Akademie noch zwei weitere Akademien mit einer langen Tradition: die bereits 1652 gegründete und damit älteste der deutschen Akademien, die *Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina*, die in Halle/Saale residierte und die 1846 entstandene *Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig*. Nach der Gründung der DDR kamen, teils nach sowjetischem Vorbild, Fachakademien für Bau (1950), für Landwirtschaft (1951) und für Pädagogik (1970) hinzu. Die Bauakademie und die Landwirtschaftsakademie entstanden z. T. unmittelbar aus der Akademie heraus. Zwischen diesen Einrichtungen gab es nicht nur mehr oder weniger konkrete Beziehungen, sondern auch eine politisch gewollte Aufgabenteilung.

Vertragliche Beziehungen oder gar eine verwaltungsmäßige Angliederung zwischen der Leopoldina und der Berliner Akademie gab es nie. Beide Institutionen waren allerdings durch viele gemeinsame Mitglieder verbunden. Nach der offiziellen Wiedereröffnung der Leopoldina zum 300. Jahrestag ihrer Gründung 1952 gehörten z. B. von den vier Präsidenten bis zum Ende der deutschen Teilung drei zugleich auch als Mitglieder und Institutsdirektoren der Berliner Akademie an. Ohne Zweifel ist es ihnen ganz wesentlich zu verdanken, daß die Leopoldina, anders als die Akademie in Berlin, an ihrer Tradition festhalten und den Versuchen einer Umgestaltung in Richtung einer parteiabhängigen Einrichtung widerstehen konnte.<sup>157</sup> Es gab allerdings auch einige weitere objektive Faktoren, die die Leopoldina resistenter machten als die Akademie: *Erstens* funktionierte ihr Schutzschild wesentlich besser. Die Leopoldina war schon immer eine internationale Gelehrtengesellschaft gewesen, deren Einzugsgebiet den gesamten deutschsprachigen Raum umfaßte. Auch während der Zeit der deutschen Teilung kamen von den knapp 1000 Mitgliedern gut 600 aus der Bundesrepublik. Sie beteiligten sich aktiv am Akademieleben (Jahrestagungen) und stellten stets den Vizepräsidenten. Die westdeutschen Mitglieder wären auch bereit gewesen, der Leopoldina notfalls eine Heimstatt am Gründungsort, dem fränkischen Schweinfurt, zu bieten – worauf gelegentlich dezent hingewiesen wurde. *Zweitens* war eine Umgestaltung der Leopoldina für die Politiker der DDR von geringem Interesse. Sie war weder mit der Ausbildung von Studenten betraut, noch verfügte sie über Forschungsinstitute. Sie fungierte in erster Linie als Informationsbörse und schien daher sogar entbehrlich, wie bisweilen erwogene Vorschläge zu ihrer Auflösung zeigten.<sup>158</sup> *Drittens* ließ sich die Leopoldina durchaus ins Wissenschaftskonzept der SED einpassen. Sie konnte in den 1950er Jah-

<sup>156</sup> Zahlenangaben aus Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 252, Tabelle 5.18 und S. 253, Abb. 5.6.

<sup>157</sup> Vgl. den Beitrag von Benno Parthier und Sybille Gerstengarbe in diesem Band sowie Macrakis, „Einheit der Wissenschaft“.

<sup>158</sup> Vgl. Macrakis, „Einheit der Wissenschaft“, S. 152.

ren propagandistisch als Beleg für die Fürsorge der Partei für Wissenschaft und Technik und den Einsatz der DDR für die deutsche Einheit dienen.<sup>159</sup> Nachdem die SED seit den 1960er Jahren zur Zwei-Staaten-Theorie übergegangen war, versuchten Kurt Hager und sein Stab allerdings vergeblich, die Leopoldina als eine internationale wissenschaftliche Gesellschaft mit Sitz in der DDR zu profilieren, also bewußt von dem Typus der Gelehrten-gesellschaft mit Mitgliedern aus vorrangig deutschsprachigen Ländern abzurücken.<sup>160</sup>

Auch die Sächsische Akademie der Wissenschaften, eine Gelehrtenvereinigung, die einige wenige Langzeitprojekte betrieb, paßte eigentlich schlecht in das Konzept einer zentralen Wissenschaftssteuerung. Mehrere Gründe sprachen jedoch für ihren Erhalt. Sie konnte auf mehr als 100 Jahre Tradition verweisen und sich insbesondere auf die Professoren-schaft der Universität Leipzig stützen, die bis in die 1960er Jahre die attraktivste Univer-sität in der DDR blieb. Sie bündelte die intellektuelle Kompetenz der Südbezirke der DDR und diente schließlich als sächsische Traditionslinie neben dem preußischen Berlin. All das festigte die Stellung der Sächsischen Akademie. Zudem war sie, anders als die Leopoldina, Mitglied im Kartell der deutschsprachigen Akademien. Ihre Stimme hatte dort Gewicht, zumal ihr rühriger Präsident, der Altgermanist Theodor Frings (1886–1968), in beiden deutschen Staaten ein hohes Ansehen genoß. Die beiden Akademien in der DDR konnten außerdem leichter einen der beiden für *Deutschland* reservierten Sitze in der internationa-len Vereinigung der Akademien der Wissenschaften beanspruchen: Berlin und Leipzig zählten zusammen mehr gegen Göttingen, München, Heidelberg und Mainz als Berlin allein. So blieb die Sächsische Akademie eine traditionelle Gelehrten-gesellschaft, die einige geisteswissenschaftliche Unternehmungen allein oder gemeinsam mit anderen Akademien betrieb. Verwaltungsmäßig wurde sie jedoch Anfang der 1980er Jahre der Berliner Akade-mie zugeordnet. Ihr Präsident war dort qua Statut einer der vier oder fünf Vizepräsidenten, um die Interessen der Sächsischen Akademie zu vertreten.

Die Fachakademien für Landwirtschaft, Bau und Pädagogik unterstanden den entspre-chenden Fachministerien. Die *Bauakademie* wurde im Dezember 1950 gegründet und er-hielt als Forschungsbasis das 1947 gegründete *Institut für Bauwesen* der Akademie. Diese Trennung verlief problemlos; in Preußen existierten bereits seit 1799 Vorläufer der Bauaka-demie. Außerdem gab es in der Akademie kein für Architektur oder Bauwesen zuständiges Ordentliches Mitglied, dessen Interessen möglicherweise hätten verletzt werden können.

Anders verhielt es sich mit der *Akademie der Landwirtschaftswissenschaften*, die im Ja-nuar 1951 gegründet worden war, obwohl Walter Ulbricht noch im Sommer 1950 der Aka-demie die Gründung eines Instituts für Landwirtschaftswissenschaften zugesagt hatte. Die Akademie protestierte heftig gegen die Neugründung, mußte sich aber mit einem Teil-erfolg begnügen: Ihre erst 1949 gegründete Klasse für landwirtschaftliche Wissenschaften wurde aufgelöst, ihre Mitglieder auf die anderen naturwissenschaftlichen Klassen verteilt. Die beiden bereits existierenden landwirtschaftlichen Forschungsinstitute verblieben je-

<sup>159</sup> Glückwunschsreiben des Ministerpräsidenten zur 300-Jahrfeier der Leopoldina, in: *Neues Deutschland* vom 16. Februar 1952.

<sup>160</sup> Vgl. Macrakis, „Einheit der Wissenschaft“, S. 158ff.

doch bei der Akademie: das *Institut für Kulturpflanzenforschung* in Gatersleben, ein seit 1944 von Hans Stubbe geleitetes ehemaliges Kaiser-Wilhelm-Institut, behielt bis zur Auflösung der DDR-Akademie den Status eines Akademieinstituts, während das *Institut zur Steigerung der Pflanzenerträge* in Paulinenaue 1957 nach dem Tod seines Direktors Eilhard Mitscherlich der Landwirtschaftsakademie übergeben wurde.

Die seit den 1950er Jahren mehrfach thematisierte Gründung zweier weiterer Fachakademien für Montanwissenschaften und für Medizin konnte die Akademie erfolgreich verhindern.<sup>161</sup>

Ohne Zutun der Akademie entstand schließlich 1970 die *Akademie der Pädagogischen Wissenschaften*.

Während die Bauakademie eine preußische Tradition aufnahm, entsprach die Gründung der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften wohl am deutlichsten dem sowjetischen Vorbild, der *Allunions-Akademie für Landwirtschaftswissenschaften „W. I. Lenin“*. Dagegen stand der Verzicht auf die mehrmals angekündigte Gründung einer Akademie für medizinische Wissenschaften nach sowjetischem Vorbild; seit 1934 existierte in Moskau eine derartige Akademie mit Forschungsabteilungen.

Mit allen drei bestehenden Fachakademien war die Akademie durch gemeinsame Mitglieder verknüpft. Kooperationsvereinbarungen zur Forschung existierten nur mit der Landwirtschafts- und der Bauakademie. Welches Potential die drei Fachakademien im Vergleich zur Akademie bündelten, verdeutlicht die Anzahl der Beschäftigten in den Forschungseinrichtungen. Ende der 1980er Jahre verfügte die Bauakademie über 3554 Mitarbeiter (ca. 18 Prozent des Potentials der Akademie), die Landwirtschaftsakademie über 9126 Mitarbeiter (46 Prozent) und die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften über 279 Mitarbeiter (1,4 Prozent).<sup>162</sup>

#### IV. Die Akademie im System der deutsch-deutschen Spannungen und Kooperation

Für die Akademie war dieses Spannungsfeld in dreierlei Hinsicht von Bedeutung. *Erstens* verstand sie sich bis 1969 als eine gesamtdeutsche Institution, weil bis dahin Gelehrte aus ganz Deutschland in ihr Ordentliche Mitglieder sein konnten. *Zweitens* wurde die traditionelle Zusammenarbeit der deutschsprachigen Wissenschaftsakademien in Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München und Wien, dann auch Mainz und Düsseldorf, fortgeführt und vor allem in den 1950er Jahren intensiviert; es gab gemeinsame Forschungsvorhaben und die deutschen Akademien vertraten auch gemeinsam *Deutschland* in den internationalen Gremien. *Drittens* bediente die Berliner Akademie in der DDR auch jenes Spektrum von Aufgaben, das in der Bundesrepublik in die Zuständigkeit der *Max-Planck-Gesellschaft*

<sup>161</sup> Vgl. zu den Montanwissenschaften: Walther, „Two to Tango“, und zur Medizin den Beitrag von Günter Pasternak in diesem Band.

<sup>162</sup> Zahlenangaben aus: Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 252 und 254.

(MPG) und der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) fiel, was gelegentlich zu Konflikten führte, aber auch Zusammenarbeit möglich machte.

### 1. Die gesamtdeutsche Akademie

Als *gesamtdeutsch* galt die Akademie, weil sich die Wohnsitze ihrer Ordentlichen Mitglieder nach 1945 in allen vier Besatzungszonen Deutschlands und in den vier Sektoren Berlins befanden. Hinzu kam, daß einige ihrer traditionellen wissenschaftlichen Unternehmungen auch in einem gesamtdeutschen Rahmen fortgeführt wurden. Beides hatte nicht etwa konzeptionelle Gründe, sondern war das Ergebnis von Migrationsströmen. Schon bis Kriegsende 1945 hatten etwa Dreiviertel der 69 Ordentlichen Mitglieder Berlin den Rücken gekehrt; lediglich neun kamen zurück. In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten verließen mindestens 33 weitere Ordentliche Mitglieder den Osten Deutschlands. Im gleichen Zeitraum wurden aber nur fünf Wissenschaftler aus dem Westen zugewählt.<sup>163</sup> Trotzdem blieb der Anteil der Ordentlichen Mitglieder aus der Bundesrepublik und West-Berlin recht beträchtlich: 1951 lebte etwa die Hälfte aller Ordentlichen Mitglieder dort und 1968 immerhin noch etwa 15 Prozent. Auch wenn *in praxi* sich nur wenige dieser Mitglieder am Akademieleben beteiligten – also an Sitzungen teilnahmen oder in Forschungsvorhaben mitwirkten – war der gesamtdeutsche Status für das Renommee und den Schutz der Akademie sowie für den Zugang zur *scientific community* außerhalb der DDR von großer Bedeutung. Für die Politik hatte er allerdings nur solange eine Berechtigung, wie er ins deutschlandpolitische Konzept der sowjetischen Besatzungsmacht und dann der SED paßte. Vor allem die Besatzungsmacht versuchte die entstandene Konstellation zu nutzen, um die *gesamtdeutsche Akademie* in den ersten Nachkriegsjahren zu einer *Deutschen Nationalakademie* auszubauen. Die Reaktion der Akademiemitglieder war zwiespältig. Einerseits wurden solche Ansprüche offiziell dementiert. Andererseits war der Berliner Akademie schon immer die Rolle des *primus inter pares* von den deutschen Akademien zugestanden worden, und spätestens 1929 hatte sie auch ihre Ausdehnung auf das gesamte Reich anvisiert. Trotz aller Dementis aus Berlin befürchteten die anderen Akademien der Wissenschaften und wohl auch die KWG zu Recht, daß die in Berlin wirkenden Akademiemitglieder nicht nur aus edler Verantwortung handelten. Sie beabsichtigten vielmehr auch, die Gunst der Stunde zu nutzen, um die Position der Akademie zu stärken, indem sie ganz offiziell Anspruch auf die Funktion zweier bisher auf der Ebene des Reiches tätigen Institutionen erhoben – der Notgemeinschaft und der KWG. Das Scheitern des Vorhabens *Nationalakademie* wurde oben ausführlich behandelt.

Mit den Resten ihrer gesamtdeutschen Verankerung blieb die Akademie nicht nur für die Wissenschaftler, sondern auch für die Politik nützlich, sogar noch nach dem Mauerbau 1961. Zum Beispiel traf das Ansinnen von Akademiepräsident Hartke im Herbst 1961, die Akademie zur *Nationalakademie der DDR* umzugestalten und nur deren Bürger zur Mitarbeit zuzulassen, auf Ulbrichts Widerspruch. Gerade jetzt schien es ihm wichtig, daß die

<sup>163</sup> Vgl. S. 385, Anm. 51 sowie die Angaben in den einzelnen *Jahrbüchern* der Akademie.

Akademie weiterhin eine gewisse Offenheit in Richtung Westen signalisierte. Erst das Statut von 1969 bestimmte, daß zu Ordentlichen und Korrespondierenden Mitgliedern „nur Staatsbürger der DDR“ gewählt werden konnten.<sup>164</sup> In peinlicher Analogie zum Statut von 1939, das erstmals die stimmberechtigte ordentliche Mitgliedschaft auf „Reichsbürger“ beschränkte,<sup>165</sup> war damit die Möglichkeit geschaffen, die bis dato 30 westdeutschen und West-Berliner Ordentlichen Mitglieder zu Auswärtigen Mitgliedern ohne Stimmrecht zu erklären und die Idee einer *gesamtdeutschen* Akademie endgültig *ad acta* zu legen.<sup>166</sup>

## 2. Die Beziehungen zum Kartell der deutschsprachigen Akademien der Wissenschaften<sup>167</sup>

Wegen der Berliner Ambitionen in Richtung *Nationalakademie* und des damit gekoppelten Ausbaus war das Verhältnis zu den Akademien in Göttingen, Heidelberg und München in den ersten Nachkriegsjahren äußerst gespannt, zumal diese permanent von finanziellen Sorgen geplagt wurden. Daran konnten auch die ab Herbst 1946 wieder stattfindenden Besprechungen der Akademiepräsidenten wenig ändern. Zudem blieb der einsetzende Kalte Krieg nicht ohne Wirkung. 1950 eskalierten die Spannungen. Anlässlich ihres 250jährigen Jubiläums beabsichtigte die Berliner Akademie, ihre neue – durchaus auch mit Zugeständnissen an die Politik erworbene – Leistungsfähigkeit zu präsentieren. Die *West-Akademien* hielten den Preis der politischen Zugeständnisse für zu hoch. Sie machten ihr Kommen davon abhängig, daß wenigstens bei möglichen „politischen Kundgebungen nicht auch im Namen der anwesenden Vertreter der westdeutschen Akademien gesprochen wird“. Die mit der Berliner Akademieführung daraufhin getroffenen Absprachen schienen immerhin so tragfähig, daß die drei West-Akademien die Forderung der Bundesregierung, nicht nach Ost-Berlin zu reisen, noch drei Wochen vor dem Jubiläum ganz entschieden ablehnten. Erschienen ist gleichwohl niemand.<sup>168</sup> Offensichtlich hielten sich die Akademien nun doch

<sup>164</sup> Verordnung über das Statut der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 20. Mai 1969, § 16, in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 185.

<sup>165</sup> Satzung vom 8. Juni 1939, § 5, „*Ordentliche Mitglieder* können angesehene Gelehrte werden, die Reichsbürger sind, oder die innerhalb des Reiches wohnen und die Voraussetzungen für den Erwerb des Reichsbürgerrechts nach deutschem Recht erfüllen.“ Reichsbürger konnten zugleich nur *arische* Staatsbürger sein. Vgl. Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 146.

<sup>166</sup> Vgl. die Beiträge von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther in diesem Band.

<sup>167</sup> Im Kartell arbeiteten folgende Akademien zusammen: Preußische (ab 1946 Deutsche) Akademie der Wissenschaften zu Berlin (gegründet 1700), Akademie der Wissenschaften zu Göttingen (1751), Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig (1846), Bayerische Akademie der Wissenschaften, München (1759), Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien (1847), Heidelberger Akademie der Wissenschaften (1909), Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz (1949), Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Düsseldorf (1970). Nach 1945 wurde zunehmend der Begriff *Konferenz der Akademien* verwendet.

<sup>168</sup> Vgl. Nötzoldt, *Steinitz und die Akademie*, S. 52–55, Zitat aus: AAW Heidelberg, Nr. 611/6: Wolfgang Kunkel, Präsident der Heidelberger AdW, an Kurt Latte, Präsident der Göttinger AdW, vom 23. Februar 1950.

an einen Beschluß der *Westdeutschen Rektorenkonferenz*, das Jubiläum zu boykottieren.<sup>169</sup> Dagegen kamen Vertreter aus der Sowjetunion, den Volksdemokratien und aus dem neutralen Ausland, so auch eine umfangreiche Akademiedelegation aus Wien; aus Westeuropa reisten lediglich einzelne Wissenschaftler an, die, wie der britische Physiker John Desmond Bernal, oft den jeweiligen nationalen kommunistischen Parteien nahe standen.

Schon im Vorfeld der Feierlichkeiten waren einige Mitglieder, die im Westen wohnten, medienwirksam aus der Akademie ausgetreten. Drei Ordinarien der Freien Universität Berlin (FU) gaben wenige Tage vor dem Jubiläum ihren Austritt aus der Akademie öffentlich bekannt, darunter Friedrich Meinecke, Akademiemitglied seit 1914 und 1948/49 Gründungsrektor der FU. Dieser öffentlich stark beachtete Austritt zog weitere Austritte nach sich; darunter den von Benedetto Croce, Korrespondierendes Mitglied seit 1926, und James Franck, Korrespondierendes Mitglied seit 1929 (mit Unterbrechung 1942–1946 wegen Ausschlusses aus „rassischen Gründen“). Die Austretenden beriefen sich u. a. auf ein Telegramm des Akademiepräsidenten Johannes Stroux zu Stalins Geburtstag im Dezember 1949: Stroux hatte über die *Sowjetische Kontrollkommission* in Berlin einen Text nach Moskau übermitteln lassen, der sich der damals im sowjetischen und kommunistischen Einflußbereich üblichen lobpreisenden Rhetorik bediente. Bis 1952 hatten auch alle an der Technischen Universität Berlin (TU) lehrenden Akademiemitglieder ihre Mitgliedschaft in der Akademie niedergelegt, mit einer Ausnahme: der Chemiker Heinrich Franck blieb Akademiemitglied, wechselte aber von der West-Berliner TU an die Humboldt-Universität in Ost-Berlin.

Über die beabsichtigte politische Wirkung hinaus zeigen diese Vorgänge zweierlei: zum einen, daß der Gedanke einer deutschen Nationalakademie im Grunde *ad acta* gelegt werden mußte und zum anderen, daß die Austritte der „angesehenen Gelehrten [...] die Position derjenigen, die noch an der alten Tradition festhalten wollen“, nachhaltig schwächten, wie es der in West-Berlin wohnende Fritz Hartung formulierte.<sup>170</sup>

Zwar kühlten die Beziehungen zum westdeutschen Wissenschaftsbetrieb ab, sie wurden aber nicht unterbrochen. Zum einen bemühten sich alle Akademien, die wissenschaftlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten: „Eine Reihe wichtiger wissenschaftlicher Unternehmungen werden von den deutschen Akademien gemeinsam betrieben und würden angesichts der unzulänglichen Finanzierung der westlichen Akademien zum Erliegen kommen, wenn nicht die Ostakademien mit ihren reicheren Mitteln sie unterstützen würden.“<sup>171</sup> Zum anderen versuchte die Sächsische Akademie bereits ein Jahr später, alle Akademien wieder an einen Tisch zu bringen.<sup>172</sup> Alle Akademien waren bestrebt, Konflikte zu vermeiden oder zu umgehen: So boykottierte Berlin das Göttinger Akademie-Jubiläum

<sup>169</sup> Vgl. AAW Mainz, 1/06/200: Fritz Neubert an Helmuth Scheel vom 4. April 1950.

<sup>170</sup> SBB, NL Hartung, 37, 1: Fritz Hartung an Ludwig Dehio, 14. Juli 1950.

<sup>171</sup> AAW Göttingen, Akademien (Berlin, Leipzig, Wien) bis 1967: Heinrich Mitteis an den Minister für gesamtdeutsche Fragen vom 28. März 1952.

<sup>172</sup> Vgl. AAW Göttingen, Akademien (Berlin, Leipzig, Wien) bis 1967: Theodor Frings an Werner Heisenberg vom 18. Juni 1951 und Heinrich Mitteis an Werner Heisenberg am 14. Juni 1951.



1951 nicht. Göttingen ließ den West-Berliner Finanzsenator nach Anfrage wissen: „Rechtsnachfolgerin der Preußischen Akademie der Wissenschaften ist zweifellos die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin“.<sup>173</sup> München und Göttingen bescheinigten Berlin gegenüber dem Bundesminister für innerdeutsche Fragen, daß die „wissenschaftlichen Publikationen [...] bisher einwandfrei“ seien.<sup>174</sup> 1955 hatten die drei Präsidenten von Heidelberg, München und Göttingen bereits beschlossen, die *Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Akademien* auf Berlin und Leipzig auszudehnen. Dieser erste Schritt zur Wiederherstellung des von 1893 bis 1945 bestehenden Akademiekartells wurde zwar nicht getan, weil Göttingen sich in letzter Minute noch gegen eine Aufnahme aussprach, aber im Mai 1956 kam es dann doch nach langer Pause wieder zu einer „informellen Arbeitsbesprechung der Präsidenten der deutschen Akademien der Wissenschaften“ in Wien, das sich ein Jahr nach dem Abzug der vier Alliierten und der Neutralisierung Österreichs als Tagungsort geradezu anbot. Gastgeber für das Zusammentreffen der fünf Präsidenten – vier von ihnen gleichzeitig Ordentliche Mitglieder der Berliner Akademie – war die Österreichische Akademie der Wissenschaften, die als ehemaliges Kartellmitglied „mit beratender Stimme [...] beigezogen“ und deren Präsident um die Leitung der Zusammenkunft ersucht wurde.<sup>175</sup> Die 1949 gegründete Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz erhielt jedoch keine Einladung. Göttingen, München und Heidelberg machten die Aufnahme der Mainzer Akademie in die *Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Akademien* nicht nur davon abhängig, daß diese „jeden Anspruch einer Nachfolgerschaft Berlins“ aufgab, sondern sie forderten sogar: „Die Zustimmung von Berlin und Leipzig muß vor der Aufnahme feststehen“.<sup>176</sup> Berlin und Leipzig wiederum verweigerten diese Zustimmung nicht.<sup>177</sup>

Die Akademiepräsidenten trafen sich nun bis 1961 regelmäßig und meist mehrmals pro Jahr an den jeweiligen Sitzorten der Akademien – ab 1958 unter Beteiligung der Mainzer Akademie. Dabei wurde über die gemeinsamen wissenschaftlichen Vorhaben, über die gemeinsame Vertretung in der für die Geisteswissenschaften zuständigen *Union Académique Internationale* (UAI) und auch prinzipiell über die Stellung der Akademien im Wissenschaftsgefüge beraten.

<sup>173</sup> AAW Göttingen, Akademien (Berlin, Leipzig, Wien) bis 1967: Theodor Frings an Werner Heisenberg vom 2. März 1951.

<sup>174</sup> AAW Göttingen, Akademien (Berlin, Leipzig, Wien) bis 1967: Kurt Latte bzw. Heinrich Mitteis an den Minister für gesamtdeutsche Fragen vom 9. April bzw. 28. März 1952.

<sup>175</sup> Vgl. AAW Göttingen, Akademien (Berlin, Leipzig, Wien) bis 1967: Protokoll der Sitzung am 16. Mai 1956.

<sup>176</sup> Vgl. AAW München, Bestand westdeutsche Akademien 1946–1960, 04/0-20, Mainz: Fünf Bedingungen zur Aufnahme der Mainzer Akademie, Joseph Klein (Göttingen) an Friedrich Baethgen (München) am 24. Juni 1956 sowie Antwort Eduard Justis (Mainz) an Friedrich Baethgen am 2. Mai 1957.

<sup>177</sup> Theodor Frings (Leipzig) bestätigte dies auch für die Berliner Akademie am 17. März 1959. Vgl. AAW Göttingen, Akademien (Mainz) bis 1967: Theodor Frings an Joseph Klein (Göttingen) vom 17. März 1959.

Die *Tauwetterperiode* dauerte allerdings nicht lange. Die ostdeutsche Politik favorisierte schon bald eine deutsche Zweistaatlichkeit und zementierte die deutsche Teilung durch den Bau der Mauer 1961. Die zwei deutschen Staaten sollten auch zwei eigenständige Wissenschaftssysteme besitzen – die bis dahin gebremste Spaltung der deutschen Wissenschaft war die Folge. Die westdeutsche Politik setzte dem forciert ihren Anspruch auf gemeinsame *gesamtdeutsche Vertretungen* in internationalen Organisationen entgegen, was *in praxi* nicht selten Alleinvertretung bedeutete.<sup>178</sup> Wollten ostdeutsche Wissenschaftler in westliche Länder reisen, mußten sie einerseits ihre Loyalität gegenüber der DDR bekunden, indem sie die Reisedokumente als *Staatsbürger der DDR* beantragten. Andererseits erhielten sie vom *Allied Travel Office* in West-Berlin nur dann ein Visum, wenn sie als *Presumed Germans* zu reisen bereit waren und eben nicht auf eine Anerkennung als DDR-Bürger beharrten. Je nach Interessenlage ließen sich diese Restriktionen von beiden Seiten beliebig unnachgiebig anwenden. Mit anderen Worten: Selbst wenn die Behörden der DDR der West-Reise eines Wissenschaftlers oder Künstlers zugestimmt hatten, bedurfte es noch der Zustimmung des *Allied Travel Office*, offiziell einer Agentur der *Komendatura*, faktisch eine Einrichtung der drei Westalliierten mit Vetorecht Bonns, das in den ersten Jahren nach dem Mauerbau offensichtlich ausgiebig genutzt wurde. So wurde Frings die Reise nach Belgien verweigert, wo er zwei Ehrenpromotionen entgegennehmen sollte, und eine von amerikanischen Universitäten und Forschungsinstituten finanzierte und arrangierte Reise Stubbes kam nie zustande.<sup>179</sup> Andererseits gab es hier auch andere Lösungen: ein Gastspiel der *Komischen Oper* in Paris, sicherlich als Visitenkarte für die Kulturpolitik der DDR publikumswirksamer als jede Wissenschaftlerreise, konnte problemlos stattfinden. Ob Bonn keinen Einspruch erhob, oder Paris ein Bonner Veto zu ignorieren vorzog, ließ sich bislang nicht klären.

Für die Beziehungen zwischen den deutschen Akademien blieben die Veränderungen in der politischen Großwetterlage nicht ohne Folgen. Als 1959 München im Namen aller Akademien Heidelberg zum 50jährigen Jubiläum gratulieren wollte, beharrte Berlin auf einer selbständigen Grußadresse. Aus der SED-Zentrale war die Order gekommen, „es gibt zwei deutsche Staaten, [folgerichtig müßten] Österreich und wir selbständig auftreten“. Selbständigkeit tolerierte die baden-württembergische Staatsregierung allerdings nicht und lud die DDR-Vertreter prompt nicht zum Empfang ein. Ein Jahr später bemühte sich die Berliner Akademie für ihren dominanten naturwissenschaftlichen Bereich um die Aufnahme in den *International Council of Scientific Unions* (ICSU). Daraufhin bat der Präsident der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) den Präsidenten der ICSU, die Aufnahme einer „selbständigen Vertretung aus der sogenannten DDR“ abzulehnen und „der Akademie und der Deutschen Forschungsgemeinschaft aufzutragen, eine gemeinsame

<sup>178</sup> Vgl. AAW München, Bestand Arbeitsgemeinschaft, 04/0-20: Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zur Frage „Die internationalen nichtstaatlichen Organisationen und die SBZ“, 21. Januar 1961.

<sup>179</sup> NAS Archives, Washington, DC: Frings, Personalakte DAW; Stubbe: Korrespondenz National Academy of Sciences, Washington – Royal Society, London, 1963.

<sup>180</sup> Vgl. zu beiden Beispielen: Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 335f.

Vertretung zu bilden“. Dies geschah nicht; das Büro des ICSU stimmte dem Berliner Aufnahmeantrag zu.<sup>180</sup> Das Auswärtige Amt und die DFG berieten nach dieser Entscheidung über das künftige Vorgehen: Anfang 1961 forderte der Präsident der DFG auch die Akademien auf, ihm sofort zu berichten, wenn „Vertreter der ‚DDR‘ die Initiative zu einer eigenen unabhängigen Vertretung in internationalen Gesellschaften ergreifen“.<sup>181</sup> Ende 1961 griff der Berliner Akademiepräsident die Bundesrepublik im offiziellen Mitarbeiterblatt der Akademie scharf an, worauf der Münchner Präsident wegen dieser „Beschimpfungen“ Berlin und Leipzig nicht zu der für Dezember geplanten Präsidentenbesprechung einlud. Der Göttinger Präsident sprach nun von der *sogenannten Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, der Mainzer von der *früheren Preußischen Akademie*.<sup>182</sup> Im Mai 1962 trafen sich alle Akademiepräsidenten erneut in Wien. Es wurde die letzte offizielle Zusammenkunft: Die aufgebrochenen Gräben ließen sich nicht mehr zuschütten, und die Wiener gaben ihre „bisherige vermittelnde Rolle“ auf. Bei den gemeinsamen wissenschaftlichen Unternehmungen hingegen kam es zwar zu erheblichen Einschränkungen, die meisten wurden aber doch weitergeführt.<sup>183</sup>

Im Verlauf der 1960er Jahre verfolgte die SED immer stärker eine Politik der konsequenten Eigenstaatlichkeit der DDR und damit einer strikten Abgrenzung von der BRD. Am 5. April 1967 beschloß die SED-Führung „Richtlinien für die Gestaltung der Arbeit im Bereich der Wissenschaft und Kultur der DDR nach Westdeutschland sowie nach Westberlin“. Danach war es „nicht zulässig, daß wissenschaftliche Einrichtungen der DDR Forschungsvorhaben mit westdeutschen Einrichtungen abstimmen“.<sup>184</sup> Einen Tag später verkündete der Berliner Akademiepräsident Hartke vor der Hauptversammlung seiner Akademie: „Von einer deutschen, gesamtdeutschen Wissenschaft oder der Einheit der deutschen Wissenschaft zu reden, schafft und verstärkt illusionäre Vorstellungen, die nur vom Gegner, der solche Begriffe mit raffinierter Methode in Gebrauch bringt, ausgenutzt werden. Durch solche Schlagworte sollen unsere Wissenschaftler davon abgehalten werden, ihre Arbeit zum Nutzen der DDR zu verrichten. Sie sollen gehindert werden, sich eigene internationale Vertretungen zu schaffen, es soll möglichst das Bewußtsein geschaffen werden, daß die DDR ein Provisorium sei.“ Die weitere Zusammenarbeit mit westdeut-

<sup>181</sup> Vgl. AAW München, Bestand Arbeitsgemeinschaft, 04/0-20: Brief des Vorsitzenden der Deutschen Forschungsgemeinschaft an den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Akademien, Peter Rassow, vom 27. März 1961.

<sup>182</sup> Vgl. AAW München, Bestand westdeutsche Akademien 1961–1965, 04/0-20: Protokoll der Präsidentenbesprechung am 2. Dezember 1961, Brief von Otto Glemser (Göttingen) an die anderen westdeutschen Akademiepräsidenten vom 8. März 1962 und Brief von Joseph Vogt (Mainz) an Friedrich Baethgen (München) vom 30. April 1962.

<sup>183</sup> Siehe Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 338ff.

<sup>184</sup> SAPMO, ZPA, J IV 2/3A/1439: Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 5. April 1967.

<sup>185</sup> Werner Hartke, Rede auf der Hauptversammlung der Akademie am 6. April 1967, in: *Jb. der DAW* 1967, S. 117ff.

schen Wissenschaftlern wurde von geregelten zwischenstaatlichen Beziehungen und vom effektiven Nutzen für „unsere Wissenschaft und für die DDR“ abhängig gemacht.<sup>185</sup>

Durch den Abschluß des *Grundlagenvertrages* zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1972 und der internationalen Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit durch die Aufnahme beider Staaten als gleichberechtigte Mitglieder in die *Organisation der Vereinten Nationen* (UNO) ein Jahr später ergaben sich wieder günstigere Bedingungen für eine Zusammenarbeit. Sie sollten nun aber über zwischenstaatliche Abkommen geregelt werden. Für die Verhandlungen setzte die SED-Führung jedoch sofort klare Grenzen: „Allen Versuchen, innerdeutsche Sonderbeziehungen auf den Gebieten von Wissenschaft und Technik zu konstruieren, ist entschieden entgegenzutreten. [...] Eine Wiederbelebung gesamtdeutscher Unternehmungen, wissenschaftlicher Gesellschaften, Fachzeitschriften oder anderer Projekte auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet ist auszuschließen.“<sup>186</sup> Das betraf große Teile der Akademie direkt, u. a. bei den Zeitschriften, ließ aber immerhin die Hoffnung zu, daß die nie ganz abgebrochene Zusammenarbeit bei einigen geisteswissenschaftlichen Unternehmungen fortgeführt werden könne. Insgesamt waren die Hoffnungen auf eine bessere Zusammenarbeit jedoch recht trügerisch. Zum einen zogen sich die Verhandlungen über den Abschluß entsprechender Abkommen lange hin – fast vierzehn Jahre bis zum Kulturabkommen vom 6. Mai 1986 und fast fünfzehn Jahre bis zum Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vom 8. September 1987. Vorherige Versuche einer direkten Zusammenarbeit duldeten die SED-Führung nicht.<sup>187</sup> Zum anderen definierten restriktive staatliche Verordnungen seit den 1970er Jahren noch stärker, wer an der wissenschaftlichen Zusammenarbeit teilhaben konnte und wer nicht, indem sie die Wissenschaftler in *Reisekader* und *Nichtreisekader* unterteilten. Zusätzlich zu politischen Beschränkungen wirkten wirtschaftliche Probleme. Wie der chronische Devisenmangel der DDR die Situation verschärfte, läßt sich daran ersehen, daß 1971 der jährliche Devisenfonds der Akademie halbiert wurde, und er 1989 immer noch niedriger war als 1971, obwohl sich gleichzeitig die Zahl der Wissenschaftler mehr als verdoppelt hatte.<sup>188</sup>

### 3. Die Kontakte zur Max-Planck-Gesellschaft und zur Deutschen Forschungsgemeinschaft

Wegen der sich deutlich außerhalb der deutschen Akademietradition vollziehenden Entwicklung der Berliner Akademie zu einer dominant naturwissenschaftlich-technische Forschung betreibenden Großinstitution, können nicht nur die Verbindungen zwischen den deutschen Wissenschaftsakademien betrachtet werden, es muß auch nach den Beziehun-

<sup>186</sup> SAPMO, ZPA, J IV 2/2A/1730: Verhandlungen zum Abschluß eines Abkommens auf den Gebieten von Wissenschaft und Technik mit der BRD, Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 20. November 1973.

<sup>187</sup> Eine Dokumentation solcher Vorgänge aus ostdeutscher Sicht, ebenso eine Auflistung der die Akademie betreffenden Punkte des Wissenschaftsabkommens und der Kontakte mit Einrichtungen der Bundesrepublik, findet sich in: Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 349–356.

<sup>188</sup> Zahlenangaben nach: Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 247 und 346.

gen zu anderen Säulen des Wissenschaftssystems der Bundesrepublik gefragt werden, zumal sich die Akademie seit ihrer Wiedereröffnung 1946 selbst als legitime Nachfolgeinstitution der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft verstand.<sup>189</sup>

Als 1949 in Köln die *Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft* wiedergegründet wurde, war bereits klar, daß sie ihre Tätigkeit auf die Westzonen beschränken würde. Das blieb auch so, nachdem sie 1951 mit dem Forschungsrat der Bundesrepublik zur DFG fusionierte.<sup>190</sup> In der Ostzone hingegen herrschte schon Anfang 1946 Einigkeit zwischen der Akademieführung und den Politikern, daß künftig die Akademie die Aufgaben der früheren Notgemeinschaft mit übernehmen sollte. Zwar ist die Akademie nie zu einer mit der DFG vergleichbaren Selbstverwaltungsinstitution der Wissenschaft geworden, zweifellos hatte sie aber bei der Verteilung von Forschungsmitteln eine gewichtige Stimme. Innerhalb Deutschlands existierte damit eine klare territoriale Abgrenzung. Die DFG war die „zentrale Instanz für Fragen der Forschungsförderung“ der Bundesrepublik. Dort sah sie sich durchaus in Konkurrenz zu den dortigen Wissenschaftsakademien, und das Verhältnis war bisweilen gespannt.<sup>191</sup> Die Berliner Akademie war keine klassische Akademie, sondern in den Augen der DFG die „eigentliche Forschungsorganisation der DDR“<sup>192</sup>. Zunächst gab es keine prinzipielle Notwendigkeit für eine Zusammenarbeit. Zu Konkurrenten konnte man bestenfalls auf dem internationalen Parkett werden, wenn die DFG eine gesamtdeutsche, und damit schon wegen der Größe der Bundesrepublik von ihr dominierte Außenwissenschaftspolitik, und die DDR-Akademie entsprechend der SED-Politik eine eigenständige Vertretung der ostdeutschen Wissenschaft beanspruchte. Dies wurde bereits ausgeführt. Nach dem Abschluß des Grundlagenvertrages 1972 entfiel dieses Konfliktpotential. Beide sahen sich nun als Partner für eine Zusammenarbeit – sie übernahmen sogar eine Vorreiterrolle in den deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen. Der Präsident der DFG nahm 1975 eine Einladung nach Berlin zum 275jährigen Akademiejuubiläum an. 1984 kam aus der Bundesrepublik der Vorschlag, eine Vereinbarung über die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DFG und der Akademie abzuschließen. Die SED-Führung blockierte dies jedoch bis zum Abschluß des zwischenstaatlichen Wissenschaftsabkommens 1987. Nach einjährigen Verhandlungen wurde schließlich am 22. Dezember 1988 die Zusammenarbeit offiziell besiegelt.<sup>193</sup>

<sup>189</sup> Vgl. den Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band.

<sup>190</sup> Am 11. Januar 1949 wurde zunächst die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft in Köln wiedergegründet. Sie fusionierte am 15. August 1951 mit dem am 10. März 1949 als *Konkurrenzzunternahmen* gegründeten Forschungsrat der Bundesrepublik zur Deutschen Forschungsgemeinschaft.

<sup>191</sup> Vgl. Zierold, *Forschungsförderung*, S. 490ff.

<sup>192</sup> Brenner, „Organisation und Aufbau der Akademien der Wissenschaften“, S. 21, und Zierold, *Forschungsförderung*, S. 492.

<sup>193</sup> Vgl. AAW Berlin, VA 15312: Abkommen AdW – Deutsche Forschungsgemeinschaft der BRD vom 22. Dezember 1988 sowie aus ostdeutscher Perspektive die Darstellung von Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 349ff.

In ganz ähnlichen Etappen entwickelten sich die Beziehungen zum Nachfolger der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der *Max-Planck-Gesellschaft* (MPG). Sie waren belastet, nicht nur weil sich die in Berlin anwesenden Akademiemitglieder nach Kriegsende nicht für den Fortbestand der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eingesetzt hatten, sondern auch aus grundsätzlichen politischen Gründen. Anlässlich der Ereignisse um das Akademiejubiläum 1950 forcierte die MPG die gerade geknüpften Beziehungen zu Berlin ein. Der Präsident der Gesellschaft, Otto Hahn, selbst Ordentliches Mitglied der Berliner Akademie, ließ diese wissen: „Aus dem Programm ist zu entnehmen, daß die Feier nicht ganz ohne politische Einflußnahme erfolgen wird. Da nun die Max-Planck-Gesellschaft sich prinzipiell von jeder politischen Betätigung oder Beeinflussung fernhalten muß, sieht sie sich nicht in der Lage, den ursprünglich als ihren Vertreter in Aussicht genommenen Professor Dr. Max von Laue zu den Feierlichkeiten nach Berlin zu entsenden.“<sup>194</sup> Bis zum nächsten Akademiejubiläum blieben die Beziehungen nun eher inoffiziell. Selbst an den Max-Planck-Feiern anlässlich des 100. Geburtstages des bedeutenden Akademiemitgliedes und Namensgebers der MPG im April 1958 in Berlin beteiligte sich die Gesellschaft nicht offiziell, obwohl die gesamte Führung erschien.<sup>195</sup>

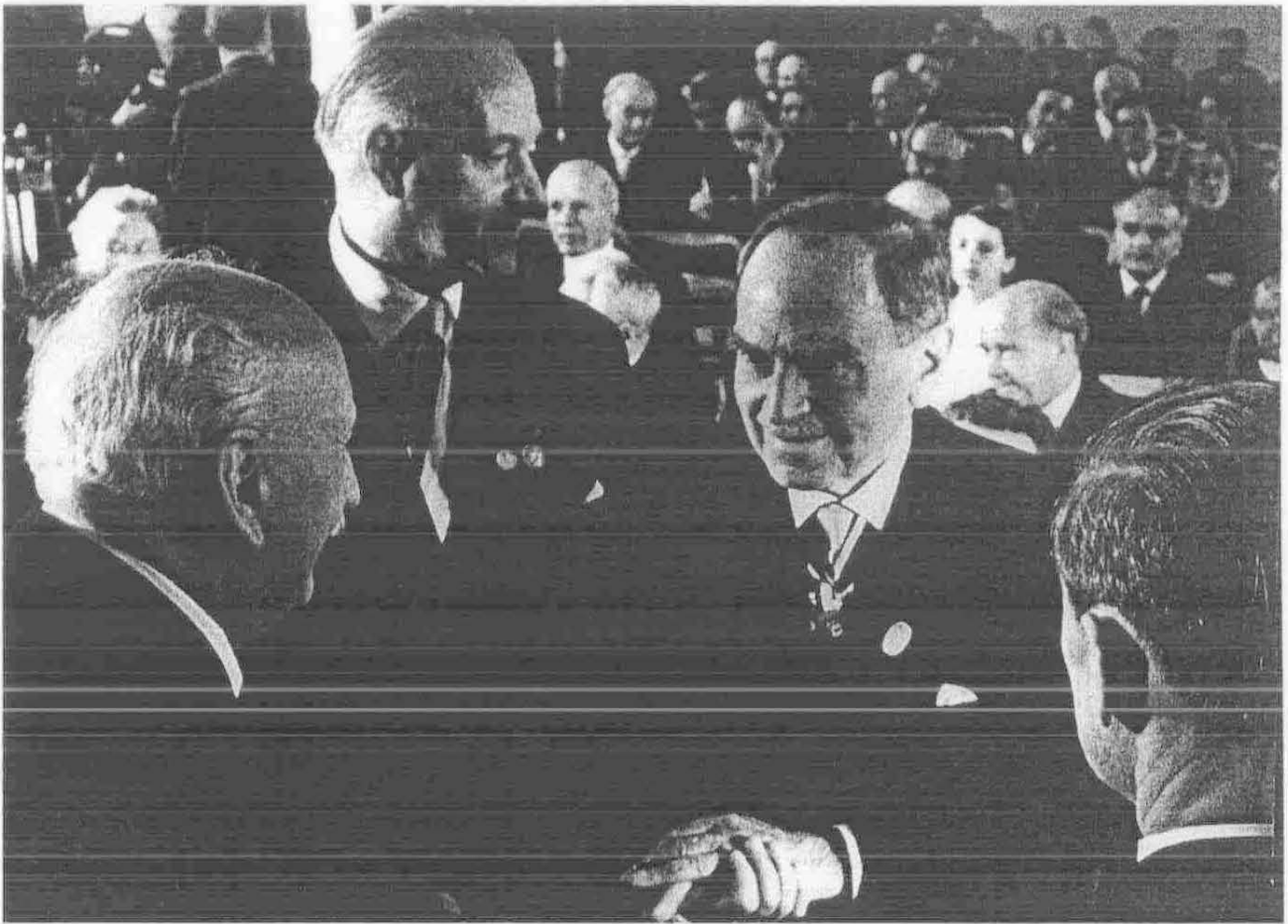
Erst im Januar 1973 – der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik war gerade zwei Wochen unterzeichnet – gab es Zeichen von Kommunikationsbereitschaft. Der Präsident der MPG dankte für die Mitteilung, daß sich die Akademie in *Akademie der Wissenschaften der DDR* umbenannt hatte, wünschte wissenschaftliche Erfolge und verband dies mit der Hoffnung, daß „sich hierbei die Beziehungen auch zu den in den Max-Planck-Instituten tätigen Wissenschaftlern fruchtbar entwickeln“.<sup>196</sup> Was sich heute ganz selbstverständlich anhört, war damals immerhin eine Mitteilung an die DDR-Regierung wert.<sup>197</sup> Das Ende der *Eiszeit* wurde auch öffentlich sichtbar, als schließlich der Präsident der MPG 1975 zum 275jährigen Akademiejubiläum nach Berlin kam. Zwar war die Akademie ganz ohne Zweifel nun weit mehr politisiert als 1950, aber seit dem Grundlagenvertrag hatten sich auch die politischen Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Zu einer nun von beiden Wissenschaftsinstitutionen gewünschten raschen offiziellen Vereinbarung über eine fruchtbare Zusammenarbeit kam es trotzdem nicht. Auch hier bestand die SED-Führung auf dem vorherigen Abschluß des zwischenstaatlichen Wissenschaftsabkommens. Verhandlungen zwischen der Akademie und der MPG wurden erst im Oktober 1989 aufgenommen und waren durch die dann eintretende Entwicklung schon bald gegenstandslos.

<sup>194</sup> MPGGA, III./50/2344, Bl. 7–8: Otto Hahn, Brief vom 29. Juni 1950.

<sup>195</sup> Siehe hierzu Hoffmann, „Wider der geistigen Trennung“.

<sup>196</sup> AAW Berlin, VA 11434: Schreiben von Reimar Lüst vom 5. Januar 1972.

<sup>197</sup> Vgl. AAW Berlin, VA 11434: Hermann Klare, Mitteilung an den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vom 24. Mai 1973.



*Max-Planck-Feier 1958 der DAW  
v. l. n. r.: Abram F. Joffe, Hans Frühauf, Otto Hahn*



*Tagung der Physikalischen Gesellschaft der DDR im Anschluß an die  
Berliner Max-Planck-Feierlichkeiten, 26.–30. April 1958 in Leipzig;  
v. l. n. r.: Abram F. Joffe und Max von Laue*

## V. Die internationalen Beziehungen der Akademie

Die internationalen Wissenschaftsbeziehungen, für die sich traditionell die Akademien in Deutschland zuständig gefühlt hatten,<sup>198</sup> waren durch die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands und den Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt worden und ihre Erneuerung nach dem Krieg deshalb mit vielen Ressentiments und Problemen behaftet. Hinzu kam die unterschiedliche Interessenlage der vier Siegermächte und zunehmend die damit zusammenhängende Konkurrenz der beiden deutschen Teilstaaten. Die Berliner Akademie versuchte, an ihrer traditionellen Verantwortung auch nach 1945 festzuhalten. Zu den in der Satzung genannten Zielen gehörte, „den wissenschaftlichen Austausch zwischen den Nationen“ zu pflegen.<sup>199</sup> Das geschah auf verschiedenen Ebenen.

### 1. Die ausländischen Mitglieder

Ausländische Gelehrte konnten nach den Bestimmungen der Satzung von 1946 *Korrespondierende Mitglieder* der Akademie werden; ein Status, den die Satzung auch für deutsche Wissenschaftler neben der dort möglichen ordentlichen Mitgliedschaft vorsah. Ab 1969 wurden sie *Auswärtige Mitglieder* und zwar gemeinsam mit allen Ordentlichen und Korrespondierenden Mitgliedern aus der Bundesrepublik, die nun ebenfalls als „Ausländer“ galten. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es bis zum Akademiejubiläum 1950 nur drei Zuwahlen von nicht in Deutschland lebenden Wissenschaftlern.<sup>200</sup> Bemerkenswert in doppelter Hinsicht war dabei, daß 1949 die Österreicherin Lise Meitner, die 1938 wegen ihrer jüdischen Herkunft Berlin verlassen mußte und nach Stockholm emigrierte, auf Vorschlag Max von Laues zum Korrespondierenden Mitglied gewählt wurde. Das konnte als ein Zeichen von Wiedergutmachung verstanden werden und war gleichzeitig ein Novum, weil erstmals in der nahezu 250jährigen Geschichte eine Wissenschaftlerin Akademiemitglied wurde.<sup>201</sup> Fünf Jahre nach Kriegsende sollte anlässlich des Jubiläums dann deutlicher die internationale Bereitschaft zur Mitarbeit in der Akademie getestet werden. Es wurden 28 Wissenschaftler aus zwölf Ländern zu Korrespondierenden Mitgliedern gewählt, wobei der Ostblock, im Gegensatz zu Wahlen in späteren Jahren, lediglich mit drei sowjetischen und einem polnischen Gelehrten Berücksichtigung fand. Von ihnen nahmen 26 die Wahl an, darunter aus Großbritannien die beiden Nobelpreisträger für Physik Patrick Blackett und William Lawrence Bragg und aus Frankreich die beiden Nobelpreisträger für Chemie Irène und Frédéric Joliot-Curie.<sup>202</sup> Zwei Wissenschaftler aus den USA lehnten ab: Richard von Mises und Joh(an)n von Neumann, beide 1933 aus Berlin emigriert. Neumann

<sup>198</sup> Vgl. Grau, „Akademie und Wiederanknüpfung“.

<sup>199</sup> Satzung vom 26. November 1946, § 1.

<sup>200</sup> Insgesamt wurden bis zum Jubiläum 21 Korrespondenten zugewählt, davon drei aus der Ostzone, 15 aus den Westzonen und eben drei im Ausland lebende Wissenschaftler.

<sup>201</sup> Die drei Frauen, die vorher der Akademie angehörten, waren keine Wissenschaftler: Katharina II. (EM 1767, AM 1768), Herzogin Juliane Giovane (AM 1794) und Marie Elisabeth Wentzel (EM 1900).

<sup>202</sup> Namentliche Auflistung aller Korrespondierenden Mitglieder in: *Jb. der DAW 1950–1951*, S. 59–61.





*Max-Planck-Feier am 22. April 1958 in der Deutschen Staatsoper, Berlin; sitzend: Walter Friedrich und Lise Meitner, dahinter stehend: Wolfgang und Inge Steinitz*

lehnte mit der Begründung ab, daß „meine Annahme dieser Auszeichnung ein politischer Akt wäre“.<sup>203</sup>

Die folgende Übersicht zeigt, wie sich durch die Auswahl der ausländischen Mitglieder die Gelehrten-gesellschaft als Ort der Repräsentation veränderte; über ihre Wirksamkeit in der Akademie lassen sich hingegen keine generellen Aussagen machen. Anzumerken ist, daß in dieser Tabelle die Mitglieder aus der Bundesrepublik, die nach 1969 als Auswärtige Mitglieder der Akademie galten, nicht aufgeführt sind. Es handelte sich 1970 insgesamt um 30 Ordentliche und 15 Korrespondierende Mitglieder.<sup>204</sup> Im Jahrbuch von 1975, das erstmals die Auswärtigen Mitglieder aufführte, sind 33 Wissenschaftler aus der Bundesrepublik benannt, darunter der Biochemiker Adolf Butenandt, der Psychologe Kurt Gottschaldt, der Mathematiker Helmut Hasse, der Physiker Werner Heisenberg, der Chemiker Artur Lüttinghaus, der Mineraloge Paul Ramdohr und der Philologe Bruno Snell. Im Jahrbuch von 1990/91 sind schließlich noch 21 aufgeführt, wovon sechs zwischen 1986 und 1989 zugewählt worden waren, darunter als Neugewählte die Physiker Werner Buckel und Hans-Peter Dürr, die Mathematiker Friedrich Hirzebruch und Günter Hotz, der Biochemiker Gerhard Uhlenbruck und als erster West-Berliner der Ingenieurwissenschaftler Günter Spur.

<sup>203</sup> Vgl. AAW Berlin, Akademieleitung, Personalien, Nr. 334.

## Ausländische Mitglieder der Akademie 1949–1989

	1949	1950	1968	1989
UdSSR	–	3	30	44
Polen	–	1	2	7
ČSR/ČSSR	1	1	7	10
Ungarn	1	1	7	7
weitere sozialistische Länder	2	2	8	11
<i>zusammen</i>		(10 %)	(64 %)	(63 %)
Großbritannien	8	12	4	3
Frankreich	–	3	7	5
Italien	11	11	1	1
Österreich	8	8	5	10
skandinavische Länder	18	23	8	9
weitere europäische Länder	6	12	4	5
USA	5	4	–	6
Japan	–	–	–	5
Mexiko	–	–	1	–
Ägypten	–	–	1	–
Indien	–	–	–	2
<i>zusammen</i>		(90 %)	(36 %)	(37 %)
<b>insgesamt</b>	<b>62</b>	<b>81</b>	<b>85</b>	<b>125</b>

## 2. Verbindungen zu ausländischen Akademien und weiteren Forschungseinrichtungen

Es ist naheliegend, daß die Akademie versuchte, in der Nachkriegszeit gerade mit diesen Institutionen wieder Beziehungen aufzubauen. Auch wird es kaum verwundern, daß dabei von Anfang an die Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Mittelpunkt stand, zumal sie in der dortigen Wissenschaftsorganisation eine herausgehobene und mächtige Position einnahm und der DAW von einigen SED-Politikern geradezu als Vorbild aufgenötigt wurde. In der Tat reisten alle Akademiepräsidenten regelmäßig zu *Studienzwecken* in die Sowjetunion. Mehrfach wurden auch große Wissenschaftlerdelegationen ausgetauscht. Die Zusammenarbeit zwischen den Akademien erwies sich allerdings, zumindest auf der offiziellen Ebene, als äußerst kompliziert. Ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der sowjetischen Akademie kam erst 1958 zustande, nachdem solche Abkommen bereits mit den Akademien in der ČSSR, Polen, China, Ungarn und Bulgarien abgeschlossen worden waren und auch die Zusammenarbeit mit der Österreichischen Akademie gut funktionierte. Noch 1961 mußte der Akademiepräsident Hartke feststellen, daß die sowjetische Akademie nicht an einer echten Zusammenarbeit interessiert sei. Sie würde die Akademie nur dann auf dem internationalen Parkett, etwa bei der Aufnahme in Verbän-

de, unterstützen, wenn ihr selbst dadurch keine Schwierigkeiten in den kapitalistischen Ländern erwüchsen.<sup>205</sup> Auch Physiker beschwerten sich über die „unverständliche Haltung der sowjetischen Akademie“. Während Einladungen zu wissenschaftlichen Tagungen in die DDR „meist nicht einmal einer Antwort gewürdigt werden [und] wir zu Tagungen in der SU überhaupt nicht eingeladen“ werden, reagiere die sowjetische Akademie gegenüber Westdeutschland ganz anders: „Der Uneingeweihte müßte daraus schließen, daß es wohl freundschaftliche Beziehungen zwischen der SU und Westdeutschland gibt nicht aber zwischen der SU und der DDR“, schrieb der Sekretär der Physikalischen Gesellschaft 1961 an den zuständigen Klassensekretar der Akademie, Robert Rompe.<sup>206</sup>

Das Problem der unbefriedigenden Zusammenarbeit galt aber nicht nur für die Sowjetunion, sondern für den gesamten Ostblock. Diese Zustände betrafen nicht nur die rein wissenschaftlichen Kontakte, sondern auch volkswirtschaftliche Projekte. „Unsere Wissenschaftler haben mit Eifer und Hingabe bestimmte wissenschaftlich hochwertige Ergebnisse erzielt. Durch administrative Maßnahmen sind bei uns in der letzten Zeit einige dieser Entwicklungen und Produktionen eingestellt und nach anderen sozialistischen Ländern verlagert worden“, beschwerte sich der Akademiepräsident Hartke im Juli 1961 beim Politbüro der SED. So müsse man z. B. das an der Akademie fehlende und dringend benötigte Atropin, dessen Herstellungsverfahren man selbst entwickelt habe und dann nach Ungarn abgeben mußte, gegen „Westmark“ kaufen, weil Ungarn das Atropin nicht in die DDR, wohl aber nach Westdeutschland liefere: „Die Wissenschaftler sind über solche sich mehrende Erscheinungen und dieses Schicksal ihrer Bemühungen enttäuscht und verbittert.“<sup>207</sup>

Eine schnelle Änderung der Situation war jedoch nicht zu erwarten, denn auch nachdem der Ministerpräsident der DDR den sowjetischen Botschafter auf diese Problematik in den Wissenschaftsbeziehungen zwischen den Akademien aufmerksam gemacht hatte, blieb zunächst alles beim alten. „Die Zusammenarbeit mit der Akademie der UdSSR ist noch keinen Schritt weitergekommen“, meldete der Akademiepräsident dem Ministerpräsidenten im Herbst 1961.<sup>208</sup>

Zumindest quantitativ sind für die folgenden drei Jahrzehnte deutliche Veränderungen festzustellen. Ende der 1980er Jahre dürfte die Zahl bilateral bearbeiteter Themen der Akademien der sozialistischen Länder in der Größenordnung von 500 gelegen haben. Hinzu kamen Abkommen über die multilaterale Zusammenarbeit dieser Akademien auf 27 Ge-

<sup>204</sup> Vgl. AAW Berlin, VA 11343: Werner Hartke, Memorandum zum Verfahren gegenüber früher in der DDR wohnhaft gewesenen Mitgliedern deutscher Nationalität (Sprachzugehörigkeit), Anhang: Liste der Mitglieder mit Wohnsitz BRD und Westberlin.

<sup>205</sup> Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/370, Bl. 83–84: Bericht von Werner Hartke, 1961.

<sup>206</sup> Vgl. AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 52: Alfred Büchner (Sekretär der Physikalischen Gesellschaft in der DDR) an Robert Rompe vom 27. Oktober 1961.

<sup>207</sup> Vgl. AAW Berlin, NL Rompe, Nr. 27: Werner Hartke an das Politbüro der SED vom 11. Juli 1961.

<sup>208</sup> Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/9.04/370, Bl. 125: Vermerk über ein Gespräch zwischen Willi Stoph, Werner Hartke und Hermann Klare am 3. November 1961.

bieten. Außerdem beteiligte sich die Akademie an Forschungsvorhaben im Rahmen von Regierungsabkommen der DDR mit sozialistischen Staaten – etwa 80 Vorhaben im *Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW* und weitere in 34 bilateralen und mehrseitigen Abkommen. Nach der Internationalen Anerkennung der DDR in den 1970er Jahren begann auch eine durch direkte Vereinbarungen geregelte Zusammenarbeit mit Akademien und nationalen Wissenschaftsinstitutionen westlicher Länder (13 Abkommen) und solchen der *Dritten Welt* (fünf Abkommen). Die Akademie war weiterhin in 29 Regierungsabkommen über die kulturelle und über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der DDR mit solchen Ländern involviert. Ende der 1980er Jahre unterhielt die Akademie weltweit mit rund 35 Partnerinstitutionen direkte vertragliche Beziehungen. Darüber hinaus gab es eine Vielzahl indirekter Verknüpfungen.

Welche Ergebnisse die zahlreichen Vereinbarungen und Pläne der Zusammenarbeit mit den Akademien der sozialistischen Länder und die beträchtliche Anzahl von Vereinbarungen mit Einrichtungen weiterer Länder wirklich hervorbrachten, könnten nur Einzelstudien zeigen. Oft dürften die Abkommen nur auf dem Papier gestanden haben. Selbst eine grobe Zusammenfassung verbietet sich angesichts der Tatsache, daß sich allein für die Jahre 1986 bis 1990 über 300 Themen der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auflisten lassen und mindestens 29 Themen, die für die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus skandinavischen Ländern seit den 1980er Jahren vorgesehen waren.<sup>209</sup> Untersuchungen zu einzelnen Instituten, wie sie z. B. von Thomas Stange für das Institut für Hochenergiephysik der Akademie durchgeführt wurden, zeigen, daß es jedenfalls punktuell eine recht erfolgreiche Zusammenarbeit gab; hier vor allem mit dem Vereinigten Institut für Kernforschung in Dubna bei Moskau, dem Centre Européen pour la Recherche Nucléaire (CERN) in Genf und dem Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY) in Hamburg. Sie verdeutlichen aber auch die stark eingeschränkten Reisemöglichkeiten der Akademiewissenschaftler, insbesondere in das westliche Ausland. Hier diente die Reiseerlaubnis „zur Auszeichnung zuverlässiger und folgsamer Wissenschaftler sowie zur Gewinnung und Festigung von Loyalität“ gegenüber Staat, Partei und – oft genug – MfS.<sup>210</sup>

### 3. Mitgliedschaft in internationalen wissenschaftlichen Organisationen

Als internationale wissenschaftliche Dachorganisationen für die Zusammenarbeit der Akademien bzw. der Nationalen Forschungsräte gelten die *Union Académique Internationale* (UAI) für die Geisteswissenschaften und der *International Council of Scientific Unions* (ICSU) für die Naturwissenschaften.<sup>211</sup> Die Berliner Akademie war Mitglied beider Organisationen.

<sup>209</sup> Alle Zahlenangaben zusammengefaßt aus Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 360ff.

<sup>210</sup> Vgl. Stange, *Institut für Hochenergiephysik*.

<sup>211</sup> Zur Geschichte dieser Gremien siehe Grau, „Akademie und Wiederanknüpfung“.

In die UAI entsandten die sechs deutschen Wissenschaftsakademien bis 1966 gemeinsame Vertreter, über die sie sich bei den Präsidentenbesprechungen einigten. Dabei wurde stillschweigend Parität zwischen Ost und West eingehalten.<sup>212</sup> Ab 1966 bestanden die beiden ostdeutschen Akademien auf einer offiziellen Vereinbarung, daß zwei der vier Vertreter aus der DDR sein sollten, daß getrennt abgestimmt werden konnte und man sich nicht gegenseitig vertreten durfte.<sup>213</sup> Zunächst akzeptierten dies die westdeutschen Akademien wohl nur eingeschränkt, denn sie beharrten zumindest für ihre Vertreter auf einem Stimmrecht für Gesamtdeutschland.<sup>214</sup> Inwieweit in der Folgezeit ein Weg für ein geregeltes Mit- oder Nebeneinander gefunden wurde, bedarf weiterer Untersuchungen.

Um eine Aufnahme in den ICSU bemühte sich die Akademie seit 1960. Wie erwähnt, versuchte hier die DFG zunächst gemäß dem Prinzip, daß es nur *eine* Vertretung der deutschen Wissenschaft in den internationalen Organisationen geben solle und eine „selbständige Vertretung aus der sogenannten DDR“ verhindert werden müsse, eine gemeinsame Repräsentanz der Forschungsgemeinschaft und der Akademie durchzusetzen. Das gelang nicht; die DDR-Akademie wurde auf der Generalversammlung des ICSU im September 1961 aufgenommen. Die vorangegangene Auseinandersetzung hatte dies zu einem „Ereignis erster Ordnung“ werden lassen, das zum Sieg für die „Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik“ auf der internationalen Bühne hochstilisiert werden konnte.<sup>215</sup>

Ende der 1980er Jahre gehörte die Akademie schließlich insgesamt mehr als 50 internationalen und fünf europäischen Wissenschaftsorganisationen an. Diese große Zahl erklärt sich in erster Linie daraus, daß seit den 1960er Jahren ein Großteil der wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR mit der Akademie verknüpft war und eigentlich diese auch selbständige Mitglieder in den Internationalen Organisationen hätten sein können.<sup>216</sup> Der Akademie wurde also so etwas wie eine Monopolfunktion bei der Pflege und Kontrolle der Beziehungen zur internationalen Wissenschaft zugewiesen. An der Akademie existierten für 23 Fachgebiete Nationalkomitees der DDR, die über die Durchführung von internationalen Tagungen in der DDR und über die Beteiligung von Wissenschaftlern aus der DDR an internationalen Kongressen usw. zu befinden hatten. Die Mitglieder dieser Komitees kamen zwar nicht nur aus der Akademie, sondern auch aus Universitäten und Hochschulen sowie anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Das Recht zur Berufung lag aber beim Generalsekretär der Akademie.

<sup>212</sup> Das Statut der UAI von 1959 führt unter *Allemagne* auf: 1. Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Akademien, 2. Deutsche Akademie Berlin, 3. Sächsische Akademie Leipzig. Diese konnten zwei Delegationen und einen (ab 1962 zwei) *Délégué(s) adjoint(s)* entsenden.

<sup>213</sup> Vgl. Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 339.

<sup>214</sup> Vgl. AAW München, 04/0-20, Westdeutsche Akademien, Präsidentenbesprechungen, 1966–1975: Protokoll über die Besprechung der Präsidenten der westdeutschen Akademien der Wissenschaften am 2. Dezember 1966 in München.

<sup>215</sup> Günther Rienäcker, Die Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Jahre 1961. Bericht des Generalsekretärs, in: *Jb. der DAW 1961*, S. 46.

<sup>216</sup> Die Organisationen sind aufgelistet in: Scheler, *Akademie der Wissenschaften*, S. 375.

## C. Die West-Berliner Akademie der 1980er Jahre: Neuansatz und Alternative

Die Gründung der *Akademie der Wissenschaften zu Berlin* im Westteil der Stadt 1987 hat eine lange Vorgeschichte. Bereits kurz nach der Teilung der Stadt im Jahre 1948 hatte sich der Magistrat, später der Senat von Berlin (West) mit der Frage befaßt, wie die im Ostsektor gelegene Akademie der Wissenschaften in den Westen verbracht werden könne – sei es physisch, juristisch oder symbolisch.<sup>217</sup>

Unmittelbar nach Kriegsende waren die westlichen Besatzungsmächte an der Fortführung der *Preußischen Akademie der Wissenschaften* offenbar nicht interessiert. Mit sowjetischer Unterstützung wurde sie – als *Deutsche Akademie der Wissenschaften* – im Ostteil der Stadt wiedereröffnet. Nach der Spaltung der Stadt befand sich die Westberliner Verwaltung folglich in der Akademiefrage in keiner starken Position. Doch anlässlich der 250-Jahresfeier der Ost-Berliner Akademie im Sommer 1950 nahm die West-Berliner Stadtverwaltung zum ersten Mal in dieser Frage Stellung: auf ihren Anstoß hin rief das Bundeskanzleramt zum Boykott des Jubiläums durch die westdeutschen wissenschaftlichen Institutionen auf, mit durchschlagendem Erfolg. Außer einer Handvoll Wissenschaftler, die als Einzelpersonen, aber nicht als Repräsentanten ihrer Institutionen nach Ost-Berlin gefahren waren, erschien kein westdeutscher Gast.<sup>218</sup>

Die Akademiefrage hatte für die West-Berliner Behörden jedoch keine wissenschaftspolitische Priorität: der Ausbau der Technischen und der Aufbau der Freien Universität waren wichtiger. Zwar hieß es 1952 in den Sitzungsprotokollen der Philosophischen Fakultät der Freien Universität, daß die Akademieangelegenheit demnächst im West-Berliner Sinn geregelt werden würde und daß die in der Akademie verbliebenen Professoren der FU keinerlei Schritte unternehmen sollten.<sup>219</sup> Neben einigen West-Berliner Akademiemitgliedern, die ihren Arbeitsplatz an der Akademie, der Humboldt-Universität oder an den Staatlichen Museen auf der Museumsinsel in Ost-Berlin hatten, waren einige FU-Professoren 1950 nicht aus der Akademie ausgetreten und nach wie vor, wenn auch nur formell, Akademiemitglieder geblieben.<sup>220</sup> Diese West-Berliner Initiative verlief jedoch im Sande. So kam es, daß die nächste Initiative nicht von West-Berlin, sondern von Mainz ausging.

In Mainz hatte Helmuth Scheel, von 1938/39 bis 1946 Verwaltungsleiter der Berliner Akademie, 1949 die *Akademie der Wissenschaften und Literatur* gegründet. Diese Akademie

<sup>217</sup> Wir folgen hier einer ca. 1980 vom späteren Generalsekretär der AWB angefertigten Zusammenstellung zur Akademiefrage in Berlin: Helmut G. Meier, *Akademie der Wissenschaften – Zur Geschichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. Über Begriff, Aufgaben, Organisation von Wissenschaftsakademien. Über Konzeption, Organisation einer Akademie der Wissenschaften in [West-]Berlin (Kopie im Privatbesitz von Peter Th. Walther).

<sup>218</sup> Zum erfolgreichen Boykott der 250-Jahr-Feier der Akademie vgl. auch oben, S. 425–430; zu den Anfängen nach 1945 vgl. auch den Beitrag von Hubert Laitko in diesem Band.

<sup>219</sup> FU, Universitätsarchiv: Protokolle der Philosophischen Fakultät, Februar 1952.

<sup>220</sup> Vgl. oben, S. 366–383.

war zwar juristisch eine Einrichtung des Landes Rheinland-Pfalz, gerierte sich aber wie eine *Nachfolge-Akademie* der Preußischen Akademie der Wissenschaften und der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste. Scheel war 1938 vom Reichserziehungsminister als Direktor bei der Akademie ernannt, und im folgenden Jahr vom Plenum der Akademie in diesem Amt bestätigt worden. An seiner administrativen Kompetenz bestand keinerlei Zweifel, zudem wurde er 1941 zum Honorarprofessor für Islamwissenschaften an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ernannt. Über seine Mitgliedschaft in der NSDAP kursierten verschiedene Versionen: er selbst vertrat seit 1945 die Auffassung, auf Drängen eines Kollegen Anwärter der NSDAP geworden zu sein, andere behaupteten, er sei Pj. gewesen. Dies traf zu, doch angesichts der damaligen Quellenlage ließ sich seine Behauptung nicht widerlegen. Allerdings schien schon damals die Mitgliedschaft Scheels in der NSDAP wahrscheinlicher, so daß er 1945 zwar formell Mitarbeiter der Akademie bleiben durfte, aber von nahezu allen Aufgaben seines Amtes suspendiert wurde. Da Scheels Kompetenz jedoch unentbehrlich schien und zudem die Akademieleitung die strikten Entnazifizierungsrichtlinien relativ autonom, d. h. großzügig, zu handhaben verstand, wurde Scheel seit dem Januar 1946 Schritt für Schritt rehabilitiert. Dennoch wurde er im Herbst 1946 aus seinem Amt als *Direktor bei der Akademie* verdrängt: Einerseits versuchte die SED nach ihrer dramatischen Niederlage in den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Berlin einen Großteil ihrer Leute aus den Magistratsverwaltungen abzuziehen und außerhalb der Reichweite von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat, also beispielsweise in der Akademie, unterzubringen. Zum anderen hatten sich Akademiepräsident Johannes Stroux und Scheel, bis 1945 durch gemeinsame wissenschaftspolitische Aktivitäten verbunden, offensichtlich überworfen. Jedenfalls wählte im Herbst das Plenum 1946 Josef Naas, der zuvor beim Ausschuß für Wissenschaftsleitung beim Magistrat gearbeitet hatte und Leiter der Kulturabteilung des ZK der SED gewesen war, zum neuen *Direktor bei der Akademie*, ohne Scheel zu entpflichten. Scheel hatte etwa zeitgleich einen Ruf an die *wiedereröffnete* Universität in Mainz angenommen.<sup>221</sup>

Da nach den beiden Währungsreformen die Akademieverwaltung in Ost-Berlin nicht über ausreichend Valuta verfügte, um den in den Westzonen bzw. in der BRD lebenden Mitarbeitern ihr Gehalt zu zahlen, sprang Scheel in den folgenden Jahren in mehreren Fällen ein. So band er bisherige Mitarbeiter der DAW an die Mainzer Akademie und konnte auch einige Berliner Akademieprojekte nach Mainz transferieren. Zu den Gründungsmitgliedern der Mainzer Akademie zählten neben regional verankerten Wissenschaftlern auch etliche 1945/46 als aktive Nationalsozialisten aus der Berliner Akademie ausgeschlossene Gelehrte, aber auch der ehemalige Ordinarius für Physik an der Technischen Hochschule Berlin und Präsident des Telegraphentechnischen Reichsamtes Karl Willy Wagner, der in Berlin Mitglied blieb und in Mainz Mitglied wurde.

<sup>221</sup> Die Universität Mainz war 1797 untergegangen, insofern war die *Wiedereröffnung* 1946 durch die französischen Besatzungsbehörden eine mutige Interpretation der Ereignisse.

1954 ging Scheel einen Schritt weiter: unter Berufung auf alliierte Bestimmungen, die vorschrieben, das Vermögen von Organisationen und Institutionen der NSDAP unter Kuratel zu stellen, beantragte er bei der in West-Berlin ansässigen Stelle für Treuhandvermögen, das Vermögen der PAW einem Treuhänder zu unterstellen. Angesichts der politischen Situation konnte er damit nur den kleinen Teil des DAW-Vermögens meinen, der in West-Berlin und in Westdeutschland lokalisiert gewesen und verblieben war. Denn daß über das Vermögen der PAW bzw. der daraus hervorgegangenen DAW in Ost-Berlin und der DDR nicht verfügt werden konnte, war offensichtlich. Schließlich sah sich die DAW als Rechtsnachfolgerin der PAW, was in Ost-Berlin und der DDR auch nicht angezweifelt wurde. Scheel behauptete also, die PAW habe quasi als NS-Organisation zu gelten, um so zu erreichen, daß der DAW der Zugriff auf das Vermögen der PAW im Westen Deutschlands und Berlins verwehrt werde. Das NS-Argument ist insofern irritierend, da es ja Scheel selbst war, unter dessen administrativer Leitung die Nazifizierung der Akademie betrieben worden war. Zudem beharrte er auf seiner Nicht-Parteimitgliedschaft, obwohl – wie wir unterdessen wissen – der von ihm selbst ausgefüllte Parteifragebogen keinen Zweifel an seinem Eintritt in die NSDAP zuläßt.<sup>222</sup>

Damit geriet nun die West-Berliner Politik in Zugzwang. Offensichtlich war die Akademiefrage in West-Berlin nicht weiter vorangetrieben worden, jedenfalls hatte der Senat kein Konzept parat. Der Volksbildungssenator Joachim Tiburtius bestellte jedoch 1955 einen *Notvertreter* für das in Berlin (West) und in der BRD gelegene Vermögen der PAW. Das bedeutete faktisch, daß die DAW nicht mehr – wie bisher unangefochten üblich – über mehrere bei West-Berliner Banken geführte Konten verfügen konnte. Aus dieser Situation entstand allerdings keine West-Berliner Akademieinitiative. Zwar äußerten westliche Rechtswissenschaftler den Verdacht, die DAW sei nicht die Rechtsnachfolgerin der PAW, doch hielt Scheel ebenso still wie die West-Berliner Verwaltung. Über technische Fragen, wie etwa die Weiterbearbeitung vormals Berliner Akademieprojekte in Mainz, konnten sich Vertreter des Bundes, des Senats von Berlin (West) und Scheel auf zwei gemeinsamen Sitzungen in Bad Godesberg einigen, allerdings ohne sich auf eine gemeinsame Interpretation der juristischen Situation zu verständigen. Scheel beanspruchte weiterhin, als Vertreter der PAW Repräsentant einer – mangels eines handlungsfähigen Reiches – dem Bund unterstehenden *Nationalakademie* zu sein; eine Interpretation, die darauf basierte, daß die PAW seit 1934 dem Reichserziehungsministerium unterstanden hatte und seit 1944 als Titel im Reichshaushalt geführt wurde. Scheels Argumentation traf in Bonn einige Jahre auf Verständnis, ohne daß daraus Taten folgten. Berlin (West) verzichtete zwar nicht ausdrücklich auf den Anspruch, das eigentliche Sitzland der Akademie – die politischen Institutionen der DDR und Ost-Berlins galten ja als illegitim – und in der Nachfolge Preußens zuständig zu sein, die mit der Frage PAW zusammenhängenden Probleme zu regeln. Pragmatisch einigte man sich aber darauf, daß Scheel seine Jahresberichte über die *preußi-*

<sup>222</sup> BA/B, BDC: Parteistatistische Erhebung 1939, Personalbogen Dr. Scheel, Helmuth. Danach ist Scheel der NSDAP am 1. Mai 1937 beigetreten. Seine Mitgliedsnummer lautete 5.377.132.



schen Projekte der Mainzer Akademie sowohl nach Bad Godesberg als auch nach Berlin (West) senden würde, ohne daß damit rechtliche Zuständigkeiten präjudiziert würden. Schließlich war es ganz offensichtlich, daß die DAW sich nicht ohne Grundlage als Nachfolgerin der PAW verstand, nicht nur aufgrund der Kontinuität der Mitglieder, der akademischen Arbeitsvorhaben und des Großteils der übernommenen Bestände, sondern auch aufgrund der Anordnung der SMAD über die Wiedereröffnung der PAW als DAW. Bezeichnend für die politische Situation war allerdings auch, daß die DAW darauf verzichtete, gegen die Einsetzung des *Notvertreters* durch den Senat von Berlin (West) vor West-Berliner Gerichten Klage zu erheben. Unterdessen waren sowohl in Ost- wie West-Berlin je eine *Akademie der Künste* neugegründet worden, die sich beide irgendwie auf die Preußische Akademie der Künste beriefen.<sup>223</sup>

Als Mitte der 1950er Jahre das Kartell deutschsprachiger Akademien institutionell wiederbelebt wurde, mußte die Mainzer Akademie, um in das Kartell aufgenommen zu werden, jedem Anspruch auf eine Nachfolge der PAW abschwören.<sup>224</sup> Sie tat dies 1957. Das hinderte Scheel jedoch nicht, weiterhin als *Direktor bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften* aufzutreten – zumal er 1946 ausreichend Briefbögen und ein Siegel der PAW mit nach Mainz genommen hatte. Nach dem Bau der Mauer wollte Scheel in die Offensive gehen: er plante offensichtlich, die bis Ende 1944 gewählten Mitglieder der PAW zusammenzurufen. Scheels Formulierung, daß es bei dieser Tagung um seine Entpflichtung als Direktor bei der Akademie gehe, dürfte nicht ernst zu nehmen sein: Wenn eine derartige Tagung zustande gekommen wäre, hätte sich daraus leicht die konstituierende Sitzung einer *eigentlichen* PAW entwickeln können. Doch lag es damals offenbar im Interesse des Bundes, West-Berlins und im Hintergrund auch der drei westlichen Alliierten, an der Akademiefrage nicht zu rühren, um die delikate Situation in und um West-Berlin herum nicht weiter zu strapazieren und keine zusätzlichen Statusfragen heraufzubeschwören. So starb Scheel 1967 über seinem Plan, die Ordentlichen Mitglieder der PAW nach Göttingen zu laden. Ob er dazu auch die im Sommer 1945 als politisch untragbar ausgeschlossenen Mitglieder eingeladen hätte, ist unbekannt.

Scheels Initiative blieb ein langfristig folgenloses Zwischenspiel. So fehlte es in West-Berlin an jeder Strategie, an die PAW oder Teile davon institutionell anzuknüpfen, wenngleich der Rechtsanspruch auf deren Fortführung offiziell nie widerrufen wurde und in der Existenz eines wenig bedeutsamen Notvertreters für die PAW in Berlin-Charlottenburg ein gewisses Unterpfand hatte. Soweit die PAW weiterlebte, lebte sie in der Ost-Berliner AdW fort, unbeschadet der Tatsache, daß einige ihrer älteren Forschungsvorhaben von Akademien in der Bundesrepublik weiterbetrieben oder mitbetrieben wurden.

<sup>223</sup> Dies dokumentieren die anlässlich des 300jährigen Jubiläums der Gründung der *Academie der Mahl-, Bild und Baukunst* von der Stiftung Archiv der Akademie der Künste Berlin 1997 herausgegebenen Bände *Vergangenheit am Tisch* und *Zwischen Diskussion und Disziplin*. Die beiden Akademien der Künste wurden 1993 fusioniert.

<sup>224</sup> Vgl. oben, S. 436–438.

Als man Anfang der 1980er Jahre in West-Berlin begann, sich mit Plänen zur Errichtung einer eigenen Akademie zu befassen, geschah dies gerade nicht in Anknüpfung an die Tradition der PAW – weder rechtlich noch institutionell oder der wissenschaftlichen Zielsetzung nach. Vielmehr stand dieser Plan im Kontext neu aufgenommenener, energischer Bemühungen, durch den gezielten Ausbau vorhandener Standortvorteile, so auch im wissenschaftlichen Bereich, Kompensationen für den unübersehbaren politischen und wirtschaftlichen Statusverlust der exponierten, umklammerten und isolierten Halb-Stadt zu entwickeln. Darüber hinaus sollten dem an innerer Blockierung und bisweilen sogar Zerrüttung leidenden Berliner Universitätssystem unkonventionelle Anstöße durch neue Institutionen gegeben werden. Daraus entwickelten sich drei erfolgreiche Initiativen, die Institutsformen unterschiedlichen Zuschnitts hervorbrachten: das *Wissenschaftszentrum Berlin* (später *Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung*), die *Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft* und das *Wissenschaftskolleg zu Berlin – Institute for Advanced Study*.

Dieser wissenschaftspolitische Neuanfang brachte auch die Frage einer West-Berliner Wissenschaftsakademie in die politische Diskussion zurück, und zwar in Form eines ausführlichen Gutachtens in der Senatsverwaltung aus dem Jahr 1980/81.<sup>225</sup> Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der außeruniversitären Institutionen in West-Berlin, ihre Erfolge und Mißerfolge, wurden darin Sinn und Zweck einer möglichen Akademieneugründung erörtert. Die juristische Klippe der PAW und ihrer Rechtsnachfolge sollte – als politisch und juristisch inopportunes Thema – umschifft werden und die neue West-Berliner Akademie gegebenenfalls ohne jeden Rechtsbezug zur 1700 etablierten *Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften* gegründet werden.

An dieser Linie hielt Wilhelm Kewenig, ab 1981 Senator für Wissenschaft und kulturelle Angelegenheiten (ab 1983 für Wissenschaft und Forschung) fest, als er mit Unterstützung des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen das Projekt einer West-Berliner Akademiegründung 1984 entscheidend voranbrachte: Unter in West-Berlin und im weiteren Bundesgebiet angesprochenen Wissenschaftlern fand seine *Gedankenskizze* zur Akademiegründung<sup>226</sup> Zustimmung, so daß ein Gründungsausschuß eingerichtet wurde.<sup>227</sup> Noch vor der Einberufung des Gründungsausschusses informierte Kewenig das Präsidium der Ost-Berliner AdW über die West-Berliner Pläne. In den nächsten Jahren wurde die Errichtung der West-Berliner Akademie der Wissenschaften vorangetrieben, begleitet von sich intensivierenden Kontakten zwischen der West-Berliner und der Ost-Berliner Wissenschaftspolitik, teilweise auf höchster Ebene. Diese meist diskreten Kontakte waren ein bemerkenswertes Beispiel für die Zunahme der wissenschaftlichen West-Ost-Verständigung

<sup>225</sup> Helmut G. Meier, *Akademie der Wissenschaften – Zur Geschichte der Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. Über Begriff, Aufgaben, Organisation von Wissenschaftsakademien. Über Konzeption, Organisation einer Akademie der Wissenschaften in [West-]Berlin, Manuskript, 1980.

<sup>226</sup> Kewenig, „Gedankenskizze“.

<sup>227</sup> Vgl. den Beitrag von Klaus Pinkau in diesem Band. Klaus Pinkau war Vorsitzender des Gründungsausschusses der AWB und beschreibt die Gründung der Akademie aus der Sicht des mithandelnden Zeitzeugen.

im Rahmen des sich leicht entspannenden Verhältnisses von Bundesrepublik (mit West-Berlin) und DDR in den 80er Jahren. So war man in Ost-Berlin mit den West-Berliner Vorgängen vertraut: man tolerierte sie und zeigte sich schließlich zur partiellen Zusammenarbeit mit der 1987 gegründeten AWB bereit. Dieser Schritt war nur möglich, weil auf die Erörterung prinzipieller Rechts- und Statusfragen als Voraussetzung von Kooperationsangeboten verzichtet wurde. Dies bedeutete für die westliche Seite, die Neugründung ausdrücklich nicht in die Tradition der PAW zu stellen, und damit das strittige, aber schlummernde Problem der Rechtsnachfolge der PAW gar nicht erst aufzuwerfen; und für die östliche Seite, die Abberufung des *Notvertreters* und die Übertragung des geringen Vermögens der PAW in West-Berlin auf die AdW nicht zu forcieren.<sup>228</sup>

In der Tat war die *Akademie der Wissenschaften zu Berlin* (AWB), die 1987 in Anwesenheit des Bundespräsidenten feierlich eröffnet wurde und vorerst in Berlin-Grünwald residierte, keine Fortsetzung des Akademietypus, den die PAW repräsentiert hatte, aber selbstredend auch keine Adaption der Strukturen der AdW. Vielmehr stellte sie einen entschiedenen Neuanfang, ja Bruch mit den im Westen Deutschlands gepflegten Akademiestrategien dar. Während die Ost-Berliner AdW die Organisationsraster einer *Gelehrtenengesellschaft* und einer *Quasi-Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* institutionell zu vereinen suchte und sich zudem auf das sowjetische Vorbild berief, versuchte sich die West-Berliner Gründung eher am Beispiel der *National Academy of Sciences* in Washington, DC zu orientieren.<sup>229</sup> Ausdrücklich wollte man sich den drängenden Fragen der Gegenwart stellen und ihre wissenschaftliche Bearbeitung vorantreiben, auch mit dem Ziel der Beratung von Gesellschaft und Politik. Zu den ersten Themen gehörten: die Nutzung der Sonnenenergie, Automation, Erfolgsbedingungen technischer Innovation in verschiedenen Zivilisationen, das Altern und die gesellschaftliche Entwicklung, das Problem der Einheit der Wissenschaften und der Exodus der Wissenschaftler aus Deutschland nach 1933.

Man brach mit dem ehrwürdigen Klassenprinzip und konstituierte *Interdisziplinäre Arbeitsgruppen* auf Zeit, in denen nicht nur Akademiemitglieder ergebnisorientiert zusammenarbeiteten, sondern in die auch Experten von außerhalb, auch aus nicht-akademischen Bereichen, sowie Nachwuchswissenschaftler einbezogen wurden. Natur- und Technikwissenschaftler arbeiteten so mit Sozial- und Geisteswissenschaftlern zusammen. Die Arbeitsgruppen organisierten zum Teil höchst komplexe Untersuchungsprojekte über mehrere Jahre, veröffentlichten, neben Sammelbänden über die eigenen Forschungsergebnisse, mitunter auch Forschungsberichte und Stellungnahmen zu Problemen, die auf der politischen Agenda standen. Es standen großzügige Mittel zur Verfügung, um eine vorerst kleine Anzahl höchst aktiver Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen – die AWB hatte gut 30 Mitglieder – mit einem erheblichen Teil ihrer Zeit zu engagieren. Ihre Aktiv-Phase sollte auf zweimal fünf Jahre befristet werden. Es gab also eine allgemeine unbefristete Mitgliedschaft mit einigen traditionellen Rechten und innerhalb dieser allgemeinen Mitgliedschaft einen

<sup>228</sup> Vgl. den Beitrag von Hubert Laitko in diesem Band, der die Vorgänge aus den zugänglichen *Ost-Berliner Akten* darstellt.

<sup>229</sup> Vgl. den Beitrag von Klaus Pinkau in diesem Band.

aktiven Kern mit zusätzlichen Rechten und Pflichten auf begrenzte Zeit. Dadurch sollten die akademieinterne Dynamik befördert und die akademietypische Überalterung konterkariert werden.

Die neue Institution brach mit dem – mit Ausnahme der Mainzer Akademie – für die bundesdeutschen Akademien typischen Regionalprinzip und rekrutierte ihre Mitglieder nicht nur aus West-Berlin, sondern aus der ganzen Bundesrepublik – was auch als überregionaler Geltungsanspruch verstanden werden konnte und wurde. Die AWB wurde anders als die westdeutschen Akademien von einem hauptberuflichen Präsidenten geleitet, der für die Dynamik und Koordination entscheidende Verantwortung trug. Der Wirtschaftswissenschaftler Horst Albach füllte diese Rolle aus. In den wenigen Jahren ihrer Existenz legte die Akademie reichhaltige Ergebnisse vor, die von ihrer besonderen Leistungskraft zeugen.<sup>230</sup>

Die AWB wurde jedoch in einer ihr wenig gewogenen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Umwelt oft wie ein Fremdkörper wahrgenommen. Sie ignorierte die Fraktionszwänge in den Gruppengremien der von internen Konflikten zerfurchten, mit ihrer inneren Befindlichkeit beschäftigten Hochschullandschaft West-Berlins; als Konkurrenz von außen, als neue Institution verstörte sie nicht nur die Hochschulen, sondern auch andere Forschungsinstitutionen. Entsprechend hart war der Widerstand, der sich gegen die als elitär geltende, überdurchschnittlich ausgestattete und gewissermaßen von oben politisch durchgesetzte Institution innerhalb West-Berlins formierte und vor allem auf der politischen Linken Ausdruck fand. Die AWB konfrontierte das traditionsorientierte westdeutsche Akademienkartell mit einem unkonventionellen, leistungsorientierten und letztendlich Überlegenheit beanspruchenden Akademiemodell neuer Art. Die westdeutschen Akademien blieben skeptisch bis mißtrauisch, und die AWB, sich der Inkompatibilität der Strukturen bewußt, stellte erst gar keinen Antrag auf Aufnahme in das westdeutsche Akademien-Kartell. So sehr es den Gründern der AWB gelungen war, die Gegnerschaft Ost-Berlins zu umschiffen, so wenig erfolgreich waren sie auf dem politischen Parkett West-Berlins. Es gelang ihnen nicht, den weit verbreiteten Eindruck zu erschüttern, sie sei vor allem eine wissenschaftspolitische Unternehmung der CDU. Anhörungen im Wissenschaftsausschuß des Abgeordnetenhauses polarisierten eher, als daß sie die Skeptiker überzeugten. Unter Federführung von Vertretern der *Alternativen Liste* (AL) – dem West-Berliner Landesverband der Grünen – bildete sich eine Gruppierung von Gründungsgegnern, die vor und nach der Etablierung der Akademie deren Überflüssigkeit konstatierten und ihre Abschaffung befürworteten.<sup>231</sup>

<sup>230</sup> Die Veröffentlichung erfolgte z. T. erst nach der formellen Schließung der Akademie 1990. Zu Arbeitsweisen und Arbeitsergebnissen der AWB vgl. den Beitrag von Wolfram Fischer in diesem Band.

<sup>231</sup> Vgl. die von Helmut Dubiel 1986 verfaßte und von der AL-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus herausgegebene *Streitschrift* sowie den von einer *Ad-hoc-Gruppe* ähnlicher Provenienz 1989 herausgegebenen *Abgesang auf die Akademie der Wissenschaften zu Berlin* sowie die Materialsammlung im *Jb. der AWB 1990–1992* und den Beitrag von Wolfram Fischer in diesem Band.

So war nach einer längeren Vorgeschichte, im Kern als Reaktion auf wissenschafts-politische Entwicklungsstränge der deutschen Teilungsgeschichte, im abgemilderten, aber nach wie vor virulenten und Konkurrenz befördernden Ost-West-Konflikt für kurze Zeit ein interessantes Gegenmodell zum traditionellen, in Göttingen und München wie in Leipzig fortbestehenden Typus der Gelehrtengesellschaft entstanden. Entstehungsort war die immer noch abgeschottete, quasi belagerte, aber als Schaufenster des Westens aufgrund der weitreichenden Unterstützung durch den Bund ungemein ressourcenreiche Halb-Stadt West-Berlin: die neue Akademie war innovativ, produktiv und lebendig, ohne das Prestige, ohne die Traditionslast und ohne den Schutz etablierter Akademien. Gerade die Gegnerschaft großer Teile des etablierten und routinierten Wissenschaftsbetriebes innerhalb und außerhalb Berlins scheint die Energie der kleinen Gruppe aktiver Neu-Akademi-ker zusätzlich motiviert zu haben, so lange diese Gegnerschaft nicht stark genug war, ihre institutionelle Existenz zu gefährden.

Ob dieses erfolgreiche Experiment auf Dauer hätte existieren können, also auch über die Sondersituation seiner Entstehung hinaus, muß offen bleiben. Denn nach den Wahlen zum West-Berliner Abgeordnetenhaus im Frühjahr 1989 einigten sich die Sieger, die künftigen Koalitionäre aus SPD und AL, auf ein Programm, das die Auflösung der AWB vorsah. Der Protest in der Öffentlichkeit blieb schwach, die Loyalität der anderen wissenschaftlichen Institutionen erwies sich als begrenzt. Die AWB klagte vor dem Verwaltungsgericht Berlin und legte beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde ein, um die Nichtigkeit des Auflösungsgesetzes feststellen zu lassen. Beide Strategien blieben erfolglos. Im Dezember 1990 lud dann die Senatorin für Wissenschaft und Forschung ein knappes Dutzend Wissenschaftler ein, darunter auch mehrere aus der AWB, und forderte sie auf, einen Vorschlag für eine neue Akademie in der Tradition der Preußischen Akademie zu unterbreiten.<sup>232</sup> Das Angebot der hessischen Landesregierung, die AWB nach Wiesbaden zu verlagern, d. h. als hessische Institution neu zu gründen, wurde unter diesen Umständen nicht weiter verfolgt. Die dann durchgesetzte Lösung, die 1993 eingerichtete *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften*, nahm zwar wichtige Strukturelemente und die meisten Mitglieder der AWB in sich auf, doch setzte sie die AWB weder strukturell noch personell einfach fort, wie sie umgekehrt auch keine Fortsetzung der AdW darstellte.<sup>233</sup> Die AWB überlebte die besondere historische Konstellation ihrer Entstehung ebensowenig wie die AdW die ihrige.

<sup>232</sup> Vgl. auch *Jb. der AWB 1990–1992*.

<sup>233</sup> Aus der AdW wurden nur wenige Mitglieder in die BBAW berufen. Von den ursprünglich 50 Gründungsmitgliedern der BBAW hatten acht der AdW angehört, unter ihnen auch der West-Berliner Günter Spur (der zugleich Mitglied der AWB gewesen war). 1993 schlossen sich etwa 100 der 279 Mitglieder der Gelehrtengesellschaft der AdW zur Leibniz-Sozietät e.V. zusammen, die sich seitdem durch Zuwahlen auf ca. 200 Mitglieder ergänzt hat. Ihre Arbeit dokumentieren vor allem die seit 1994 erscheinenden Sitzungsberichte sowie die seit 1999 publizierten Abhandlungen.

## D. Quintessenz

Sowohl die Ost-Berliner wie die kurzlebige West-Berliner Akademie entfernten sich mit ihren Zielen, Strukturen und Verfahren weit vom Muster der deutschen Akademien, wie es sich im 19. und 20. Jahrhundert herausgebildet hat und in den deutschen Regionalakademien auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im wesentlichen überlebte. Man erkennt Verdienste und Grenzen, Elemente des Erfolgs und die Ursachen des Scheiterns beider Berliner Akademien klarer, wenn man sie im Zusammenhang der langen historischen Prozesse sieht. Auch die Frage nach der Zukunft der Akademien wird durch den historischen Rückblick zumindest präzisiert.

1. Bis 1810 war die Preußische Akademie der Wissenschaften eine kleine, ungesicherte, von der Obrigkeit abhängige, in ihrer Reputation äußerst schwankende, aber multifunktionale Institution in einer Stadt ohne Universität. Sie beherbergte den interdisziplinären Diskurs der Gelehrten, sie evaluierte und veröffentlichte die Forschungsergebnisse ihrer Mitglieder und anderer Wissenschaftler, sie betrieb Forschung selbst (wenngleich in bescheidenem Umfang), beriet die ihr vorgesetzten Regierungen, sie repräsentierte, verteilte Reputation und war ein Knotenpunkt des internationalen wissenschaftlichen Austausches. Diese Multifunktionalität reflektierte den Mangel an spezialisierten Forschungsinstitutionen um sie herum.

2. Durch die Errichtung der Berliner Universität zu Beginn des 19. Jahrhunderts und die sich damit durchsetzende Verknüpfung von Lehre und Forschung in der modernen Universität änderte sich die Konstellation. Ab sofort bestanden Akademie und Universität nebeneinander. Einerseits verlor die Akademie Funktionen und die eigenen Forschungsunternehmungen an die Universität, die schnell einen rasanten Aufstieg in Größe, Einfluß und Ansehen erlebte; andererseits bestand eine enge Verflechtung, besonders personell. Fast alle Mitglieder der Preußischen Akademie waren auch Mitglieder der Berliner Universität. Für Mitglieder der Universität war es eine Auszeichnung, ein Zuwachs an wissenschaftlichen Handlungs- und Einflußmöglichkeiten und ein pekuniärer Vorteil, gleichzeitig der Akademie anzugehören. Diese wurde zur reinen Gelehrtenengesellschaft, bald mit einigen geisteswissenschaftlichen Langzeitunternehmen wie der Sammlung der griechischen und der lateinischen Inschriften, der Ausgabe der Werke von Leibniz, Kant, Weierstrass, Wieland u. a. oder der Herstellung des Grimmschen Wörterbuchs.<sup>234</sup> Trotz aller Staatsnähe besaß die Akademie Selbständigkeit gegenüber dem Staat. Ihr Ansehen wuchs, sie vergab Reputation und repräsentierte die Wissenschaft gegenüber Staat, Öffentlichkeit und den Wissenschaftlern. Aus der Symbiose zwischen Universität und Akademie gewannen beide Seiten. Der allgemeine Bedeutungszuwachs der Wissenschaften in nationaler, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht kam auch der Stellung der Akademie und ihrer Mitglieder zugute. Das Kaiserreich war wohl ihre beste Zeit.<sup>235</sup>

<sup>234</sup> Vgl. den Überblick in Brocke, „Verschenkte Optionen“, S. 127.

<sup>235</sup> Vgl. die Beiträge in Kocka, *Königlich Preussische Akademie*.

3. Seit dem späten 19. Jahrhundert änderte sich das Wissenschaftssystem. Die Spezialisierung, die schon lange auf dem Weg war, beschleunigte sich noch einmal. Die Notwendigkeit organisierter, betriebsförmiger Forschung entstand, besonders in den Natur- und Technikwissenschaften. Damit stieg der Bedarf an Labors und Forschungsinstituten neuer Art, und ein neues Verhältnis von Wirtschaft und Staat, auch von Wirtschaft und Wissenschaft bildete sich heraus. Der Anwendungsbezug der Wissenschaften trat in den Vordergrund. Die Wirtschaft interessierte sich immer stärker für einige Wissenschaften, und umgekehrt entstand das Bedürfnis der Finanzierung von Wissenschaft aus nichtstaatlichen Quellen. All das sprengte die Organisationsform der Universität. Die Notwendigkeit außeruniversitärer Forschung wurde unabweisbar. Die Frage stellte sich, ob die Akademie in der Lage sein würde, diesen Bedarf an außeruniversitärer Forschung zu befriedigen. Akademiemitglieder wie Harnack drängten zunächst in diese Richtung. Doch spätestens 1911, mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, wurde die Weiche anders gestellt, und große Teile der modernen Forschung suchten sich neue Organisationsformen außerhalb von Universität und Akademie. Dem lag vieles zugrunde, was immer noch diskutiert wird. Ein Grund bestand darin, daß diese paritätisch zusammengesetzte und daher den Geisteswissenschaften ein Vetorecht einräumende Gelehrtenengesellschaft sich gegen die Transformation ihrer Arbeit in Richtung von betriebsförmigen Forschungsinstituten sperrte. Das tief verwurzelte Mißtrauen gegen primär angewandte Forschung und damit gegen manche Natur- und die meisten Technikwissenschaften kam hinzu. „Wenn die deutschen Akademien aufgepaßt (und das heißt doch wohl: sich rechtzeitig umstrukturiert) hätten, soll Werner Heisenberg gesagt haben, wäre die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht gegründet worden.“<sup>236</sup> So aber setzte sich der relative Funktionsverlust der Akademie gegenüber Universitäten und anderen wissenschaftlichen Institutionen fort. Die Akademie blieb primär *Gelehrtenengesellschaft*, mit einigen Langzeit-Forschungsvorhaben, vor allem im geisteswissenschaftlichen Bereich. Darüber hinaus forschte sie selbst nicht. Sie bezog ihr Renommee aus Forschungsleistungen, die außerhalb ihrer selbst geleistet wurden, wenngleich durch Personen, die sie zu ihren Mitgliedern zählte und denen sie zusätzliche Reputation verlieh, welche ihnen bei ihrer Forschung zugute kam. Repräsentation blieb eine wichtige Funktion. Aufgaben der internationalen Wissenschaftspolitik kamen hinzu. Dagegen blieb ihr Beitrag zur Politikberatung unbedeutend. Die Wirren der Zeit hinterließen ihre Spuren auch in der Geschichte der Akademie. Im Wechsel der politischen Systeme betonte die Akademie ihre Kontinuität. Doch in Krieg und Diktatur verlor sie an Autonomie. Mangelnde Widerständigkeit gegenüber nationalsozialistischen Eingriffen und Instrumentalisierungen beschädigte ihr Ansehen langfristig.<sup>237</sup>

4. Nach 1945 gab es zwei Neuansätze, die nicht unterschiedlicher hätten sein können. Auf der einen Seite entstand das Riesenunternehmen DAW/AdW: zentralisiert, sehr hierarchisch, politisch durchdrungen von Regierung und Staatspartei der DDR, *Gelehrten-*

<sup>236</sup> Vgl. den Beitrag von Wolfgang Frühwald in diesem Band.

<sup>237</sup> Vgl. Fischer, *Preußische Akademie*.

*gesellschaft* und Konzern außeruniversitärer Forschung (*Forschungskombinat*) unter einem Dach, Trägerin vieler Funktionen. Sie war Resultat einer institutionellen Entdifferenzierung, aber im Inneren drifteten Gelehrten-gesellschaft und Forschungsinstitute weit auseinander. Die Gelehrten-gesellschaft wurde marginalisiert. Die in das politische System der DDR fest eingebundene Akademie blieb im wesentlichen in sich disziplinär organisiert. Ohne sowjetischen Einfluß und ohne die Ausdünnung der Berliner Wissenschaftslandschaft in Kriegs- und unmittelbarer Nachkriegszeit wäre die AdW der DDR nicht als umfassende Verbindung von Gelehrten-gesellschaft und außeruniversitärer Forschungsinstitution großen Stils entstanden, wobei auch – 1911 gescheiterte – Ideen Harnacks indirekt (über die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das sowjetische Modell vermittelt) eine Rolle gespielt haben dürften. Natürlich gab es in der Akademie der DDR gute Forschung in vielen einzelnen Bereichen. Eben diese Annahme lag ja auch der Evaluation durch den Wissenschaftsrat nach 1990 zugrunde, sonst wäre keine Evaluation nötig gewesen.<sup>238</sup> Aber klar ist auch, daß sich die Struktur der AdW – Forschungskonzern und Gelehrten-gesellschaft zugleich – nicht bewährt hat, und die enge Einbindung der Akademie in das politische System der SED-dominierten DDR nicht nur ihre Leistungsfähigkeit limitierte, sondern auch ihre Gestalt wie ihre Zusammensetzung langfristig belastete – was zur Beurteilung ihres Schicksals nach 1989 nicht unwesentlich ist. Niemand hat auf dem diesem Buch vorangegangenen Kolloquium behauptet, daß man die Struktur – die Organisationsform – der DDR-Akademie als Modell für die Organisation der außeruniversitären Forschung oder die Organisation der Akademien im wiedervereinigten Deutschland hätte nehmen sollen. Was für die Sowjetunion nach 1920 und die osteuropäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg sinnvoll gewesen sein mag und auch andernorts im Ansatz besteht (z. B. in Schweden, Belgien und Österreich), erwies sich in der hochdifferenzierten Wissenschaftsstruktur Deutschlands letztlich als importierter Fremdkörper. Zu kritisieren ist mithin nicht, daß diese Akademie nach 1990 aufgelöst wurde. Zu kritisieren ist wohl, daß dabei mehr wissenschaftliches Potential verlorenging und mehr gute Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ihre Arbeitsmöglichkeit verloren als gerechtfertigt war. Kritisiert werden kann auch, daß das DDR-spezifische Muster mit der AdW als Kern schlicht durch das bundesrepublikanische Muster ersetzt wurde, statt auf einen Aushandlungsprozeß zu setzen, der auch das westdeutsche Modell im Prozeß seiner Übertragung auf ostdeutsche Verhältnisse modifiziert und vielleicht verbessert oder doch in sich weiter pluralisiert hätte.

Die West-Berliner Akademie war dagegen klein, fluide und wenig hierarchisch. Sie versuchte, eine Leerstelle auszufüllen, die im arbeitsteiligen Wissenschaftssystem zu bestehen schien, aber dann, wie sich zeigte, doch nicht in hinreichendem Maße bestand. Sie war in sich interdisziplinär organisiert, sie entwickelte neue, zukunftsweisende Arbeitsformen. Sie war sehr produktiv.

Doch es bestanden auch Ähnlichkeiten zwischen den beiden Institutionen. Beide Akademien wollten selbst forschen und taten es auch, sie wollten nicht nur Gelehrtenge-

<sup>238</sup> Vgl. zur Geschichte einzelner Disziplinen in der DDR-Akademie und im Umbruch ab 1989 die Beiträge in Kocka/Mayntz, *Wissenschaft und Wiedervereinigung*.



sellschaften sein. Beide Akademien nahmen entschieden die Technikwissenschaften in sich auf, beide Akademien akzeptierten Politikbezug, Politikberatung und Praxisbezug. Beide hatten so etwas wie einen nationalen, überregionalen Anspruch, explizit oder implizit, natürlich jeweils auf den eigenen Teilstaat bezogen. Beide sind gescheitert, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Die Geschichte der Auflösung beider Akademien war ebensowenig Gegenstand des Kolloquiums wie die Geschichte der Neugründung der BBAW. Die Erinnerung an beide Auflösungen ist noch frisch, weiterhin kontrovers oder doch Anlaß zur Bitterkeit, wie die obigen Beiträge zur West-Berliner Akademie und die Podiumsdiskussion zeigen.<sup>239</sup>

Die West-Berliner Akademie war nur unter Schwierigkeiten gegen ein eher mehrheitlich unfreundlich gesonnenes akademisches Milieu mit knappen politischen Mehrheiten durchsetzbar gewesen, eine Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse führte zu ihrem Aus. Der West-Berliner Akademie fehlte vieles von dem, was Akademien herkömmlich auszeichnet und stärkt: die Verbindung zu großen, traditionellen Forschungsunternehmen wie den geisteswissenschaftlichen Langzeitvorhaben, deren Pflege zu den vornehmen Pflichten von Akademien gehört, ihnen Ansehen verleiht und ihre Unersetzbarkeit mitbegründet;<sup>240</sup> die durch akzeptierte Rekrutierungsverfahren, Zurückhaltung und Tradition abgesicherte Akzeptanz in den wissenschaftlichen *communities*; die durch rituelle Formen der Repräsentation unterstützte Geltung in der breiten Öffentlichkeit. Als es hart auf hart ging, blieb die Unterstützung seitens der wissenschaftlichen Milieus und der gebildeten Öffentlichkeit weitgehend aus. Im Rückblick erscheint die West-Berliner Akademie mit ihrem radikalen, die deutsche Akademietradition resolut überspringenden Neuansatz sehr stark als eine Errungenschaft, die ihre besonderen Chancen der Sondersituation des belagerten, förderungsbedürftigen und zu ungewöhnlichen Unterstützungsleistungen fähigen West-Berlin verdankte. Mit dieser West-Berliner Sondersituation endete auch die Konstellation, die diese Neugründung trug. Doch der Zweifel am Sinn ihrer Auflösung bleibt, und es ist sinnvoll, daß die BBAW viele ihrer Strukturprinzipien übernahm, wenn sie sie auch in andere – ältere – einbettete, und obgleich manche davon unter den *Normalbedingungen* des wiedervereinigten Deutschlands – zudem in einer sehr großen Akademie mit herkömmlichen Rekrutierungsmechanismen – nur schwer zu realisieren sind.<sup>241</sup>

<sup>239</sup> Vgl. die Beiträge von Mitchell Ash, Horst Klinkmann, Dieter Simon, Samuel Mitja Rapoport, Joachim Sauer und Manfred Bierwisch zur Podiumsdiskussion sowie die Beiträge von Klaus Pinkau und Wolfram Fischer in diesem Band.

<sup>240</sup> Es bleibt zu hoffen, daß auch der Präsident der BBAW diese Überzeugung zunehmend teilt. Zu seiner skeptischen Sicht der sogenannten Langzeitvorhaben vgl. die Podiumsdiskussion, S. 353, sowie die Antwort von M. Ash, S. 355.

<sup>241</sup> Vgl. als Illustration den kurzen Austausch zwischen Dieter Simon und Klaus Pinkau zur hohen Honorierung, die die West-Berliner Akademie, nicht aber die BBAW ihren forschungsaktiven Mitgliedern zahlen konnte bzw. kann, während der abschließenden Podiumsdiskussion des Kolloquiums in diesem Band.

Die AdW ging mit dem Gesellschaftssystem zugrunde, dem sie ihre Existenz als Akademie neuer Art verdankte, und dem sie in ihrer Grundstruktur – zentralistisch, multifunktional, politiknah – durchaus entsprach. Wolfgang Frühwald zeigt in seinem Eröffnungsbeitrag zu diesem Band, wie unterschiedlich die öffentliche Forschung außerhalb der Hochschulen in den europäischen Ländern geordnet ist.<sup>242</sup> In den industrialisierten und postindustriellen Gesellschaften der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewannen die Wissenschaften überall an Bedeutung. Man hat von *big science*, *wissenschaftlich-technischer Revolution* und später vom Übergang in die *Wissensgesellschaft* gesprochen. Auf den Wandel im Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft reagierte man in den verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen institutionellen Lösungen. Aber das zentralistische, multifunktionale Akademiemodell existierte und existiert nur im sowjetischen Machtbereich und – sich langsam verändernd – in den Ländern, die um 1990 daraus hervorgingen. Ansonsten finden sich funktional ausdifferenzierte und mehr oder weniger dezentralisierte Arrangements. Funktionale Differenzierung der wissenschaftlichen bzw. wissenschaftsorganisatorischen Institutionen und Dezentralisierung der wissenschaftlichen Forschung sind ausgesprochen kennzeichnend für das bundesrepublikanische Wissenschaftssystem; dies entspricht auch älteren deutschen Traditionen und markiert graduelle Unterschiede zu anderen europäischen Ländern. Letztlich liegt darin eine Stärke des deutschen Wissenschaftssystems mit seiner starken Selbstverwaltungstradition, wenngleich man sich bisweilen effektivere Koordinierungsmechanismen wünscht und Veränderungen auf dem Weg sind.<sup>243</sup> Eine Institution, die wie die AdW die Funktionen von DFG, MPG, FhG, AGF und Akademien verknüpfte und teilweise auch die Aufgaben eines Wissenschaftsrats wahrnahm – all dies mit zentralistischem Anspruch –, war mit dem bundesrepublikanischen System nicht kompatibel und in der Konkurrenz mit dezentralisierteren, ausdifferenzierten Systemen unterlegen. Überdies prägten die durchpolitisierten Bedingungen, unter denen die AdW ihre Gestalt gewonnen und ihr Personal rekrutiert hatte, ihren Inhalt, ihre Zusammensetzung und ihren Geist in vielfältiger, keineswegs rasch zu verändernder Weise. Ihre Auflösung oder radikale Veränderung – schon in der unmittelbaren Zeit der „Wende“ von Wissenschaftlern der AdW selbst eingeleitet – war insofern eine Notwendigkeit, so bestreitbar und umstritten bleibt, ob sie in Form einer schlichten Ersetzung durch das bundesrepublikanische Modell erfolgen mußte, ob nicht intelligentere Lösungen möglich gewesen wären und ob nicht die Verluste wissenschaftlicher und lebensgeschichtlicher Art durch eine andere Politik hätten geringer gehalten werden können.

Wie der internationale Vergleich ergibt, besitzen die Wissenschaftsakademien in Europa – und auch außerhalb des ehemals sowjetisch bestimmten Bereichs – je nach Land sehr verschiedene Funktionen und unterschiedliches Gewicht.<sup>244</sup> Es gibt nicht *den* Normalweg der europäischen Akademiegeschichte, und die Zukunft muß nicht die bloße Fortsetzung

<sup>242</sup> Vgl. den Beitrag von Wolfgang Frühwald in diesem Band.

<sup>243</sup> Vgl. ebd.

<sup>244</sup> Vgl. die Beiträge von Guy Ourisson zu Frankreich, Wolfgang Frühwald zur Bundesrepublik, Ferenc Glatz zu Ungarn und Karel Müller/Jan Janko zu Tschechien in diesem Band.

der Vergangenheit sein. Es gibt Platz für Entwürfe und Reformen. Doch Akademien sind auf breite Anerkennung angewiesen, sonst funktionieren sie nicht. Überall haben sie die Konstellation zu berücksichtigen, die sich im Wissenschaftssystem ihres Landes über lange Zeit herausgebildet hat und ihren Spielraum definiert. Dies gilt auch für Deutschland mit seinen regionalen Akademien und seinen wohletablierten und funktional spezialisierten Wissenschaftsorganisationen à la MPG, DFG etc. Überspringen oder sprengen läßt sich diese Konstellation nicht, wie das Ende der beiden in Berlin residierenden Akademien 1989/90 zeigt, vielleicht aber schrittweise verbessern.

Die 1993 gegründete BBAW nahm aus ihren beiden Berliner Vorgänger-Institutionen wertvolle Bestandteile auf: aus der PAW/AdW das Klassenprinzip und die prestigereichen Langzeit-Forschungsunternehmen von der Sammlung antiker Inschriften bis zum Grimmischen Wörterbuch und zur Leibniz-Edition; aus der AWB das interdisziplinäre Arbeitsgruppenprinzip und die Bereitschaft zur Bearbeitung großer gesellschaftlicher Gegenwartsfragen, aus beiden die Gelehrtengesellschaft, die überregionale Rekrutierung und den hauptberuflichen Präsidenten. Zugleich entwickelte sie vielfach Neues und gestaltete sich gemäß der Hypothese, daß der säkulare Funktionsverlust der Akademien, der historisch zu konstatieren ist, nicht umgekehrt, wohl aber von der Erschließung neuer Tätigkeitsgebiete konterkariert werden kann. Denn zum einen haben Fragmentierung und Unübersichtlichkeit im stark ausgeweiteten, höchst differenzierten und rasch sich verändernden Wissenschaftssystem erheblich zugenommen. Es bedarf neuer Clearing-Stellen, Kristallisationskerne und Verknüpfungsversuche über die jeweilige Spezialisierung hinaus, mit neuen Ideen und Verfahren. Die Akademie ist der richtige Ort, an dem die Wissenschaften über ihr Verhältnis zueinander und damit über sich selbst und ihre Zukunft nachdenken, mit Folgen für ihre Fragestellungen und ihre Arbeitsweise. Zum andern ändert sich das Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit. Die Ansprüche der Öffentlichkeit nehmen zu, ihre Kritik an der Wissenschaft auch, und umgekehrt wird die wissenschaftliche Beratung der Gesellschaft eher noch dringender. Durch die öffentliche Diskussion großer Fragen der Gegenwart kann die Akademie ein Forum zur neuartigen Vermittlung von Wissenschaft und Öffentlichkeit werden. Schließlich erreicht die internationale Vernetzung der Wissenschaften in diesem Jahrzehnt der Digitalisierung und Globalisierung eine neue Qualität. Neue Chancen und Aufgaben ergeben sich daraus, auch für die BBAW.<sup>245</sup>

Sie hat es mit einem klar erweiterten Aufgabenspektrum zu tun, das aus verschiedenen Traditionen und neuartigen Herausforderungen stammt. Ob sie dem gewachsen sein kann, wird sich zeigen. Klar aber ist, daß sie nur durch Erschließung neuer Aufgabenfelder der traditionalistischen Beschränkung entgehen kann, wie sie umgekehrt ihre neuen Aufgaben nur dann erfüllen kann, wenn sie ihre herkömmlichen nicht marginalisiert. Erst aus der Verflechtung der Funktionen bezieht sie die Legitimität und die Kraft zur Erfüllung jeder einzelnen.

<sup>245</sup> Vgl. zum Zusammenhang zwischen Aufschwung der Pariser Akademie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und ihrer Wahrnehmung internationaler Aufgaben den Beitrag von Guy Ourisson in diesem Band.

## Literatur

- Abgesang auf die Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. Warum die Akademie zum Nutzen der Wissenschaft aufgelöst werden muß, hrsg. von einer Ad-hoc-Gruppe in der Redaktion von Wilfried Elfferding und Hilde Schramm, Berlin 1989.
- Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.): *Kurzcharakteristik der Institute und Einrichtungen sowie konzeptionelle Vorstellungen für deren Entwicklung und Zuordnung*, Teil I, Berlin 1990.
- Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED 1951–1981*, Berlin 1981.
- Albrecht, Ulrich/Andreas Heinemann-Grüder/Arend Wellmann: *Die Spezialisten*. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945, Berlin 1992.
- Bielka, Heinz: *Beiträge zur Geschichte der Medizinisch-Biologischen Institute Berlin-Buch 1930–1995*, Berlin 1995.
- Brenner, Günter: „Organisation und Aufbau der Akademien der Wissenschaften“, in: *Deutsche Universitätszeitung* 22 (1968), Heft 2.
- Brocke, Bernhard vom: „Verschenkte Optionen. Die Herausforderung der Preussischen Akademie durch neue Organisationsformen der Forschung um 1900“, in: Kocka, *Königlich Preussische Akademie*, S. 119 bis 147.
- Brosin, Hans Jürgen: *Zur Geschichte der Meeresforschung in der DDR*, Institut für Ostseeforschung Warnemünde 1996.
- Buthmann, Reinhard: *Hochtechnologien und Staatssicherheit*. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR (= Schriften BStU, Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/2000), Berlin 2000.
- Dubiel, Helmut/Wilfried Elfferding/Ulf Kadritzke/Monika Oubaid/Hilde Schramm: *Streitschrift gegen die Akademie der Wissenschaften*. Ein Lehrstück neokonservativer Wissenschaftspolitik, hrsg. von der Alternativen Liste, Fraktion des Abgeordnetenhauses Berlin, Berlin 1986.
- Eibl, Christina: *Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator (1899–1990)*. Eine biographische Studie, Diss., Stuttgart 1998.
- Ernst, Anna Sabine: *Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus*. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster 1997.
- Ernst, Anna Sabine/Gerwin Klinger: „Der Wille zum Skandal. Der Ausschluß Ernst Blochs aus der Deutschen Akademie der Wissenschaften“, in: *Deutschland Archiv* 28 (1995), S. 1253–1263.
- Fischer, Wolfram (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Nötzoldt: *Die Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945* (= Forschungsberichte Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 8), Berlin 2000.
- Fischer, Wolfram/Frank Zschaler: „Wirtschafts- und Sozialgeschichte“, in: Kocka/Mayntz, *Wissenschaft und Wiedervereinigung*, S. 361–434.
- Gläser, Jochen/Werner Meske: *Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR*, Frankfurt/M. – New York 1996.
- Grau, Conrad: „Die Preussische Akademie und die Wiederanknüpfung internationaler Wissenschaftskontakte nach 1918“, in: Fischer, *Preussische Akademie*, S. 279–315.
- Grau, Conrad: „Der Akademiegedanke in Berlin nach 1945 aus wissenschaftshistorischer Sicht“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 40 (1992), S. 131–149.
- Harnack, Adolf von: *Geschichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, 3 Bde., Berlin 1900.
- Hartkopf, Werner: *Die Berliner Akademie der Wissenschaften*. Ihre Mitglieder und Preisträger 1700–1990, Berlin 1992.

- Hartkopf, Werner/Gert Wangermann (Hrsg.): *Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990* (= Berliner Studien zur Wissenschaftsgeschichte 1), Heidelberg – Berlin – New York 1991.
- Hein-Weingarten, Katharina: *Das Institut für Kosmosforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung der Wissenschaftspolitik der DDR am Beispiel der Weltraumforschung von 1957–1991*, Berlin 2000.
- Herzberg, Guntolf: *Abhängigkeit und Verstrickung*. Studien zur DDR-Philosophie, Berlin 1996.
- Herzberg, Guntolf: *Aufbruch und Abwicklung*. Neue Studien zur Philosophie in der DDR, Berlin 2000.
- Hoffmann, Dieter: „Wider der geistigen Trennung. Die Max-Planck-Feier(n) in Berlin“, in: *Deutschland Archiv* 29 (1996) 4, S. 525–534.
- Hoffmann, Dieter: „Der Physikochemiker Robert Havemann (1910–1982) – eine deutsche Biographie“, in: Hoffmann/Macrakis, *Naturwissenschaft und Technik*, S. 319–336.
- Hoffmann, Dieter/Kristie Macrakis (Hrsg.): *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin 1997.
- Jessen, Ralph: *Akademische Elite und kommunistische Diktatur*. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999.
- Jessen, Ralph: „Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära“, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 217–252.
- Kehl, Matthias: „Zur Etablierung der marxistisch-leninistischen Volkskunde am Zentralinstitut für Geschichte“, in: Sabrow/Walther, *Historische Forschung*, S. 244–265.
- Ketz, Hans-Albrecht: „Forschungen und Forschungsergebnisse des Instituts für Ernährung in Potsdam-Rehbrücke. Eine historische Betrachtung“, in: *Ernährungsforschung* 4 (1995), S. 205–242.
- Kewenig, Wilhelm A.: „Gedankenskizze zur Gründung einer Akademie der Wissenschaften in Berlin“, in: *Jb. der AWB* 1987, S. 271–280.
- Kocka, Jürgen/Renate Mayntz (Hrsg.): *Wissenschaft und Wiedervereinigung*. Disziplinen im Umbruch (= Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 6), Berlin 1998.
- Kocka, Jürgen: „Einleitung“, in: Kocka, *Königlich Preussische Akademie*, S. IX–XVIII.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther: *Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich* (= Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 7), Berlin 1999.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: „Volkserhebung ohne ‚Geistesarbeiter‘“, in: ders./Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), *Der Tag X – 17. Juni 1953*. Die ‚Innere Staatsgründung‘ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 129–169.
- Kuczynski, Jürgen: *„Ein linientreuer Dissident“*. Memoiren 1945–1989, Berlin – Weimar 1992.
- Laitko, Hubert: „Das Reformpaket der sechziger Jahre – wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära“, in: Hoffmann/Macrakis, *Naturwissenschaft und Technik*, S. 35–57.
- Landrock, Rudolf: *Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1945–1971 – ihre Umwandlung zur sozialistischen Forschungsakademie*. Eine Studie zur Wissenschaftspolitik der DDR, 3 Bde. (= Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft), Erlangen – Nürnberg 1977.
- Leibniz, Gottfried Wilhelm: „Denkschrift in Bezug auf die Einrichtung einer Societas Scientiarum et Artium in Berlin vom 26. März 1700, bestimmt für den Kurfürsten“, in: Harnack, *Geschichte der Akademie*, Bd. II, S. 79.
- Liewers, Peter (Hrsg.): *Zur Geschichte der Kernenergie in der DDR*, Frankfurt/M. – New York 2000.
- Macrakis, Kristie: „Einheit der Wissenschaft versus deutsche Teilung: Die Leopoldina und das Machtdreieck in Ostdeutschland“, in: Hoffmann/Macrakis, *Naturwissenschaft und Technik*, S. 147–169.

- Müller, Silvia/Bernd Florath (Hrsg.): *Die Entlassung*. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66 (= Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs 1), Berlin 1996.
- Niemann, Heinz: *Meinungsforschung in der DDR*. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993.
- Neue Wege der wissenschaftlich-technischen Forschung*. *Wissenschaft und Fortschritt*, Berlin 1957.
- Nötzoldt, Peter: *Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. Zur politischen Geschichte der Institution (1945–1968), Diss., Berlin 1998.
- Pirker, Theo et al.: *Der Plan als Befehl und Fiktion*. Wirtschaftsführung in der DDR, Opladen 1995.
- Rösler, Hans Jürgen: *Das Leben und das wissenschaftliche Werk von Friedrich Leutwein*. Eine Reminiszenz zu seinem 80. Geburtstag (= Sitzungsberichte der SAW, Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse, Bd. 123 [1992], Heft 5), Berlin 1992.
- Sabrow, Martin: *Das Diktat des Konsenses*. Geschichtswissenschaft in der DDR, 1949–1969, München 2001.
- Sabrow, Martin/Peter Th. Walther (Hrsg.): *Historische Forschung und sozialistische Diktatur*. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR (= Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 13), Leipzig 1995.
- Scheler, Werner: *Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR*. Abriss der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000.
- Stange, Thomas: „Die Genese des Instituts für Hochenergiephysik der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1940–1970“ (= DESY-THESIS 019), Hamburg 1998.
- Stark, Isolde: „Der Runde Tisch der Akademie und die Reform der Akademie der Wissenschaften der DDR nach der Herbstrevolution 1989: Ein gescheiterter Versuch der Selbsterneuerung“, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), S. 423–445.
- Storost, Jürgen: *300 Jahre romanische Sprachen und Literaturen an der Berliner Akademie der Wissenschaften* (= Berliner Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte 4), 2 Bde., Frankfurt/M. – New York 2001.
- Tandler, Agnes Charlotte: *Geplante Zukunft*. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955 bis 1971, Diss., Florenz 1997.
- Tent, James F.: *Freie Universität Berlin 1948–1988*. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988.
- Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (Hrsg.): *Leipzig Permoserstraße*. Zur Geschichte eines Industrie- und Wissenschaftsstandorts, Leipzig 2001.
- „... und die Vergangenheit sitzt immer am Tisch“. Dokumentation zur Geschichte der Akademie der Künste (West), 1945/50–1993, zusammengestellt und kommentiert von Christine Fischer-Defoy, Berlin 1997.
- Vierzig Jahre Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED 1949–1989*, Berlin 1989.
- Walther, Peter Th.: „It Takes Two to Tango“. Interessenvertretungen an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den fünfziger Jahren, in: *Berliner Debatte Initial* 6 (1995), 4/5, S. 68–78.
- Walther, Peter Th.: „Fritz Hartung und die Umgestaltung der historischen Forschung an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, in: Sabrow/Walther, *Historische Forschung*, S. 59–73.
- WITEGA e.V. (Hrsg.): *Zur Geschichte von chemischen Forschungsstätten der Akademie der Wissenschaften* (= Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 1), Berlin 1996.
- WITEGA e.V. (Hrsg.): *Das Heinrich-Hertz-Institut in Berlin Adlershof*. Beiträge zur Entwicklung einer traditionsreichen Forschungseinrichtung im Wissenschaftsstandort Berlin-Adlershof in den Jahren 1950 bis 1991 (= Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 2), Berlin 1997.
- WITEGA e.V. (Hrsg.): *Zur Geschichte der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Einrichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin* (= Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 3), Berlin 1997.

- WITEGA e.V. (Hrsg.): *Zur Geschichte physikalischer, technischer und mathematischer Forschungsstätten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Berlin-Adlershof bis zum Ende der 1960er Jahre* (= Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 4), Berlin 1998.
- WITEGA e.V. (Hrsg.): *Zur Geschichte der chemischen Großforschungsinstitute der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin-Adlershof von Ende der 60er bis Anfang der 90er Jahre* (= Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 5), Berlin 1999.
- WITEGA e.V. (Hrsg.): *Vom optimistischen Laboratorium in Berlin-Karow bis zum Zentralinstitut für Optik und Spektroskopie in den Jahren 1946–1991. Zur Vorgeschichte und Geschichte des Instituts für Optik und Spektroskopie am Forschungsstandort Berlin-Adlershof* (= Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 6), Berlin 2000.
- WITEGA e.V. (Hrsg.): *Zur Geschichte physikalischer, technischer und mathematischer Forschungsstätten der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin-Adlershof in den 70er und 80er Jahren* (= Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 7), Berlin 2001.
- Wolf, Hans-Georg: *Organisationsschicksale im deutschen Vereinigungsprozeß. Die Entwicklungswege der Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR* = Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln 27), Frankfurt/M. – New York 1996.
- Zierold, Kurt: *Forschungsförderung in drei Epochen*. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte – Arbeitsweise – Kommentar, Wiesbaden 1968.
- Zwischen Diskussion und Disziplin*. Dokumentation zur Geschichte der Akademie der Künste (Ost), 1945/50–1993, unter Mitarbeit von Inge Jens zusammengestellt und kommentiert von Ulrich Dietzel und Gudrun Geißler, Berlin 1997.